Heft 113 / 2022

GEGEN VERGESSEN FÜR DEMOKRATIE

Schwerpunktthema:

Transformationszeit

weitere Themen:
- **Putins Umgang mit Geschichte**
- **Remember Resistance 33 – 45: Ergebnisse des Wettbewerbs**

Informationen zur politischen Bildungsarbeit

Gegen Vergessen Für Demokratie e.V.

Liebe Freundinnen und Freunde von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.,

kürzlich habe ich für den Verein an einer Tagung teilgenommen, die das Bundesfamilienministerium organisiert hat. Unter den Teilnehmenden waren zahlreiche kommunale Akteure, die sich Antworten auf die Frage erhofften, wie vor Ort eine bessere gesellschaftliche Kommunikation gelingen kann. Bei vielen davon war das dringliche Anliegen zu spüren, neue Räume für den Dialog zu schaffen, um weiteren Verwerfungen aufgrund der Energiekrise und der beginnenden Rezession entgegenwirken zu können. Diese gestärkte Bereitschaft zum Gespräch – auch mit politisch Andersdenkenden – stimmt mich in Krisenzeiten hoffnungsvoll.

Auch der Prozess der Transformation, der mit der „Wende" von 1989/90 begann, ist eine Zeit, über die noch mehr gesprochen werden muss. Eine stärkere, kontinuierliche Beschäftigung mit dieser Umbruchszeit, eine Aufarbeitung der Fehler und Versäumnisse wie auch eine Würdigung der Leistungen und der unterschiedlichen persönlichen Erfahrungen erscheinen dringend notwendig. Denn dass die Akzeptanz der Politik und die Zufriedenheit mit der Demokratie, so wie sie aktuell funktioniert, in Ostdeutschland geringer ausgeprägt sind als in Westdeutschland, hängt nicht nur mit unterschiedlichen Einstellungen zu aktuellen Themen zusammen, sondern auch mit den Prägungen durch die Transformationszeit.

In der vorliegenden Ausgabe der Zeitschrift werden einige thematische und praktische Anregungen für eine neue Auseinandersetzung mit den 1990er-Jahren gegeben. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Perspektive in Bezug auf die Migrationsgesellschaft. Hierzu hat die Geschäftsstelle vor Kurzem eine neue Publikation herausgegeben, die ich Ihnen sehr ans Herz legen kann.

Darüber hinaus hat der Ehrenvorsitzende von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Joachim Gauck im Sommer den Point Alpha Preis für seine Verdienste um die Deutsche Einheit erhalten. Anhand seiner Biografie kann in besonderer Weise nachvollzogen werden, wie die Entwicklung der gesellschaftlichen Beschäftigung mit der DDR-Vergangenheit und auch mit dem NS-Regime in den vergangenen 30 Jahren ablief. Es war mir eine Freude, dass ich für meine Laudatio tiefer in diese beeindruckende Lebensgeschichte eintauchen durfte.

Gute Möglichkeiten, sich der Transformationszeit unter verschiedenen Blickwinkeln zu nähern, bieten auch die in diesem Heft vorgestellten Angebote der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Wir sollten dabei nicht den Fehler begehen, dies nur als eine Aufgabe für Ostdeutschland zu begreifen. Diese Jahre waren in vielerlei Hinsicht prägend für Gesamtdeutschland.

Davon zeugt auch die traurige Erinnerung an die Nacht vom 22. auf den 23. November 1992, in der Rechtsextreme in Mölln Molotow-Cocktails in zwei Häuser warfen, in denen türkeistämmige Familien lebten. Die Cousinen Yeliz Arslan und Ayse Yilmaz und ihre Großmutter Bahide Arslan starben in den Flammen. Dieses Verbrechen – 30 Jahre her – war neben zahlreichen weiteren rechtsextremen Anschlägen und rassistischen Übergriffen ein zentraler Grund dafür, dass wenige Monate später im April 1993 der Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. gegründet wurde.

Mit herzlichen Grüßen,

Ihr Andreas Voßkuhle

Die **Mitgliederversammlung** und die **Preisverleihung** von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. finden in diesem Jahr am 19. November 2022 in Frankfurt am Main statt.

IMPRESSUM
Herausgegeben von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Stauffenbergstraße 13-14, 10785 Berlin
Telefon (0 30) 26 39 78-3, Telefax (0 30) 26 39 78-40, *info@gegen-vergessen.de*, *www.gegen-vergessen.de*
Bankkonto: Sparkasse KölnBonn · IBAN DE45 3705 0198 0008 5517 07 · BIC COLSDE33XXX

Titelfoto: Foto, Halle (Saale), 1991: Daniel Biskup/Bundesstiftung Aufarbeitung (siehe auch Seite 15 im Heft)

Redaktion: Liane Czeremin, Dr. Dennis Riffel, Dörthe Ziemer, Dr. Michael Parak (V.i.S.d.P.)
Lektorat: Ines Eifler, Görlitz
Gestaltung: Atanassow-Grafikdesign, Dresden
Druck: B&W MEDIA-SERVICE Werbe- und Verlagsgesellschaft mbH
Die Zeitschrift wird klimaneutral auf FSC-zertifiziertem Papier gedruckt.
Die Herausgabe dieser Zeitschrift wurde gefördert durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen keine Meinungsäußerung der Redaktion oder des Vereins dar.
Die Redaktion überlässt die Entscheidung über eine Verwendung gendergerechter Sprache den Autorinnen und Autoren.
ISSN 2364-0251

Inhaltsverzeichnis

Die Themen in dieser Ausgabe

SCHWERPUNKTTHEMA

Transformationsgesellschaft und Migrationsgesellschaft in Ostdeutschland 4
Interview: „Zuerst haben wir uns auch gefreut …“ 7
Joachim Gauck war immer mehr als nur der eine! 11
„Keiner kann den Schiedsrichter machen“ 14
Best Practice: Neue unentd_ckte Narrative in Chemnitz 15
Keine Chance für historische Legendenbildung 16

BLOG DEMOKRATIEGESCHICHTEN.DE

Welches Handeln ist vorbildlich in einer Demokratie? 18
Hilfe zur Selbsthilfe leisten – Marie Juchacz und die Gründung der Arbeiterwohlfahrt 20

ANALYSE UND MEINUNG

Zum Umgang mit Geschichte im Kontext des Ukrainekrieges 22

AUS UNSERER ARBEIT

Remember Resistance 33–45. Macht euch ein Bild vom Widerstand! 25
Einblicke in die regionale Arbeit am geschichtsträchtigen Ort 28
RAG Münsterland: Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. wird zum Forschungsprojekt 29
RAG Rhein Main: Am Rande vergessen – in der Mitte gebraucht 30
RAG Nordhessen-Südniedersachsen: Familie Freedberg besucht die Orte ihrer Vorfahren 33
RAG Nordhessen-Südniedersachsen: Gedenken an die Ermordung von Walther Rathenau 35
RAG Rhein Ruhr West: Drei Stimmen zum Begriff der Nation 36

NAMEN UND NACHRICHTEN

Trauer um Vorstandsmitglied Dieter Schulte 40

SO HELFEN SIE!

Ein Stück Zeitgeschichte unter dem Hammer 41
Spenden statt Geschenke zum Abschied in den Ruhestand 42

REZENSIONEN

Ernst-Jürgen Walberg bespricht:
Aber ich lebe. Vier Kinder überleben den Holocaust. 44

IMPRESSUM 2
VORSTAND UND BEIRAT 47

Ruth Wunnicke

Transformationsgesellschaft und Migrationsgesellschaft in Ostdeutschland

Die Friedliche Revolution wendete und veränderte 1989 das Leben aller Menschen in Ostdeutschland nachhaltig. 30 Jahre danach sind die persönlichen Perspektiven der Ostdeutschen auf die sogenannten Transformationsjahre im kollektiven Gedächtnis noch nicht hinreichend abgebildet. Das betrifft vor allem auch diejenigen mit Migrationsgeschichte.

Zum Zeitpunkt des Mauerfalls im November 1989 lebten in der DDR 16,43 Millionen DDR-Bürger und mehr als 192.000 ausländische Staatsangehörige. Das entsprach etwa einem Prozent der DDR-Bevölkerung. (Die rund 380.000 sowjetischen Soldaten wurden nicht zur DDR-Wohnbevölkerung gezählt.) Acht Monate später, am 31. August 1990, wurde der deutsch-deutsche Einigungsvertrag unterschrieben. Er regelte die rechtlichen Bedingungen für die Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 und legte die staatliche Ordnung für das wiedervereinte Deutschland fest.

Alles konnte der Vertrag jedoch nicht regeln. Denn in oftmals schwierigen Prozessen mussten Millionen Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte in Ostdeutschland ihren persönlichen Weg in einer politisch, wirtschaftlich und sozial neuen und unbekannten Umgebung finden. Das betrifft die Ostdeutschen ohne, aber vor allem diejenigen mit Migrationsgeschichte.

War die DDR eine Migrationsgesellschaft?

Migrationsgesellschaft wird als eine Gesellschaft verstanden, die durch Aus- und Zuwanderungsprozesse geprägt ist.

In Ostdeutschland gebe es keine Erfahrung mit Migration, heißt es oft. Doch auch die DDR hatte Zu- und Abwanderung. Allerdings war die Staatsführung bemüht, einen gesellschaftlichen Diskurs darüber zu unterbinden, und verhinderte zum Beispiel den Kontakt zwischen sogenannten Vertragsarbeiterinnen und -arbeitern und der übrigen Gesellschaft. Doch schon lange vor der Friedlichen Revolution war die DDR eine Migrationsgesellschaft. Millionen **Flüchtlinge und Vertriebene** aus den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches fanden nach dem Zweiten Weltkrieg in der Sowjetischen Besatzungszone, der späteren DDR, eine neue Heimat. 1950 waren es 4,1 Millionen Personen. Durch Abwanderung und Flucht reisten zwischen der Staatsgründung 1949 und dem Mauerbau 1961 rund drei Millionen Menschen nach Westdeutschland aus. Gleichzeitig zogen rund 500.000 Personen aus Westdeutschland in die DDR. Auch nach 1961 verließen noch über 795.000 Bürgerinnen und Bürger die DDR in Richtung Westen. Die Abwanderung hatte einen Arbeitskräftemangel zur Folge. **Arbeitsmigration in die DDR** sollte Abhilfe schaffen. Die Regierung schloss Abkommen mit anderen sozialistischen Staaten, um Arbeitskräfte in die DDR zu holen. 1966 waren rund 3.500 Vertragsarbeiter in der DDR tätig, 1989 rund 94.000. Der Aufenthalt der Vertragsarbeiter war von vornherein befristet angelegt und folgte einem Rotationsprinzip. Zudem erhielten in der DDR politische Flüchtige – wenn auch wenige – Asyl.

Den zentralen Organen der DDR galten Bevölkerungsbewegungen jedoch in vielerlei Hinsicht als Bedrohung, weshalb nicht nur die Bewegung, sondern auch gesellschaftliche Debatten darüber eingedämmt werden sollten. Die Folgen von Migration für die soziale Ordnung wurden vom Staat stets reflektiert. Der Migrationsforscher Jochen Oltmer spricht daher von einer „repressiv formierten Migrationsgesellschaft, die zahllose Ambivalenzen und Widersprüche produzierte" (Die DDR – eine Migrationsgesellschaft, 2021). Auch nach 1990 setzten sich Zuzug und Abwanderung fort. In den 1990er Jahren wurden rund 350.000 Bürgerkriegsflüchtlinge aus den Gebieten des ehemaligen Jugoslawien in Ost- und Westdeutschland aufgenommen. Ebenso fanden Millionen Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion, aus Polen und Rumänien sowie russische Juden in beiden Teilen Deutschlands eine neue Heimat. Gleichzeitig verließen bis zum Jahr 2000 etwa 611.000 Personen den Osten in Richtung Westdeutschland.

Transformation in Ostdeutschland – „Gleichzeitigkeit der Unsicherheit"

„Als Vietnamesin freute ich mich sehr über die Veränderungen. Und die Vereinigung von Deutschland sollte ja auch bedeuten, dass es ein Europa ohne Grenzen, ein offenes Europa geben sollte, und das, dachten wir, ist eine große Chance auch für uns Vietnamesinnen und Vietnamesen, die hier in Deutschland leben. Aber zur Wende kam alles anders, als wir es uns vorgestellt haben."

So erinnert sich Vũ Thị Hoàng Hà an die 1990er Jahre in Ostdeutschland (siehe Interview Seite 7). Seit den 1980er Jahren lebte sie als Vertragsarbeiterin in der DDR. Die Zäsur von 1989/90 ermöglichte einen politischen Systemwechsel und die Transformation in den 1990er Jahren. Die Friedliche Revolution von 1989/90 war durch ein enormes Tempo und die gleichzeitige Veränderung aller Lebensbereiche gekennzeichnet. Über Jahre hinweg befanden sich die Menschen in Ostdeutschland in einem gesellschaftlichen Wandel. Transformation beschreibt der Historiker Philipp Ther als „einen besonders tiefgreifenden, umfassenden und beschleunigten Wandel des politischen Systems, der Wirtschaft und der Gesellschaft" (Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent, 2014). Bereits Anfang der 1990er Jahre bezeichnete der Sozial- und Politikwissenschaftler Claus Offe diesen triefgrei-

Foto: Mahmoud Dabdoub

Hoffest in Leipzig Connewitz im Juli 1990.

fenden Wandel des Systems als „Dilemma der Gleichzeitigkeit" (Das Dilemma der Gleichzeitigkeit, 1991). Die zeitgleich ablaufenden Veränderungen trafen die unterschiedlichen Generationen sowie die Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte unterschiedlich stark. Denn nicht nur auf politischer Ebene fanden die Veränderungen statt, sie griffen auch in das persönliche Leben jedes und jeder Einzelnen ein. Sämtliche lebensweltlichen Bereiche änderten sich gleichzeitig, was eine große Flexibilität verlangte. Wenn die Routinen des Alltags erschüttert werden und „in diesen Alltag ein Systemwechsel integriert werden muss, erfordert das vielfältige Anpassungen und bringt Unsicherheiten mit sich", konstatierte die Historikerin Kerstin Brückweh (Die lange Geschichte der „Wende", 2020). Von Zuversicht und Euphorie bis zu Unsicherheit und (Todes-) Angst gehörte für die Menschen in den Transformationsjahren emotional alles dazu.

Das Potsdamer Historikerteam um Kerstin Brückweh sieht die „Gleichzeitigkeit der Unsicherheiten" als prägendes Charakteristikum der Transformationsjahre. Der Verlust von Stabilität und eine Unvorhersehbarkeit verliefen parallel. Diese Gleichzeitigkeit der Unsicherheiten begleitete Ostdeutsche noch bis weit in die 1990er Jahre hinein. Zu oft gerate diese Unsicherheit in Vergessenheit, so Brückweh, und zwar bei den Betroffenen selbst, wenn sie sich an diese Zeit erinnern und an das, was sie damals geleistet haben. Doch diese Gleichzeitigkeit der Unsicherheiten anzuerkennen sei wichtig für die Bewertung der Transformationszeit aus der Perspektive der Betroffenen, sagt die Historikerin.

Ostdeutschland 30 Jahre danach. „Umbruchskompetenz" und der „Schatten der Nachwendezeit"

Im Jahr 2020 ergab eine Bertelsmann-Umfrage, dass 74 Prozent der Menschen in Ostdeutschland den Einfluss der deutschen Einheit auf das eigene Leben als groß oder sehr groß einschätzen. In der gleichen Umfrage meinten diese ostdeutschen Befragten, dass sie sich am 3. Oktober 1990 von einem Tag auf den anderen auf ein neues System einstellen mussten. Anerkennung haben sie aus ihrer Sicht nie bekommen: weder für diese Transformationsleistung noch dafür, dass sie die Wiedervereinigung durch die Friedliche Revolution überhaupt ermöglicht hatten. Dabei entwickelten die Ostdeutschen mit und ohne Migrationsgeschichte in den 1990er Jahren ein Umbruchswissen, das sie bei sich selbst nicht immer sehen. In den vergangenen drei Jahrzehnten haben sie Beispiel für Beispiel geliefert, dass es möglich ist, tiefgreifende Umbrüche zu gestalten. Diese ostdeutsche „Umbruchkompetenz" beschreibt Matthias Platzeck, der ehemalige Ministerpräsident des Landes Brandenburg, in seinem Buch „Zukunft braucht Herkunft" (2009) als eine „ganz grundlegende Fähigkeit zum Leben und Arbeiten unter Bedingungen der Ungewissheit und der Instabilität, die Fähigkeit zur Improvisation, zur Netzwerkbildung und, wenn nötig, zum abermaligen Neuanfang". Eines, so Platzeck, hätten die Ostdeutschen verinnerlicht: dass es auch anders kommen kann.

2018 schreibt Petra Köpping, die ehemalige Staatsministerin für Integration im sächsischen Landtag, in ihrem Buch „Integriert doch erst mal uns" vom lan- »

» gen Schatten der Nachwendezeit. Für Köpping besteht ein Zusammenhang darin, dass jemand, der mit seiner eigenen Vergangenheit noch nicht alles abgeklärt habe oder unzufrieden sei, wie der Staat mit ihm umgehe, auch keine anderen Menschen anerkennen könne. Während Köpping mit dem Buch um Verständnis für ostdeutsche Biografien werben möchte, konstruiert sie unbewusst einen neuen Gegensatz: zwischen ‚wir Ostdeutschen' und ‚den Migranten'. Vor allem für Menschen mit Migrationshintergrund steht die Migrationsgesellschaft damit infrage.

Die Realität der ostdeutschen Migrationsgesellschaft benennen

30 Jahre nach der Wiedervereinigung sind im kollektiven Gedächtnis die Perspektiven der (ehemaligen) Migrantinnen und Migranten und Vertragsarbeiter der DDR noch nicht hinreichend repräsentiert. Auch in Ostdeutschland gibt es, wie in Westdeutschland, migrantische Kontinuitäten. Diese würden jedoch zu wenig benannt und erzählt, so die Migrationsforscherin Noa K. Ha. Bisher sei die Migrationserzählung in Deutschland noch zu sehr vom westdeutschen Narrativ der „Gastarbeiter" geprägt.

Fakt ist, eine ostdeutsche (post-)migrantische Realität ist vorhanden. In jüngerer Zeit organisieren sich in Ostdeutschland zunehmend mehr migrantische Vereine. Sie bilden Dachverbände, treten selbstbewusst auf, engagieren sich und fordern ihr Recht auf Teilhabe ein. Aus dieser ostdeutschen migrantischen Perspektive kommt im übertragenen Sinn die Aussage ‚Wir sind schon lange da und wir bleiben hier'. Zielführend ist daher eine Erzählung der ostdeutschen Geschichte, die auf die Vielfalt der Erinnerungen und Perspektiven eingeht.

„Migrationsgesellschaft und Transformationsgesellschaft in Ostdeutschland". Die neue Publikation von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Bis heute wird selten an die persönlichen Alltagserfahrungen, Erinnerungen und Geschichten der 1990er Jahre erinnert; oftmals nur im privaten Rahmen. Öffentlich werden sie noch nicht hinreichend artikuliert. Das gilt für Menschen ohne und mehr noch für Menschen mit Migrationsgeschichte. Mitunter sind die Erinnerungen auch zu schmerzhaft. Dennoch wünschen sich Ostdeutsche mit und ohne Migrationsgeschichte, dass ihre Lebensleistungen wahrgenommen werden. Diesen Wunsch greifen die Autorinnen und Autoren der Publikation auf. Den persönlichen Herausforderungen, Veränderungen, Orientierungsprozessen und Versuchen eines Neuanfangs für die Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte in den ersten zehn Jahren nach der Wiedervereinigung nachzugehen, ist ein Schwerpunkt der Publikation.

In einem zweiten Schwerpunkt geht es um die Frage, welche Chancen und Herausforderungen die Transformationsjahre für die Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte in Ostdeutschland bis heute mit sich bringen. Es kommen ostdeutsche Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte zu Wort; Ostdeutsche, die vor 1989 in der DDR lebten, Nachgeborene und später Zugezogene. Durch die Erzählungen der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen eröffnen sich uns persönliche Blicke auf die Transformationsjahre und die Situation heute, 30 Jahre danach. Wo ähneln sich und wo unterscheiden sich die verschiedenen Sichtweisen auf die Jahre des Wandels? Wie prägen diese Jahre unsere ostdeutsche Gesellschaft heute?

Durch die Zusammenarbeit von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. mit dem Bundesverband russischsprachiger Eltern e. V. und dem Dachverband der Migrant*-innenorganisationen in Ostdeutschland e.V. wurden die Zeitzeugen für diese Publikation aus den jeweiligen Netzwerken gewonnen. Die Interviews mit Nichtmuttersprachlern wurden grammatikalisch bewusst nicht überarbeitet. Zudem bleiben die Erinnerungen der Interviewten unkommentiert stehen, auch wenn Widersprüche zwischen den verschiedenen Erzählungen auftauchen.

In einem dritten Teil der Publikation werden die Interviews nach verschiedenen Aspekten ausgewertet und kontextualisiert.

Die Publikation richtet sich in erster Linie an Akteure und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in ostdeutschen Kommunen, aber auch an alle anderen Interessierten. Ziel ist die Ermutigung, regional nach den Erinnerungen von Menschen verschiedener Gruppen und Herkünfte zu fragen und sie sichtbar zu machen. Dabei kann das Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft vor Ort als Ausgangspunkt dafür genommen werden, einen vielfältigen Blick auf die Transformationsjahre vor Ort zu werfen. ■

Auf den folgenden Seiten lesen Sie Auszüge aus dem oben bereits zitierten Interview mit *Vũ Thị Hoàng Hà*.

Ruth Wunnicke ist wissenschaftliche Referentin bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Literaturhinweis:

Migrationsgesellschaft und Transformationsgesellschaft in Ostdeutschland.
Eine Publikation von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. und dem Bundesverband russischsprachiger Eltern e.V., hrsg. von Deniss Hanovs, Dennis Riffel, Anastasia Sudzilovskaya, Anja Treichel, Ruth Wunnicke
Berlin 2022. 160 Seiten (Paperback).

Das Buch kann kostenfrei heruntergeladen werden unter: *https://www.gegen-vergessen.de/verein/medien/publikationen/*.
Unter: *info@gegen-vergessen.de* können Sie das Buch auch kostenfrei bestellen.

Interview

„Zuerst haben wir uns auch gefreut ...“

Vũ Thị Hoàng Hà wurde in Vietnam geboren und kam 1978 als Germanistikstudentin nach Leipzig, wo sie bis 1984 blieb. 1987 kehrte sie als Dolmetscherin für vietnamesische Vertragsarbeiter*innen in die DDR zurück. 1992 war sie Mitgründerin des Deutsch-Vietnamesischen Freundschaftsvereins e. V., der zu den ersten Migrant*innenselbstorganisationen in Ostdeutschland gehört. Sie arbeitet beim „Landesnetzwerk Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt e. V.“ (LAMSA) in verschiedenen Projekten, beim „Netzwerk der Eltern mit Migrationsgeschichte in Sachsen-Anhalt“ (NeMsa) und ist Teil des „Bundeselternnetzwerkes der Migrantenorganisation für Bildung und Teilhabe“ (bbt). Im Interview berichtet sie, wie sie die Transformationszeit erlebt hat.

Du bist schon seit DDR-Zeiten hier – was hat sich denn in deinem direkten Umfeld mit der „Wende“ alles verändert?

Als die Wende kam, haben wir uns zuerst auch gefreut. Wir haben gedacht, jetzt kommt also die Vereinigung von Deutschland! Wir Vietnamesen haben Ähnliches erlebt: Genauso wie Deutschland war Vietnam auch lange Zeit, fast 30 Jahre, geteilt. Und mit dem Ende des Krieges war das Land wieder vereinigt. Als Vietnamesin freute ich mich sehr über die Veränderungen. Und die Vereinigung von Deutschland sollte ja auch bedeuten, dass es ein Europa ohne Grenzen, ein offenes Europa geben sollte, und das, dachten wir, ist eine große Chance auch für uns Vietnamesinnen und Vietnamesen, die hier in Deutschland leben. Ich war damals Dolmetscherin. Aber zur Wende kam alles anders, als wir es uns vorgestellt haben. Wir bekamen direkt eine Kündigung. Zuerst wir, nicht die deutschen Kolleginnen: Wer bleiben will, kann bleiben, aber muss sich selber um Wohnung und Arbeit kümmern. Damals herrschte großer Mangel an Wohnungen. Dadurch waren die meisten Vietnamesen gezwungen, die uns angebotenen 3.000 DM als Entschädigung zu nehmen, und haben sich für die Rückkehr entschieden. Diejenigen, die entschieden haben hierzubleiben, haben argumentiert, dass das Leben in Vietnam auch schwer war, Arbeitslosigkeit und Armut herrschte: Wir versuchen unser Glück hier zu machen. Wir gehen dieses Risiko ein. Aber wie man Wohnung und Arbeit finden sollte, das wusste niemand.

Welcher Weg eröffnete sich für dich?

Auf einer Veranstaltung habe ich die Ausländerreferentin des Landes Sachsen-Anhalt getroffen und durch dieses Gespräch habe ich mitbekommen, dass viele vietnamesische Menschen geblieben sind. Diese brauchten sehr dringend Unterstützung von Menschen, die die deutsche Sprache gut beherrschen, also wie ich. Später haben sich dann einige vietnamesische Dolmetscher und Dolmetscherinnen in Magdeburg versammelt und wir sind zu dem Entschluss gekommen, wir können was! Wir können die Sprache sprechen, die Behörden kontaktieren und so unseren Leuten helfen.

Foto: Vũ Thị Hoàng Hà

Auf dem Hof vom Eine-Welt-Haus des Eine Welt e.V. Leipzig.

Zu diesem Zeitpunkt war es sehr, wirklich sehr schlimm mit dem Rassismus. 1990 bis 1992 war eine schlimme Zeit: Jeden Tag kamen im Fernsehen diese Bilder, der „Höhepunkt“ war Rostock-Lichtenhagen. Und in Magdeburg haben wir offene Beschimpfungen, Beleidigungen und auch tätliche Angriffe erlebt, besonders am Abend in Magdeburg-Olvenstedt. Da wurden die vietnamesischen Menschen und alle, die irgendwie anders aussahen, geschlagen. Das haben wir mitbekommen und wir haben Angst gehabt, richtige Todesangst. Als ich die Bilder von Solingen gesehen habe, haben wir in unserer Gruppe entschieden, dass wir uns nur noch im Auto bewegen, und wir haben uns ein kleines gebrauchtes Auto gekauft. Das Auto war damals für uns das einzige Verkehrsmittel, wo man den Rechten nicht begegnet ist. Oder wir gingen am Abend überhaupt nicht mehr auf die Straße. Und wir haben auch andere Notfallmaßnahmen geplant. Wir lebten damals in der vierten Etage und haben Bettlaken zusammengeflochten, damit wir über die Fenster fliehen können, falls wir angegriffen werden.

Habt ihr euch als Migrantinnen und Migranten organisiert?

Zum Glück haben wir dann 1992 den deutsch-vietnamesischen Freundschaftsverein in Magdeburg gegründet. Diese Gründung war für die vietnamesische Community in Magdeburg ein großer »

Fotos: Vũ Thị Hoàng Hà

Studentinnen aus Vietnam vor der Uni Leipzig.

» Meilenstein, zum ersten Mal haben wir eine offizielle Anlaufstelle geschaffen. Damals gab es kaum migrantische Organisationen im Osten, vielleicht waren wir die erste. Mit der Gründung des Vereines haben wir erst mal einen Kontakt für die Behörden und andererseits für unsere Landsleute geschaffen. Durch dieses Begegnungszentrum konnte der Verein so vielen Vietnamesen helfen. Sie kamen regelmäßig mit ihren Anfragen. Am Anfang hatten die Anfragen sehr viel mit Wohnungssuche zu tun. Wir haben schnell die Infos weitergegeben, wo was leer ist und wo sie schnell eine Wohnung finden konnten. Danach kamen Fragen nach Arbeit. Das war aber sehr schwer, weil es in den ganzen 1990er Jahre kaum Arbeitsangebote gab. Wir hatten keine Chance außer einige ABM-Stellen, weil die meisten Vietnamesinnen keinen Abschluss beziehungsweise keine Anerkennung ihrer Abschlüsse und ihrer Berufserfahrungen hatten. Auch wegen der Spracheinschränkungen waren die Chancen auf dem Arbeitsmarkt gleich null. Die meisten waren gezwungen, sich selbstständig zu machen. Am Anfang schien die Selbstständigkeit sehr einfach. Sie standen einfach auf dem Wochenmarkt, haben ein paar Pullover oder Kassetten verkauft. Damit hielten sie sich über Wasser. Später spielte unser Verein eine große Rolle, besonders auch als Partner für die Behörden. In Magdeburg wissen die Behörden, dass sie den Verein anrufen können. Wir bieten zum Beispiel Sprachmittlung, Begleitung oder Unterstützung bei Antragstellungen an.

Wir haben uns dann überlegt, wir können nicht jeder einzelnen Person helfen, sie müssen selber auch lernen zurechtzukommen, und haben Infoveranstaltungen zu verschiedenen Themen organisiert. Wir haben Geld beantragt beim Land und beim DGB für Infokurse zu verschiedenen Themen wie Bildungssystem, Krankenversicherung, Arbeitsmarkt, Gewerbeanmeldungen und so weiter. Wir haben mit einem Dolmetscher oder Dolmetscherin gearbeitet, die Menschen konnten Fragen stellen und wir haben Experten reingeholt, also Steuerberater oder jemanden von der Krankenkasse, vom Schulamt und so weiter.

Gab es in deinem direkten Umfeld Rassismuserfahrungen?

Ja. Zum einen haben wir Alltagsrassismus erlebt, bei den Behörden sowieso. Wenn du kamst und die Sprache nicht beherrscht hast, haben die Mitarbeitenden der Verwaltung mit dir gemacht, was sie wollten: willkürliche Entscheidungen getroffen, die Leute beleidigt. Das Schlimme daran ist, die Menschen haben nicht alles mitbekommen. Wenn sie dann gemerkt haben, dass sie nicht weiterkamen, kamen sie zu uns. Dann haben wir sie begleitet.

Mein Lebenspartner hat ab 1993 eine Gaststätte in Burg betrieben und eine in Magdeburg ab 1997, da bekamen wir einen Brief von einer älteren Frau. Sie hat geschrieben: „Macht eure Gaststätte zu, wir brauchen eure Gaststätte nicht, wir brauchen deutsche Küche." Solche Sachen kamen sehr oft vor, und dann diese ganze Gewalt gegen die vietnamesischen Imbissbetreiber. In Magdeburg haben mehrere erlebt, dass ihre Imbissstube über Nacht niedergebrannt wurde. Von der Polizei wurde in Richtung Rowdytum oder normale Kriminalität ermittelt, das Motiv Rassismus gab es damals nicht.

Wie war die Wahrnehmung in der Community, war bekannt, dass es Rechte waren?

„Sieg-Heil-Rufe" haben wir auch schon früher erlebt. Einige von uns sind sogar von rechten Jugendlichen schon zu DDR-Zeiten damit „begrüßt" worden. Das rechte Problem hat man deutlich gesehen, aber die DDR hat es immer ignoriert. Kurz nach der Wende, Ende September, Oktober 1990, wurde in Olvenstedt ein Wohnheim der Vietnamesen von Rechten,

Unter der Losung – Studentenleben in der DDR.

Glatzköpfen, umzingelt. Wir haben uns damals schon untereinander informiert: Vorsicht vor Menschen mit Glatzköpfen, Schuhen mit braunen Schnürsenkeln oder Bomberjacken. Wir haben eine Warnung in der Community verbreitet. Das Wohnheim wurde wochenlang umzingelt. Die Menschen mussten jeden Tag unter polizeilicher Begleitung zur Arbeit gehen. Manche wurden sogar mit einem vom Betrieb bezahlten Taxi gefahren, damit sie überhaupt zur Arbeit kamen. Genauso wie in Hoyerswerda oder in Rostock. Und die vielen neugierigen Menschen, die da standen, die normale Bevölkerung … Sie haben nicht so applaudiert wie in Rostock, aber sie haben alles mitbekommen. Sie wollten gucken, was da weiter passiert. Zum Glück war die Situation noch nicht so eskaliert, und die Polizei konnte die Menge irgendwie auflösen. Ich glaube, die Eltern erzählen das heute nicht so gern ihren Kindern. Ich verstehe das, denn sie wollen ihren Kindern positive Erlebnisse erzählen und wollen auch nicht ihre Schwächen zeigen. Sie wollen ihren Kindern nicht erzählen, dass sie erniedrigt wurden und nichts dagegen tun konnten.

Wie ist denn die jüngere Generation in dieser Zeit aufgewachsen?

Ich habe großen Respekt vor dieser zweiten Generation, ich hab erlebt, wie die Eltern damals ihre Kinder alleine gelassen haben, richtig allein gelassen – nicht weil sie das wollten, aber sie waren dazu gezwungen. Die meisten Eltern waren selbstständ-

dig, sie arbeiteten nicht acht Stunden und waren 16 Uhr zu Hause, die Leute in der Gastronomie arbeiteten sogar bis 23 Uhr. Die Eltern kamen nach Hause, als die Kinder schon im Bett lagen. Zu diesen zeitlichen Problemen kamen sprachliche Probleme, also die Eltern verstanden kein oder ganz wenig Deutsch und haben nicht mitbekommen, wie Schule funktioniert, was die Kinder in der Schule lernen, und konnten auch nicht bei den Hausaufgaben helfen.

Andererseits haben die vietnamesischen Eltern eine andere Einstellung zu Bildung. Sie haben gewusst, dass Bildung der einzige Weg ist, um ihren Kindern die Chance zu bieten, in eine höhere soziale Schicht aufzusteigen. Die meisten vietnamesischen Eltern haben sich schon damals gewünscht, dass ihre Kinder mit Bildung den sozialen Aufstieg schaffen.

Das andere Problem ist der Rassismus. Die Eltern wissen, durch den Rassismus können die Kinder es nur mit sehr guten Ergebnissen schaffen, einen gut bezahlten Job zu bekommen. Sie haben den Kindern immer gesagt, wenn sie zu einem Einstellungsgespräch eingeladen sind, müssen sie viel besser als die Deutschen sein, damit sie diesen Job bekommen. Die Eltern haben großen Druck auf ihre Kinder ausgeübt, dass sie immer die Noten Eins und Zwei bekommen sollen.

Die Kinder haben mit eigenen Augen gesehen, dass die Eltern so schwer arbeiten und dass die Eltern auch bereit sind, ihnen alles zu geben. Es gibt eine Art Dankbarkeit bei den Kindern. Wenn die Eltern den ganzen Tag nicht da sind, können die Kinder ja allen möglichen Blödsinn anstellen, aber das haben sie nicht gemacht. Die haben immer versucht, fleißig zu sein, gute Noten zu bekommen und so weiter.

Manche erzählen ihren Kindern, wenn sie zum Beispiel in der Schule beschimpft werden: „Wenn es nicht sehr schlimm ist, sagst du kein Wort. Du musst immer versuchen, die beste Schülerin in der Klasse zu sein, dann können die dich auch nicht mehr so erniedrigen." Das ist eine Strategie bei den vietnamesischen Eltern. Die denken immer, wenn wir besser sind, dann ist der Rassismus auch weg und wir überzeugen mit unseren besseren Leistungen.

Foto: Vũ Thị Hoàng Hà

Auf dem Völkerschlachtdenkmal in Leipzig.

Wie hat sich die Situation auf die Haltung der Community bezüglich Demokratie und Gesellschaft ausgewirkt?

Es gibt zwei Tendenzen, die ich beobachtet habe: Die eine Gruppe ist noch sehr stark unter dem Einfluss der vietnamesischen Gesellschaft und der Diktatur. Sie sagen immer, hier herrscht „zu viel Demokratie", besonders in der Pandemie. Zu viel Demokratie, das heißt auch, dass die AfD im Landtag ist, weil sie gewählt wurde, das können sie nicht glauben. Sie sagen, warum können die in den Landtag, wenn das Grundprinzip ist, dass Gleichheit und Respekt füreinander herrschen sollen? Wenn diese Menschen uns einfach angreifen, auch töten, wirklich menschenverachtende Positionen einnehmen und danach handeln, wo ist dann die Demokratie? Das ist für die einfachen Menschen nicht so leicht zu verstehen, dass Grundrechte trotzdem verteidigt werden müssen. Sie haben Zweifel an dieser Demokratie.

Die andere Position ist: Es ist schön, dass wir hier in Deutschland leben können, dass wir gleichgestellt sind vor dem Gesetz wie ein Abgeordneter oder eine höhere Person oder ein reicher Mensch. Sie finden auch die Gleichbehandlung in der medizinischen Versorgung sehr positiv und den Respekt vor dem menschlichen Leben in Deutschland. Ich glaube, die Mehrheit der Vietnamesen und Vietnamesinnen sind überzeugt von dieser Gesellschaft.

Gibt es eine Partei oder Organisation, von der du sagen kannst: Sie vertreten auch meine Interessen und setzen sich für meine Rechte ein?

Ich würde sagen, die Grünen und die SPD versuchen ein wenig, die Interessen der Migranten und Migrantinnen zu vertreten. Von der CDU kann man schon sagen, dass es in den letzten Jahren Verbesserungen gegeben hat mit Frau Merkel. Auch die konservativen Parteien kommen langsam auf die Idee, dass die gezwungen sind, sich mit der Problematik auseinanderzusetzen wegen der Globalisierung. Dann natürlich die Migrantenorganisationen, unser Verein und das LAMSA (Landesnetzwerk Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt e.V.). Der Schwerpunkt der Migrantenorganisation ändert sich aber. Die zweite Generation will nicht mehr in einem solchen Verein arbeiten. Sie sind Mitglieder von Verschiedenem, aber nicht in den Migrantenorganisationen, in denen sich ihre Eltern engagieren. Sie sehen nicht mehr diese Notwendigkeit.

Welche Rolle spielte die Frage, im Osten zu bleiben oder in den Westen zu gehen?

Kurz nach der Wende war das eine große Frage. Die Mehrheit hat gesagt, wir ertragen diesen Rassismus hier in Ostdeutschland nicht mehr. Überall war bekannt, dass Ostdeutsche viel rassistischer als die Westdeutschen sind, das war dann um die Wende herum. Als wir dann nach Westen kamen und wir gesehen haben, da sind »

»so viele Ausländer, fühlten wir eine Art Befreiung. Aber mit den Jahren haben wir dann gemerkt, dass die Ostdeutschen gar nicht rassistischer sind als die westdeutschen, sondern nur anders rassistisch. Der Rassismus hat andere Formen. Daher glaube ich nach so vielen Jahren, dass die erste Generation von Vietnamesen, die bis jetzt noch hiergeblieben sind, die bleiben auch weiter. Bei der jungen Generation sind die meisten weggegangen, zum Beispiel in die Großstädte, wo sie bessere Chancen auf Arbeit haben. Andererseits sind viele junge Leute hiergeblieben, weil sie sich hier gut fühlen.

Würdest du dich auch als Ostdeutsche sehen?
Ja, ich hab viele ostdeutsche Freunde, ich hab immer gesagt, ich bin auch irgendwie Ostdeutsche. Ich kenne den Westen nicht so, war nur als Touristin dort. Besonders in den 1990er Jahren, als die meisten Leitungsebenen hier von Westleuten besetzt waren, haben meine deutschen Kolleginnen mich immer als Verbündete angesehen. Sie haben mir erzählt, mein Wessi-Chef: so und so und so. Und wir haben uns damals immer als Ostdeutsche gefühlt. Ich hab genauso wie die Ostdeutschen diese Massenarbeitslosigkeit erlebt, hab versucht, Arbeit zu finden. Manchmal haben wir uns auch gemeinsam erinnert, wie wir die DDR erlebt haben.

Inwieweit kommen deine Erfahrungen und die der Community in der heutigen deutschen Erinnerungskultur vor?
Der ganze Abschnitt der 40 Jahre DDR ist für 16 Millionen Ostdeutsche verschwunden, außer in Geschichte wird wenig davon behandelt. Ich glaube, in den letzten Jahren fängt man wieder mehr an, auf diese Zeit zurückzublicken und sich die Frage zu stellen, warum Ostdeutschland sich so entwickelt. Meine Erfahrungen als Migrantin aus Vietnam in der DDR und dann zur Wende, die kommen nirgendwo vor. Als die Deutschen ihre Wendezeit feierten, kein Wort von uns. Zu diesem Zeitpunkt lebten hier mehrere Hunderttausend Menschen anderer Herkunft – nie wurden die Stimmen dieser Menschen gehört.

Die Geschichte der DDR besteht auch ein Stück aus Menschen anderer Herkunftsländer, die hier längere Zeit gelebt haben, studiert haben, gearbeitet haben – sie haben auch einen Beitrag geleistet! Es gab ja auch viele positive Erfahrungen, daraus kann man etwas machen. Besonders für die Ostdeutschen hier ist es wichtig, dass ihre Erfahrungen auch noch nicht vollständig wiedergegeben und aufgearbeitet sind.

Wie kommst du in der heutigen Gesellschaft zurecht?
Also, 30 Jahre nach der Wende denke ich, dass die Netzwerke bei mir viel, viel größer geworden sind. Ich würde sagen, ich habe kein Problem, mich zurechtzufinden. Man braucht nicht alles zu wissen, aber man muss wissen, wen man fragen kann. Kurz nach der Wende wusste man überhaupt nicht, wohin, damals war wirklich alles sehr chaotisch. Ich glaube, die Netzwerke sind der Schlüssel. Wenn ich viele meiner älteren deutschen Bekannten anschaue, die haben sich dran gewöhnt, dass man zu DDR-Zeiten vom Staat betreut wurde, der Staat kümmert sich um deine Sachen, du brauchst keinen Antrag zu stellen, sondern deine Leistungen kommen automatisch. In dieser neuen Gesellschaft ist das Gesetz als Rahmen da, aber du musst selber den Antrag stellen, du musst deine Unterlagen beschaffen. Und das macht es heute vielen schwer. Bei den Migrantinnen und Migranten ist das eine Stärke, sie mussten sich selber kümmern und sind daran gewöhnt, dass man auf funktionierende Netzwerke angewiesen ist. ■

Die Fragen stellte Anja Treichel. Sie ist Geschäftsführerin in der Geschäftsstelle des Bundeselternnetzwerks der Migrantenorganisationen für Bildung & Teilhabe.

www.gegen-vergessen.de

MIGRATIONS GESCHICHTEN

Besuchen Sie den Blog von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.: migrations-geschichten.de

Andreas Voßkuhle

Joachim Gauck war immer mehr als nur der eine!

Auszüge aus der Laudatio zur Verleihung des Point-Alpha-Preises an den Bundespräsidenten a. D. Joachim Gauck vom 16. Juni 2022

[…] Lieber Joachim Gauck, es ist ein langer, ungewöhnlicher Weg, den Sie bisher gegangen sind. Wer Sie ein Stück des Weges begleiten durfte, ist reich beschenkt worden. Sie waren immer mehr als nur der eine. Sie waren Aufarbeiter und Erinnerer, Zuhörer und Lernender, Provokateur und Mahner, Seelsorger und Psychologe, Prediger und Lehrer. Und Sie haben in ganz wunderbarer Weise dem Politischen ein menschliches Antlitz verliehen. […]

Foto: © Point Alpha Stiftung

Joachim Gauck nach der Vergabe des Point-Alpha-Preises.

I. Aufarbeiter und Erinnerer

Als Joachim Gauck elf Jahre alt ist, das war 1951, wird sein Vater nach Sibirien verschleppt, die Familie bleibt lange im Ungewissen über sein Schicksal, und erst vier Jahre später wird der Vater begnadigt und kehrt zurück zur Familie. Viele Kinder wuchsen in den 1950er Jahren in Deutschland ohne Vater auf. Bei Joachim Gauck führt diese einschneidende Erfahrung, die er der sowjetischen Besatzungsmacht zu verdanken hatte, zu früher Distanz und Ablehnung des DDR-Unrechtsstaates. Er studiert Theologie und wird Pfarrer […]. In den Jahren 1989/90 engagiert er sich stark in der kirchlichen und politischen Protestbewegung in Mecklenburg. Gauck leitet wöchentliche Gottesdienste mit anschließender Großdemonstration in Rostock. Er wird Mitglied und Sprecher des Neuen Forums Rostock und erlebt die Friedliche Revolution als Initialzündung für sein späteres politisches Wirken. Nun nimmt sein Leben auch politisch Fahrt auf:
[…] Nahezu einstimmig wird Joachim Gauck am 28. September 1990 von der Volkskammer, vier Tage vor ihrer Auflösung, als „Sonderbeauftragter für die personenbezogenen Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes der DDR" vorgeschlagen. Am 3. Oktober 1990 wird er von Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Bundeskanzler Helmut Kohl zum Sonderbeauftragten ernannt.

In den ersten Interviews wendet sich Gauck energisch gegen den Wunsch, „die Vergangenheit ruhen zu lassen". Ein Ende der Beschäftigung mit der DDR-Vergangenheit läuft seiner Meinung nach auf eine „Verabredung des allgemeinen Vergessens" hinaus.

Als Sonderbeauftragter ist er aber mehr als der Leiter einer zentralen Behörde, er wird **die** Personifizierung der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit. Kaum jemand bemühte sich je um die korrekte Bezeichnung dieser Behörde, auch die Kurzform „Stasi-Unterlagen-Behörde" verwendete eigentlich niemand. Alle sagten „Gauck-Behörde" – viele auch nach Ende seiner zehnjährigen Amtszeit im Jahre 2000.

Joachim Gauck selbst bleibt aber nicht nur diesem einen Thema verhaftet. Der Mann, der so untrennbar mit der DDR-Aufarbeitung verbunden ist, wird im Jahr 2003 als Nachfolger von Hans-Jochen Vogel und Hans Koschnick Vorsitzender des überparteilichen Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Auch in dieser Funktion, die er immerhin neun Jahre bekleidet, setzt er sich unermüdlich für die Auseinandersetzung mit dem Unrecht der DDR-Diktatur ein. Gleichzeitig betont er die Notwendigkeit, aus der Beschäftigung mit der eigenen Geschichte Lehren für die Gegenwart und Zukunft zu ziehen. Konsequent geißelt er den aufkeimenden Rechtsextremismus.

Joachim Gauck steigt tief in diese Themen ein und setzt sich als Vorsitzender wirkungsvoll für die Opfer im „Erinnerungsschatten" ein, zum Beispiel für die Opfer von „NS-Euthanasie und Zwangssterili- »

Foto: © Point Alpha Stiftung

Andreas Voßkuhle hielt als Vorsitzender von Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V. die Laudatio.

» sierung", für Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, für Opfer der Wehrmachtsjustiz, für sowjetische Kriegsgefangene.

Aus dem Aufarbeiter wird immer stärker ein Erinnerer, eine Berufung, die er später ins Amt des Bundespräsidenten mitnimmt. Dort haben wir Joachim Gauck 2013 als ersten führenden deutschen Politiker beim Gedenken im französischen Dorf Oradour-sur-Glane erlebt, in dem 1944 die SS-Division „Das Reich" 642 Menschen ermordete, darunter viele Frauen und Kinder. Ein Jahr später bittet er als Staatsoberhaupt Griechenland um Verzeihung für die deutschen Kriegsverbrechen und besucht das Dorf Lyngiades, in dem die Wehrmacht mehr als 80 Menschen ermordete. Und die Menschen um ihn herum spüren: Das sind nicht nur Gesten und Symbole bundesrepublikanischer Erinnerungskultur; hier ringt ein Mensch mit der Geschichte seines Volkes.

II. Zuhörer und Lernender

Joachim Gauck wäre nicht so glaubhaft, wenn er nicht die Gabe des Zuhörens und stetigen Lernens hätte. […] er lässt die Menschen an seinem Innenleben teilhaben, setzt sich ihnen aus, zeigt Verletzbarkeit. Aber er nimmt auch selbst Anteil, lässt sich berühren von den Schicksalen anderer. Und je mehr er eintaucht in diese vielen unterschiedlichen Geschichten der Menschen, desto mehr öffnet er sich anderen Sichtweisen auf die Welt.

So zum Beispiel auch bei der zentralen Frage des Zusammenlebens in der Einwanderungsgesellschaft. Von Anfang an war es ihm sehr wichtig, sowohl die Schwierigkeiten als auch die Chancen zu benennen, die mit Migration verbunden sind. Nur so sei es möglich, ein stabiles neues „deutsches Wir" formen zu können. Joachim Gauck gehörte zu den wenigen, die im Krisenjahr 2015 sowohl jenen aus dem Herzen sprach, die den ankommenden geflüchteten Menschen mit großer Offenheit und Hilfsbereitschaft begegneten, als auch denjenigen, die sich Sorgen machten, ob Deutschland diese Migrationswelle bewältigen würde, als er sagte:
„Das ist unser Dilemma: Wir wollen helfen. Unser Herz ist weit. Aber unsere Möglichkeiten sind endlich." […]

Jedoch: Bei einigen von Ihnen wird sicherlich noch ein anderes Bild des Bundespräsidenten a. D. Joachim Gauck präsent sein, eines, das nicht selten für Kontroversen und Debatten gesorgt hat. Denn Joachim Gauck ist auch ein Provokateur und Mahner.

III. Provokateur und Mahner

Er ist bekannt für deutliche Worte, für Zuspitzungen, ja sogar für verbale Attacken. In seiner ersten Rede als Bundespräsident schleuderte er den wieder erstarkten Rechtsextremisten in unserem Land den danach vielzitierten Satz entgegen: „Euer Hass ist unser Ansporn!". Einige Zeit später musste sich das Bundesverfassungsgericht intensiv mit der Frage beschäftigen, ob ein Bundespräsident Demokratiefeinde als „Spinner" bezeichnen darf. Wieder einmal hatte Joachim Gauck provoziert. Er tut dies nicht aus Übermut oder um Menschen zu kränken, sondern weil er Menschen aus der Reserve locken will. Der österreichische „Standard" hat einmal formuliert, Gauck versuche „verschiedenste gesellschaftliche Gruppen […] aus ihrer ideologischen Vermauerung" zu stemmen, indem er, je nach Gesprächspartner, einen Standpunkt einnimmt, der dem ihrigen Paroli bietet.

Joachim Gauck fordert heraus, um Debatten aus ihren eingefahrenen Linien zu befreien und demokratische Aushandlungen lebendig zu gestalten. Solche Auseinandersetzungen müssen selbstverständlich Grenzen haben. Streit und Konflikte gehören aber zu einer lebendigen Demokratie. Und so steht hinter dem herausfordernden Stil von Joachim Gauck immer eine klare Absicht: die Demokratie und ihre Werte zu verteidigen, aus der Geschichte tatsächlich Konsequenzen zu ziehen, Handeln zu reflektieren und auch zu verändern, wenn es sich als notwendig erweist. In seinem Buch „Toleranz: einfach schwer" schreibt er:
„Eine offene Gesellschaft braucht das Engagement aller Demokraten unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Glauben oder anderen Besonderheiten. Sie braucht eine starke Mitte, Menschen, die sich einer fundamentalistischen Intoleranz ebenso widersetzen wie einer allzu nachsichtigen Toleranz und auf den gleichen demokratischen Rechten für alle beharren." […]

IV. Seelsorger und Psychologe

Das politische Gespür von Joachim Gauck basiert nicht so sehr auf der nüchternen Analyse der Lage, sondern auf einem tieferen Verständnis des Menschen. Er ist zugleich Seelsorger und Psychologe. […]

Eine Mitarbeiterin der Geschäftsstelle des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. hat mir berichtet, dass in seiner Zeit als Vorsitzender immer wieder Menschen anriefen, die Opfer der DDR-Diktatur geworden waren und seine Unterstützung suchten. Von dem Hinweis, Joachim Gauck sei nicht mehr Leiter der Gauck-Behörde und in seinen Möglichkeiten zu helfen beschränkt, ließen sie sich häufig nicht irritieren. Nicht selten kam die Antwort: „Aber er ist doch auch Pfarrer". […]

Gauck wirbt und plädiert für Freiheit als Verantwortung. Eine Verantwortung, die wir uns trauen sollen zu übernehmen. Dazu gehört für ihn auch das Plädoyer

gegen die Angst und für den Mut zur Freiheit. Die Erfahrung der ehemaligen Bürgerinnen und Bürger der DDR nach der Friedlichen Revolution fasst er so zusammen:
„Da war es, dieses merkwürdige Unvermögen, aktiv zu werden, wenn aus der Sehnsucht nach Freiheit die Gestaltung von Freiheit wird, wenn wir Freiheit von etwas schon erleben durften, aber die Freiheit zu etwas noch nicht können. […] Zu üben ist also nicht eine Fähigkeit, die wir mühsam studieren müssen, zu üben ist die Bereitschaft, Ja zu sagen zu den vorfindlichen Möglichkeiten der Gestaltung und Mitgestaltung. Dieses Verhältnis zu der uns umgebenden Wirklichkeit dürfen wir als Verantwortung bezeichnen. Ich habe mir angewöhnt, die Freiheit der Erwachsenen ‚Verantwortung' zu nennen."

Gerade mit seinem Ausloten der mentalen Verfasstheit unserer Gesellschaft schafft er eine Grundlage des gegenseitigen Verständnisses von Ost- und Westdeutschland sowie von Ost- und Westeuropa. […]

V. Lehrer und Prediger

Joachim Gauck hat die Fähigkeit, für jede Altersklasse und jeden Bildungshintergrund die richtige intellektuelle Flughöhe zu finden. Vermutlich auch ein Relikt aus seiner Zeit als Gemeindepfarrer. Dabei kombiniert er in seinen Vorträgen stets geschickt Geschichten und Erinnerungen, die aus dem einfachen Alltagsleben oder seinem eigenen Erfahren stammen. Jeder Zuhörer findet hier Anknüpfungspunkte. Seine Reden sind mehr Dialog als Ansprache. Er berührt die Zuhörer und wird von ihnen berührt. Joachim Gauck ist ein Menschenfänger, der sich selbst fangen lässt.

Und diese Gaben stellte er stets in den Dienst der Sache, als Lehrer und Prediger für die Demokratie und für die Freiheit. Sein viel zu früh verstorbener Biograf Johann Legner bringt das auf den Punkt:
„Gauck war ein Meister des wohlgesetzten Wortes geworden. Er konnte wie kein anderer die Schrecken der kommunistischen Gewaltherrschaft und ihre lang wirkenden Folgen beschreiben. Er konnte damit um Geduld und Anerkennung für seine ostdeutschen Landsleute werben. Er konnte die Wahlerfolge der PDS genauso erklären wie die Versäumnisse der Bundesrepublik bei der Aufarbeitung der Nazi-Zeit. Er war gleichermaßen in der Lage, die aus seiner Sicht revolutionären Errungenschaften des Herbstes '89 zu preisen sowie die deutsche Tradition der Unterwerfung unter einen Obrigkeitsstaat zu geißeln."

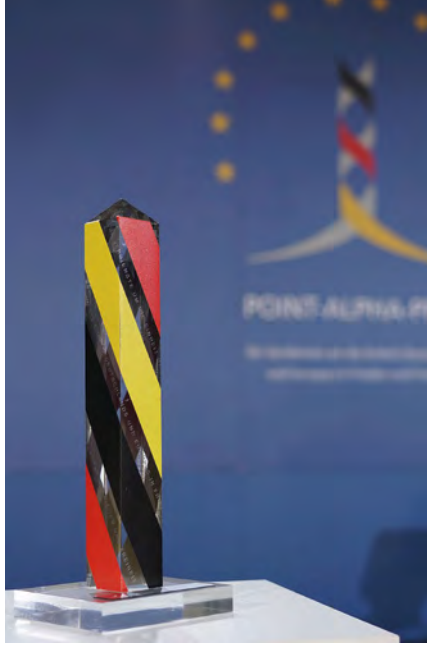
VI. Der glücklichste Moment in der deutschen Geschichte

Aufarbeiter und Erinnerer, Zuhörer und Lernender, Provokateur und Mahner, Seelsorger und Psychologe, Lehrer und Prediger. Es sind viele Facetten, die Joachim Gauck ausmachen und seine großen Verdienste für unser Land begründen.

Doch diese vielfältigen Facetten können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Erfahrung der Friedlichen Revolution ein zentraler Moment bleibt, der sein Leben überstrahlt. Als 50-Jähriger in der Mitte seines Lebens darf er zum ersten Mal wählen. Joachim Gauck hat einmal den Satz „Wir sind das Volk" als schönsten Satz der deutschen Politikgeschichte bezeichnet. Und wenn er das sagt, ist klar, diesen Satz, diese Erfahrung lässt er sich nicht mehr nehmen, auch nicht von Rechtspopulisten und Querdenkern, die ihn für ihre Zwecke missbrauchen.

Denn dieser Satz drückt vieles von dem aus, was Joachim Gauck uns heute noch lehrt: Angst zu überwinden, Mut zu zeigen, tätig zu werden, Verantwortung zu übernehmen, Freiheit nicht nur als Freiheit von etwas, sondern auch als Freiheit für etwas zu verstehen. Dieses Verständnis gilt es gerade nach den Jahren der Pandemie und in einer wenig friedvollen Welt zu beherzigen.

Man kann aber keine Laudatio auf Joachim Gauck aus Anlass der Verleihung des Point-Alpha-Preises halten, ohne seine Rede vom 9. November 1999 zu zitieren, in der er die damalige Gefühlslage vieler Ostdeutscher in seiner Art perfekt einfing:
„Nach der Einheit waren wir wieder Lehrlinge. Viele fühlten sich fremd im eigenen Land. Sicher erklärt sich ihre Bitterkeit auch aus neu erfahrener Hilflosigkeit und Enttäuschung. Sie hatten vom Paradies geträumt und wachten in Nordrhein-Westfalen auf."



Der Point-Alpha-Preis ist einem Grenzpfahl nachempfunden.

Dieser Satz wurde zum geflügelten Wort, und er zeugt hinter seinem Witz auch von den vielen Verletzungen und Enttäuschungen im neuen geeinten Deutschland. Aber er birgt zugleich die Lösung in sich. Denn: Auch in Nordrhein-Westfalen lässt es sich sehr gut leben, wie der Ostwestfale Andreas Voßkuhle weiß. Dafür braucht es jedoch wie überall den mutigen Dialog über Schwierigkeiten und Unterschiede, das Bewusstsein, Erreichtes wertzuschätzen, den Willen zu Teilhabe und Veränderung und schließlich: die entschlossene Verteidigung der Demokratie und des Rechtsstaates. Beides haben sich die Menschen in der DDR 1989 friedlich erkämpft und uns dadurch allen die Einheit geschenkt. […] ■

Die im Redetext verwendeten Quellen finden Sie auf Seite 14 verzeichnet. »

Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Andreas Voßkuhle ist Präsident des Bundesverfassungsgerichts a. D., Hochschullehrer für öffentliches Recht und Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Bundespräsident a. D. Dr. h. c. mult. Joachim Gauck ist Ehrenvorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. Der **Point-Alpha-Preis** wird unregelmäßig vom Kuratorium Deutsche Einheit e. V. für Verdienste um die Einheit Deutschlands und Europas in Frieden und Freiheit verliehen und ist mit 25.000 Euro dotiert. Der Preis ist nach dem ehemaligen US-Beobachtungsstützpunkt und heutigem Mahnmal Point Alpha an der hessischen innerdeutschen Grenze benannt.

Quellenangaben:

1 Sturm, Daniel Friedrich: So anders ist der Nicht-Politiker Joachim Gauck, in: Welt vom 2. Oktober 2013, [online] https://www.welt.de/politik/deutschland/article120661734/So-anders-ist-der-Nicht-Politiker-Joachim-Gauck.html [05.10.2022].
2 Joachim Gauck, [online] https://www.hdg.de/lemo/biografie/joachim-gauck.html [05.10.2022].
3 Gauck-Nachfolge: Der Chef geht, der Name bleibt, in: Tagesspiegel vom 29. September 2000, [online] https://www.tagesspiegel.de/politik/gauck-nachfolge-der-chef-geht-der-name-bleibt/169262.html [05.10.2022];
4 Gauck, Joachim: 70. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs, 6. Mai 2025 [online] https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2015/05/150506-Holte-Stukenbrock.html [05.10.2022].
5 Sturm, Daniel Friedrich: „Ich beuge mein Haupt vor euren Opfern", in: Welt vom 4. September 2013, [online] https://www.welt.de/politik/deutschland/article119710362/Ich-beuge-mein-Haupt-vor-euren-Opfern.html [05.10.2022].
6 Vor 75 Jahren: Das Massaker von Oradour-sur-Glane, in: kurz&knapp vom 7. September 2019, [online] https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/292407/vor-75-jahren-das-massaker-von-oradour-sur-glane [05.10.2022].
7 „Was geschehen ist, was brutales Unrecht", in: Süddeutsche Zeitung vom 7. März 2014, [online] https://www.sueddeutsche.de/politik/gauck-zu-deutschen-kriegsverbrechen-in-griechenland-was-geschehen-ist-war-brutales-unrecht-1.1906994 [05.10.2022].
8 Gauck, Joachim: Rede nach der Vereidigung zum Bundespräsidenten, 23. März 2012 [online] https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2012/03/120323-Vereidigung-des-Bundespraesidenten.html [05.10.2022].
9 Bundesverfassungsgericht: Urteil vom 10. Juni 2014, [online] https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2014/06/es20140610_2bve000413.html [05.10.2022].
10 Supé, Florian: Joachim Gauck, der flexible Seelsorger der Nation, in: Der Standard vom 18. März 2017, [online] https://www.derstandard.at/story/2000054166390/joachim-gauck-der-flexible-seelsorger-der-nation [05.10.2022].
11 Gauck, Joachim: Toleranz: einfach schwer. Freiburg im Breisgau 2019, S. 196.
12 Gauck, Joachim: Nicht den Ängsten folgen, den Mut wählen. Denkstationen eines Bürgers. München 2013, S. 178.
13 Legner, Johann: Joachim Gauck. Träume vom Paradies. Biografie. München 2014, S. 239.
14 Gauck über den schönsten Satz deutscher Politikgeschichte, in: youtube vom 15. Oktober 2019, [online] https://www.youtube.com/watch?v=7z2cGtei2IU [05.10.2022].
15 Gauck, Joachim: Rede zum zehnten Jahrestag des Mauerfalls, 9. November 1999, [online] https://www.bundestag.de/parlament/geschichte/gastredner/gorbatschow/gauck-247418 [05.10.2022].

Drei Fragen an Iris Gleicke

„Keiner kann den Schiedsrichter machen"

Iris Gleicke ist stellvertretende Vorsitzende von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Die ehemalige parlamentarische Staatssekretärin war von 2014 bis 2018 Beauftragte der Bundesregierung für die Neuen Bundesländer. Im Kurzinterview berichtet sie uns, wie sie sich einen konstruktiven Umgang mit der Transformationszeit vorstellt.

Welche Aspekte wurden bei der Beschäftigung mit der Transformationszeit aus Ihrer Sicht bislang zu wenig berücksichtigt?
Vor allem geht es mir da um die Anerkennung der Lebensleistung der Ostdeutschen, und zwar auch der in der DDR erbrachten Leistungen. Es war nach der Wiedervereinigung zum Beispiel eine Demütigung für die Ostdeutschen, dass die Anerkennung ihrer Berufsausbildungen zum Teil erst nach langwierigen Verfahren möglich wurde – das hätte man ganz klar auch anders organisieren können.

Mir ist außerdem wichtig, dass wir nicht mit Trotz und Wut im Blick zurück verharren, sondern dass wir nach vorne schauen und uns mit den neuen Herausforderungen befassen, etwa beim Thema Kohleausstieg. Wir müssen uns in den betroffenen Regionen die Frage stellen, wie wir zusammenkommen und denjenigen Menschen helfen können, die in Sorge sind, dass sie noch einmal Deindustrialisierung erleben und noch einmal um ihren Arbeitsplatz bangen müssen. Kommunalpolitikerinnen und -politiker müssen bei dieser Aufgabe unsere Unterstützung finden.

Foto: Sandra Ludewig

Iris Gleicke

Die wichtigste Lehre aus den Transformationserfahrungen ist der Ansatz, nicht übereinander zu reden, sondern miteinander ins Gespräch zu kommen und gemeinsam zu schauen, was vor Ort gebraucht wird.

Gerade wenn es um persönliche Erinnerungen und Schicksale geht, sind solche Gespräche naturgemäß emotional aufgeladen. Wie kann man da konstruktiv miteinander reden?
Wir kennen das doch auch aus Familienzusammenhängen, wenn Onkel August und Tante Erna über die letzten Ferien reden, das gleiche Erlebnis aber völlig unterschiedlich erzählen und darüber in Streit geraten. Hier kann keiner den Schiedsrichter machen, beide Geschichten sind richtig, beide Geschichten sind wahr.

Das Schönste, was ich als ehemalige Ostbeauftragte der Bundesregierung in dem Zusammenhang erleben durfte war, als die Autorin Katrin Rohnstock mit der Idee zu mir kam, Erzählsalons zu veranstalten. Das Prinzip: Man verabredet Regeln. Jeder darf seine Geschichte erzählen. Die anderen dür-

fen nicht widersprechen, aber sie können ihre Geschichte daneben stellen. So entsteht plötzlich ein tieferes Verständnis für die Wahrnehmung des anderen. Es bleibt noch immer ein emotionales Geschehen für jeden Einzelnen, aber es geht nicht mehr um richtig und falsch, sondern darum wahrzunehmen, dass andere das gleiche Geschehen anders empfinden können als man selbst. Am Anfang war ich skeptisch, ob die Leute da mitmachen würden, aber es hat geklappt, und diese Erzählformate wurden seitdem noch viel weiter entwickelt. Das war eine Innovation, die ganz unterschiedliche Menschen, auch unterschiedlichen Alters oder unterschiedlicher Profession, in einem geschützten Raum zusammen und ins Gespräch gebracht hat. Ich bin der Überzeugung, dass dies der Gesellschaft guttut.

Es gibt häufig Unmut darüber, wie in Medien über Ostdeutschland berichtet wird. Was sollte sich hier ändern?
Zunächst einmal: Wenn Proteste stattfinden, dann ist es richtig, dass darüber auch berichtet wird. Und jeder, der sein verbrieftes Recht zu demonstrieren nutzt, sollte darauf achten, mit wem er sich gemein macht. Über die Abläufe und die Sprüche, die dort fallen, zu informieren, ist ein normaler Teil der Berichterstattung. Auf der anderen Seite wünsche ich mir, dass nicht so getan wird, als seien die Proteste oder die Zustimmung zu Rechtspopulisten ein Alleinstellungsmerkmal der Ostdeutschen. Keine Frage, in Ostdeutschland ist die Ausprägung stärker. Aber wenn die AfD bei der Landtagswahl in Niedersachsen Stimmengewinne verzeichnet, ist es genauso angebracht, der Entwicklung dort auf den Grund zu gehen.

Darüber hinaus wünsche ich mir, dass mehr darüber berichtet wird, wie sich Deutschland in den vergangenen 32 Jahren verändert hat, und dass gesehen wird, wie Ostdeutsche dieses Land mit verändert haben. Denken Sie an das Thema Kinderbetreuung oder Ganztagsschule. Neue Lösungen, die in Ostdeutschland zuerst ausprobiert wurden, sind später auch im Westen übernommen worden. Ein Beispiel sind die Rufbusse in ländlichen Regionen. Es bricht sich niemand einen Zacken aus der Krone, wenn darüber gesprochen wird, wo bestimmte Innovationen ihren Anfang genommen haben.

Ich sage immer: Ostdeutsche können Veränderung. In jeder einzelnen Familie mussten die Auswirkungen des Transformationsprozesses bewältigt werden. Und ich wünsche mir, dass wir auch mit Stolz auf das gemeinsam Erreichte zurückblicken können. ■

Die Fragen stellte Liane Czeremin

Erzählformate
Das Projekt „Die Lausitz an einen Tisch" brachte bis 2016 in mehr als 40 Erzählsalons an verschiedenen Orten der Lausitz Menschen zusammen, die einander ihre Geschichten erzählten und darüber diskutierten, was ihnen unter den Nägeln brennt. Die aussagekräftigsten Geschichten wurden prämiert und in Buchform unter dem Titel „Lausitz. Lebensgeschichten einer Heimat" veröffentlicht. Unter *www.lausitz-an-einen-tisch.de* kann man sie auch als Download finden. In vielen Städten und Regionen gibt es inzwischen ähnliche Bemühungen, neue moderierte Räume für einen offenen Austausch über persönliche Schicksale und Geschichten zu schaffen. So hat die TU Dresden 2021und 2022 gemeinsam mit dem migrantischen Verein DaMOst das Projekt „Mig Ost – Ostdeutsche Migrationsgesellschaft selbst erzählen" umgesetzt. Ziel war, migrantische Perspektiven auf Leben und Alltag in Ostdeutschland stärker in den Fokus lokaler Stadtgeschichte zu rücken. Der Fokus lag auf Gruppen in Dresden, Halle und Cottbus.

Best Practice: „Neue unentd_ckte Narrative" in Chemnitz

Das Programm „neue unentd_ckte narrative" bastelt seit 2016 Erzählräume in Chemnitz, in denen Bürger:innen die Debatten unterteilen, einordnen, entwirren, bereichern und neu zusammenfügen können. Wir haben mehr als zehn Kulturproduktionen und vier Festivals durchgeführt, Preise gewonnen, und weitere kreative Prozesse angestoßen, entlang unterschiedlicher Narrative und mit künstlerischen Praktiken, die die Themen unserer Zeit neu verhandeln. Wie transformieren wir städtische Diskurse, in denen zunehmend menschenfeindliche Einstellungen zu finden sind? Wie helfen dabei Netzwerkprojekte? Wozu braucht es neue und/oder unentdeckte Narrative? Welche Rolle spielen institutionalisierte Kulturakteur:innen? Vor allem vernetzen wir mit der Wissenschaft oder recherchieren selbst in Archiven, in der Literatur und arbeiten dies für die Partner:innen aus der Kultur auf.

Seit 2016 arbeiten wir dabei intensiv mit dem Figurentheater Chemnitz zusammen. Das ist ein langer Prozess der Vertrauensbildung. Beide Seiten haben sich zusammen entwickelt und einander beeinflusst: der Verein und das Theater. Bisherige Projekte zeugen von dieser fruchtbaren Zusammenarbeit. Im Oktober 2020 startete das bisher intensivste Herzensprojekt dieser Kooperation. Wir widmeten uns der Geschichte der Chemnitzer Vertragsarbeiterinnen aus Vietnam. Das Theaterstück „So glücklich, dass du Angst bekommst" ist diskursanregend und berührend. Die mutigen Erzählungen von drei tollen Frauen, von Chemnitzerinnen, die noch nicht Eingang in die Stadterzählung gefunden haben, sind

Foto: Dieter Wunschanski

seit November 2021 auf der Chemnitzer Bühne zu erleben. All das wird begleitet von Bildungsreisen und Weiterbildungen, mit denen wir diese Erzählräume bauen.

Manche Erlebnisse muss man spüren, mit dem Körper erleben. Wenn wir auf dem Betonbolzplatz des Rom:nja Fußballclubs Mongagua mit den Jungs und Mädels spielen, verändert das unseren Blick und auch unsere Arbeit in Chemnitz und der Region.

Frauke Wetzel
(Projektleiterin von neue unentd_ckte narrative)

Weitere Infos: *www.programm-nun.de*

Ulrich Mählert

Keine Chance für historische Legendenbildung

Die Stiftung Aufarbeitung wirkt mit zahlreichen Angeboten und Förderungen, um das Bewusstsein für das Unrecht der SED-Diktatur wachzuhalten.

Im vierten Jahrzehnt des vereinigten Deutschlands wird über die innere Einheit mit neuer Heftigkeit gestritten. Im Westen blickt man ratlos auf Meinungsumfragen, die von einer schwindenden Zustimmung zur Demokratie im Osten künden. Populistische Bewegungen und Parteien scheinen dort besonders gut zu gedeihen. Zwischen Elbe und Oder wird derweil beklagt, dass Ostdeutsche in leitenden Funktionen des Bundes, der Wirtschaft und der Medien unterrepräsentiert oder Vermögen in Ost und West ungleich verteilt seien. Das böse Wort von der Kolonisierung Ostdeutschlands hat neue Konjunktur. Frappierend daran ist, dass dieser Sound bereits vor der Pandemie sowie den jüngsten wirtschaftlichen und politischen Verwerfungen infolge des russischen Überfalls auf die Ukraine an Kraft gewonnen hatte. Ausgerechnet in einer Zeit, als in vielen Teilen Ostdeutschlands die blühenden Landschaften Wirklichkeit wurden, die Helmut Kohl 1990 versprochen hatte, werden die 1990er Jahre vor allem als Verlustgeschichte erzählt und das nicht nur im Osten. Auch im Westen verstärken viele Kommentatoren dieses Narrativ.

Bei einer solchen Rückschau werden die Realitäten etwa der DDR-Wirtschaft zumeist ebenso ausgeblendet wie die Lebensläufe jener Ostdeutschen, für die das Jahr 1990 ein persönlicher Aufbruch war. Es fehlt – in Ost wie in West – an Wissen sowie an einem unvoreingenommenen Diskurs über die Zeitgeschichte der deutschen Einheit. Hier setzt die Arbeit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur an. Deren gesetzlicher Auftrag ist es, „Beiträge zur umfassenden Aufarbeitung von Ursachen, Geschichte und Folgen der Diktatur in der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland und in der DDR zu leisten und zu unterstützen, die Erinnerung an das geschehene Unrecht und die Opfer wachzuhalten sowie den antitotalitären Konsens in der Gesellschaft, die Demokratie und die innere Einheit Deutschlands zu fördern und zu festigen". Und so nutzt die Stiftung ihre Fördermittel sowie ihre vielfältigen analogen und digitalen Angebote, um insbesondere Kultur-, Bildungs- und Forschungseinrichtungen sowie zivilgesellschaftliche Initiativen dafür zu gewinnen, mit eigenen Projekten das gesamtdeutsche Bewusstsein für die Folgen des Einigungsprozesses in Ostdeutschland zu schärfen und der historischen Legendenbildung entgegenzuwirken.

Die Förderung zahlreicher lokaler und regionaler Projekte durch die Stiftung oder deren Weiterbildungsangebote etwa für Lehrer oder Gedenkstättenmitarbeiter sind für die breite Öffentlichkeit zumeist unsichtbar. Ganz anders war und ist es um die Ausstellungen „Von der Friedlichen Revolution zur deutschen Einheit" (2019), „Umbruch Ost. Lebenswelten im Wandel" (2020) sowie „Postsowjetische Lebenswelten. Gesellschaft und Alltag nach dem

Vor dem Zirkus „Willkommen im Wunderland" kommt es zu einem Auffahrunfall zwischen einem Trabant und einem Opel.

Foto, Halle (Saale), 1991: Daniel Biskup/Bundesstiftung Aufarbeitung

Foto, 21. Juni 2022: Bundesstiftung Aufarbeitung / Choe Dong-Ha

Die Gewinner des Jugendwettbewerbs Umbruchszeiten 2021/22, an dem 152 Gruppen teilgenommen hatten. Dahinter verbergen sich fast 750 Schülerinnen und Schüler aus dem gesamten Bundesgebiet.

Kommunismus" (2021) bestellt. Diese hatten seit 2019 – trotz Pandemie – bundesweit in über 2.000 Schulen und Volkshochschulen, Bibliotheken, in Museen und Gedenkstätten sowie in Rathäusern zur Auseinandersetzung mit der Überwindung der kommunistischen Diktaturen und der Zeit der Transformation eingeladen. Dies geschah vielerorts auf Initiative von Regionalgruppen des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. Eine bemerkenswerte Reichweite erzielt auch der Jugendwettbewerb „Umbruchszeiten. Deutschland im Wandel seit der Einheit", den die Bundesstiftung Aufarbeitung seit 2019 gemeinsam mit dem Beauftragen der Bundesregierung für Ostdeutschland ausrichtet. In diesem Wettbewerb setzten sich bislang mehr als 2.000 Schüler aus Ost und West mit der Geschichte der Transformationszeit auseinander. Mit dem Jahrbuch für deutsche Einheit existiert seit 2020 ein von der Bundesstiftung Aufarbeitung gefördertes neues wissenschaftliches Debattenforum. Besonderen Stellenwert haben zunehmend digitale Angebote: Veranstaltungsreihen wie „Zukunftswerkstatt Einheit. Hoffnungen – Veränderungen – Perspektiven" stehen im Nachgang als Audio- und/oder Videomitschnitt dauerhaft im Internet zur Verfügung oder werden eigens produziert, etwa die Podcast-Reihe „East Side Stories", die sich vor allem an junge Leute richtet. Neue Websites wie „Deutsche Einheit interkulturell" oder „Erinnerungsdebatten 1989–1992" wenden sich an unterschiedlichste Zielgruppen.

In neun Jahren wird das vereinte Deutschland ebenso lange existieren wie zuvor die DDR. Mit wachsendem zeitlichen Abstand werden die gemeinsamen Jahrzehnte mit ihren Höhen und Tiefen bei den Zeitgenossen prägender werden als die Jahrzehnte der Diktatur und Teilung. Es bleibt die Aufgabe der Stiftung beides zu tun: die Geschichte der kommunistischen Diktatur und der Teilung dauerhaft im historischen Bewusstsein jeder neuen Generation zu verankern und sich gleichzeitig aktiv in die Debatte über die Zeitgeschichte nach 1990 einzubringen. Die Bundesstiftung freut sich dabei auf die weitere Zusammenarbeit mit der Vereinigung Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. – auf Bundesebene wie auch mit den engagierten Regionalgruppen in allen Teilen des Landes. ■

Foto: Bundesstiftung Aufarbeitung/Ulrich Mählert

Zum Tag der deutschen Einheit 2021 in Halle an der Saale plakatierte die Bundesstiftung Aufarbeitung die Ausstellung „Umbruch Ost" am zentralen Umsteigebahnhof Franckeplatz.

Der **QR-Code** verlinkt zu Hunderten Audio- und Videopodcasts in der Mediathek der Bundesstiftung Aufarbeitung.

Dr. Ulrich Mählert ist Historiker und Mitarbeiter der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie Mitglied im geschäftsführenden Vorstand von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Michael Parak

Welches Handeln ist vorbildlich in einer Demokratie?

Die Frage, welche Handlungen als vorbildhaft für die Demokratie angesehen werden, hat auch etwas mit dem dahinterliegenden Menschenbild zu tun. So gibt es die Auffassung, dass Gesellschaften gedeihen, wenn Individuen das für sie Bestmögliche aus sich herausholen. Dagegen steht die Position, dass für ein gutes Zusammenleben ein erhebliches Maß an Gemeinsinn unerlässlich ist, vor allem dann, wenn der Fokus auf demokratischen Gesellschaften liegt. Lässt man den Eigeninteressen freien Lauf, besteht die Gefahr, dass eine Gesellschaft entsteht, die auf dem Recht der Stärkeren basiert und Minderheiten rücksichtslos beiseiteschiebt.

Eine Sache, die größer ist als man selbst

Eine vielleicht passende Beschreibung besonderer Handlungen ist, dass vorbildhafte Menschen „sich einer Sache [widmen], die größer ist als sie selbst". Damit gerät das für das Gemeinwohl angestrebte Ziel stärker in den Fokus – und nicht nur die Frage des persönlichen Aufwands. Gerade bei Unglücksfällen fragen sich viele, wie Lebensretter bereit sein können, ihr Leben zu riskieren. Psychologische Analysen haben aber herausgefunden, dass sich im Moment der Entscheidung diese Frage für Lebensretter gar nicht stellt. Denn ihre Wahrnehmung fokussiert sich auf die größere Sache außerhalb der eigenen Person, das Leiden der Hilfsbedürftigen:
„Wer in die Trümmer einer kollabierten Fabrik rennt, hört die Schreie der Verletzten, hört das Weinen des Mädchens, dessen Hand unter schweren Betonstücken eingeklemmt ist – und vergisst sich dabei selbst."

Diese Selbstvergessenheit gilt nicht nur in diesem Beispiel einer Lebensrettung, sondern auch bei deutlich alltäglicheren Handlungen, etwa bei der Hilfe für in Deutschland ankommende Geflüchtete oder für Nachbarschaftshilfe in Zeiten der Pandemie.

Eintreten gegen Widerstände

Sicherlich gibt es viele Beispiel dafür, dass Menschen sich aufopferungsvoll für das Gemeinwohl einsetzen. Zugleich sollte davor gewarnt werden, dass „Aufopferung" für andere zum Maßstab besonderer Handlungen gemacht und erwartet wird. Denn damit gelangt man schnell in die Nähe des „Märtyrertums" und konzentriert sich vornehmlich auf Verhalten, das letztlich dazu führte, dass die Person ihr Leben verlor. Viele Demokratinnen und Demokraten mussten einen hohen Preis für ihr Engagement zahlen: von schlechteren Lebensbedingungen und schlechteren beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten über Haft bis hin zu Exil oder Tod. Wer sich für das Gemeinwohl einsetzt, riskiert etwas, auch wenn es nicht das eigene Leben ist: Für etwas zu kämpfen, beinhaltet immer auch die Möglichkeit zu scheitern.

Foto: pixabay

Demonstration: Das Hinterfragen bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse und der Wunsch, diese zu verändern, sind Voraussetzung dafür, dass sich eine Demokratie weiterentwickeln kann.

Altruismus statt Egoismus

Vielleicht hilft es auch hier herauszuarbeiten, dass der Maßstab der besonderen Handlung nicht nur die Größe des tatsächlichen „Opfers" sein sollte; vielmehr eignet sich als Kriterium die Bereitschaft, für etwas gegen Widerstände einzutreten. Diese Widerstände können äußerer oder auch innerer Natur sein. Weil sie ihren Fokus auf eine Sache richten, die größer ist als sie selbst, nehmen Menschen in Kauf, eigene Ressourcen wie Zeit und Aufmerksamkeit anderen zur Verfügung zu stellen. Sie tun dies selbst dann, wenn ihr Umfeld sie nicht versteht oder sie statt einer langen Sitzung viel lieber beim Grillabend mit Freunden säßen.

Am 19. März 2021 verlieh Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier das Große Verdienstkreuz mit Stern an Özlem Türeci und Uğur Şahin, die 2020 einen Impfstoff gegen das Corona-Virus entwickelt hatten. Er hob in seiner Laudatio eindringlich Risikobereitschaft und Langfristigkeit als zwei Widerstände hervor, die überwunden werden mussten:
„Mit Mut und Demut, und mit einem klaren Ziel vor Augen, haben Sie beide alles auf eine Karte gesetzt, sind als Unternehmerin

und Unternehmer in der Tat auch ein großes Wagnis eingegangen […]. Das Besondere ist, dass Sie unermüdlich über eine lange Zeit selbst bereit waren, alles einzusetzen, um Ihre Vision zum Erfolg zu führen."

Helden der Übererfüllung

Der Philosoph Dieter Thomä hat ein Plädoyer verfasst, das die Bedeutung von Individuen für die Stärkung der Demokratie betont. Dabei identifiziert er „Helden der Übererfüllung" und „Helden der Überwindung".

Menschen, die in ihrem Engagement und Einsatz weit über die Pflicht hinausgehen, die mehr als das Geforderte leisten, bezeichnet Thomä als „Helden der Übererfüllung". Übererfüllung meint: die bestehende und als gut empfundene Ordnung mit einem Mehr an Verhaltensweisen, die die Grundlage des Funktionierens dieser Ordnung bilden, zu festigen und zu verteidigen. Hierzu passt beispielsweise die Forderung des ehemaligen Bundesverfassungsrichters Udo di Fabio, Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker stärker zu würdigen:
„Ich möchte, dass wir sehen, wer da in Parteien arbeitet und sich engagiert, wer im Gemeinderat sitzt, nicht wegen des Geldes, und viel Zeit dafür aufwendet. Das sind auch Helden unserer Demokratie, und sie verdienen mehr Respekt."

Helden der Überwindung

„Helden der Überwindung" geht es dagegen nicht darum, das Gesollte zu überbieten. Sie verrücken Maßstäbe, stellen das infrage, was pflichtgemäß gilt, überschreiten den Status quo. Eine Person im Sinne des „Helden der Überwindung" lässt sich von ihren Überzeugungen leiten. Ihr Verhalten provoziert. Sie verlässt den bestehenden Konsens und wirbt um Unterstützung für ihre neue Sache. Helden der Überwindung *„fordern die Zeitgenossen heraus, ihr Selbstverständnis zu verändern. Dabei treffen sie einerseits auf solche, die ihre Grundsätze starr und hart verteidigen, andererseits auf solche, die umdenken. Die einen halten Helden der Überwindung für Verbrecher, die anderen für Wohltäter. Tatsächlich stellt sich erst im Laufe dieser großen Überwindung heraus, ob die große Sache, für die sich die Helden starkmachen, in die Irre oder ins Freie führt."*

Diese beiden Pole der Übererfüllung und Überwindung eignen sich in besonderem Maße dafür, ein weites Spektrum an Einstellungen und Handlungen in den Blick zu nehmen, die beeindrucken und Orientierung geben können. Dabei gibt es kein „bedeutender" oder „weniger bedeutend". Vorbildhaftes Verhalten kann in dem Einsatz dafür bestehen, den Status quo, der als gut empfunden wird, durch große Anstrengungen zu erhalten und zu verteidigen. Vorbildhaftes Verhalten kann auch sein, Veränderungen des Status quo anzustoßen, wenn dies noch kein Common Sense ist. Beides sind Handlungsweisen, mit denen Menschen sich für das Gemeinwohl einbringen. Und beide sind wichtig. ■

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

Dr. Michael Parak ist Historiker und Geschäftsführer von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.
Bei diesem Text handelt es sich um einen Auszug aus der Publikation *Vorbilder der Demokratiegeschichte*. Handlungen und Einstellungen, die beeindrucken und Orientierung geben können. Sie kann kostenfrei in der Geschäftsstelle bestellt werden. Die Auszüge auf den folgenden Seiten über die Geschichte von Marie Juchacz sind ebenfalls der Publikation entnommen.

Annalena Baasch

Hilfe zur Selbsthilfe leisten – Marie Juchacz und die Gründung der Arbeiterwohlfahrt

Es ist der 13. Dezember 1919. An diesem Samstag tagt der Parteiausschuss der SPD in Berlin. Als einzige Frau im Ausschuss ist auch Marie Juchacz vor Ort, Reichstagsabgeordnete und Frauensekretärin der Partei. In dieser Sitzung richtet sie das Wort an die anderen Mitglieder und bringt eine Idee ein, die ihr schon seit Längerem vorschwebt:
„Ich habe Ihnen heute auch einen neuen Organisationsvorschlag zu machen", sagt Juchacz im Ausschuss. „Nun geht mein Vorschlag mit Billigung des Parteivorstandes dahin, dass wir innerhalb der Parteiorganisation eine sozialdemokratische Wohlfahrtspflege konstituieren. Ich schlage vor, dass wir zunächst eine Zentralinstanz schaffen, einen Ausschuss, und dass wir dann im Rahmen unserer Bezirke Landes- und örtliche Organisationen, Wohlfahrtsausschüsse, bilden."

Marie Juchaz' Vorschlag wird angenommen, der Ausschuss in Berlin ins Leben gerufen. Dabei handelt es sich um das erste Organ der Arbeiterwohlfahrt, die noch heute aktiv und vielen unter der Abkürzung AWO bekannt ist. Juchacz wird deren erste Leiterin.

Unter ihrem Vorsitz und dem Dach der AWO – stets eingebunden in das sozialdemokratische Milieu der SPD, Gewerkschaften und Arbeitervereine – werden im Land bald zahlreiche Einrichtungen aufgebaut, die die Not der Arbeiter:innen verringern sollen. Dazu gehören beispielsweise Kur- und Altersheime, Notküchen, Werkstätten für Behinderte, Selbsthilfenähstuben und Organisationen, die Kinderlandverschickungen (Erholungsverschickungen) vornehmen.

Entscheidend für die Art des Aufbaus der AWO ist deren Motto „Hilfe zur Selbsthilfe". Ziel ist es nicht, einfach „nur" Bedürftige zu versorgen. Vielmehr soll die Arbeiterwohlfahrt ihnen Anleitung und Möglichkeiten an die Hand geben, sich auf

Foto: wikipedia/gemeinfrei

Marie Juchacz (1879 – 1956)

Dauer selbst aus ihrer Armut zu befreien. „Hilfe zur Selbsthilfe" – ein moderner Begriff dafür wäre wohl Empowerment.

Arbeiterwohlfahrt bedeutet aber nicht nur Wohlfahrt für Arbeiter:innen. Marie Juchacz schreibt in der Einleitung zu ihrem Buch über die Arbeiterwohlfahrt:
„Eine Wohlfahrtspflege, ausgeübt durch die Arbeiterschaft. Eine Organisation, hervorgewachsen aus der Arbeiterbewegung, mit dem bewußten Willen, in das große Arbeitsgebiet der Wohlfahrtspflege ihre Ideen hineinzutragen, die Idee der Selbsthilfe, der Kameradschaftlichkeit und Solidarität, aber auch die Idee, daß Wohlfahrtspflege vom Staat und seinen Organen betrieben werden muß, und daß auch diese Arbeit bewußt ausgeübt werden muß von lebendigen Menschen."

Und noch ein weiteres Anliegen bringt Juchacz in die AWO ein. Die Organisation fördert die Weiterbildung und Qualifizierung von Frauen. Sowohl auf beruflicher als auch auf politischer Ebene werden Mädchen und Frauen speziell unterstützt. Aufgrund ihrer eigenen Biografie ist dies Marie Juchacz besonders wichtig.

Während der 1920er Jahre wächst die AWO rasch. Bereits 1926 gibt es fast 2.000 Ortsausschüsse, ab 1928 erscheint zweimal im Monat die Zeitschrift Arbeiterwohlfahrt. 1931 sind 135.000 ehrenamtliche Helfer:innen in der AWO tätig.

Der historische Kontext

Vieles, was die AWO ausmacht, lässt sich an Marie Juchacz' Biografie erklären. Sie wird 1879 in Landsberg an der Warthe als Marie Gohlke geboren. Durch verschiedene Tätigkeiten, unter anderem als Dienstmädchen, Fabrikarbeiterin und Krankenschwester, spart sie genug Geld an, um eine Ausbildung zur Schneiderin absolvieren zu können. Daraufhin arbeitet sie in der Schneiderwerkstatt von Bernhard Juchacz, den sie 1903 heiratet. Doch nach wenigen Jahren, 1906, lässt sie sich von ihrem Mann scheiden und steht nun vor einem Problem: Geschiedene Frauen haben es sehr viel schwerer, Kundschaft zu finden.

Generell steht Marie Juchacz als geschiedene Frau mit Kindern im Kaiserreich schlecht da. Zwar hat die erste Frauenbewegung Frauen mehr Möglichkeiten zur Bildung und Teilhabe eröffnet, doch auch nach der Jahrhundertwende sind Frauen Untertanen zweiter Klasse, denen wichtige Rechte wie das zur politischen Beteiligung verwehrt bleiben.

Damit einher geht ein Verständnis, dass nicht alle Hilfebedürftigen auch Hilfe verdienen. Wer sich „selbstverschuldet" in Not gebracht oder in den Augen der Gesellschaft sündhaft gehandelt hat, kann keine Unterstützung erwarten. Dies trifft unter anderem alleinerziehende Frauen, „gefallene Mädchen" und Familien mit vielen Kindern; vornehmlich also Menschen aus der Arbeiterklasse.

Foto: wikipedia/OTFW

Berliner Gedenktafel in der Schmausstraße 83, Berlin-Köpenick

Doch zu Beginn des 20. Jahrhunderts ändern sich langsam die Bedingungen für Frauen. 1908 erlaubt Preußen ihnen, in Parteien aktiv zu sein. Marie Juchacz und ihre Schwester ziehen daraufhin nach Berlin und treten der SPD bei, deren Ideen sie dank ihres älteren Bruders schon kennengelernt haben. Bald sind sie in Frauenvereinen aktiv und mischen in den sozialdemokratischen Kreisen der preußischen Hauptstadt mit.

Ein weiterer positiver Wendepunkt für Marie Juchacz und die Frauen ihrer Zeit ist der Erste Weltkrieg, so seltsam dies klingt. Innerhalb kurzer Zeit steigt die Zahl der Armen und Hilfebedürftigen dramatisch an. Frauen übernehmen nun vermehrt Arbeiten, die zuvor von Männern erledigt wurden. Dazu kommt, dass Fürsorge seit jeher „Frauenarbeit" ist; Organisationen wie die Nationale Frauengemeinschaft, für die Juchacz während des Kriegs arbeitet, leiten Kindergärten, Beratungsstellen für Frauen von Kriegsteilnehmern und für Kriegshinterbliebene, Flüchtlingsquartiere, Hauspflege für Kranke und Invalide sowie Anstalten für Armenpflege und Kriegsfürsorge. Juchacz richtet eine Werkstatt ein, in der Bekleidung für die Armee hergestellt wird, und beschafft somit Arbeit für Heimarbeiterinnen. Ihre Werkstatt zahlt den Arbeiterinnen höhere Löhne als die Industrie und sichert ihnen so ein Einkommen.

Damit findet sich hier schon der Ansatz von „Hilfe zur Selbsthilfe". Eine moderne Wohlfahrt unterscheidet sich zudem stark von dem, was von staatlicher oder bürgerlicher Seite an Hilfestellung bekannt ist: Nicht die Symptome von Armut sollen bekämpft, sondern die Ursachen von Armut beseitigt werden. Deshalb ist es ein frühes Ziel der Arbeiterwohlfahrt, den Staat mehr in die Pflicht zu nehmen. Auf der ersten Reichskonferenz der Arbeiterwohlfahrt im Jahr 1921 hält die Sozialreformerin und Frauenrechtlerin Helene Simon die angedachte Aufgabenverteilung so fest:
„Die Verhütung von Klassenarmut durch Bekämpfung der Ursachen der Armut, was zum größten Teil nicht Spezialaufgabe der Wohlfahrtspflege, sondern Aufgabe der allgemeinen Politik sei. Aufgabe der Wohlfahrtspolitik dagegen sei es, die überkommenen armenrechtlichen und polizeilichen Maßnahmen durch solche vorbeugender, heilender und vorsorgender Natur zu ersetzen."

Der Staat in der Pflicht

Der Staat, da sind sich Juchacz und die Sozialdemokrat:innen einig, muss seine Armenhilfe verbessern. Jede:r soll Rechtsanspruch auf Hilfe haben, auch bei deren Einklagung wird die Arbeiterwohlfahrt später unterstützen. Doch weil niemand weiß, wann und wie diese staatlichen Reformen erfolgen werden, und vor allem angesichts der steigenden Armut bleibt keine Zeit, darauf zu warten. Dass gerade die SPD eine parteinahe Organisation zu diesem Zweck gründet, passt in den Fluss der Zeit. Schließlich ist sie, gestärkt durch die Novemberrevolution, als stärkste Partei aus den ersten gesamtdeutschen demokratischen Wahlen hervorgegangen und nun in der Position, als Regierungspartei Akzente setzen zu können. Zudem gibt es bereits kirchennahe und bürgerliche Organisationen, die Wohlfahrt leisten, wie die Caritas, aber noch keine von der Arbeiterklasse getragene.

Die AWO in der Gründungsphase unterscheidet sich von den bestehenden Wohlfahrtsorganisationen in zwei weiteren Punkten: Ihre Mitarbeiter:innen werden geschult und fortgebildet. Außerdem arbeiten im Gegensatz zu engagierten bürgerlichen Kreisen Mitarbeiter:innen der AWO nicht mehr ausschließlich ehrenamtlich. 1928 wird daher in Berlin die erste Wohlfahrtsschule gegründet, eine Ausbildungsstätte der sozialen Arbeit. Die Teilnehmer:innen erhalten Stipendien, damit sie ohne finanzielle Not ihre Ausbildung an der Schule abschließen können. In Zeiten politischen Wandels und noch relativ geringer sozialer Rechtsansprüche stellen die AWO und ihre Angebote eine Konstante in der Gesellschaft dar, besonders in der Arbeiterschaft.

Bedeutung der AWO-Gründung heute

Erstaunlich viel von dem, was Marie Juchacz zur Gründung der Arbeiterwohlfahrt bewegte, spielt für uns noch heute eine Rolle. So etwa die Frage, wie viel Verantwortung der Staat für die Armenfürsorge trägt und wie viel davon unabhängige Institutionen leisten können und müssen.

Brandaktuell ist auch das Motto der AWO: Hilfe zur Selbsthilfe. In diesem Satz steckt der zutiefst demokratische Gedanke, die Bürger:innen zur Mündigkeit zu befähigen. Ein anderes Wort für Mündigkeit ist Handlungsfähigkeit. Sich um Hilfebedürftige zu kümmern, ist zweifellos gut und richtig. Doch auf Dauer ist Menschen dann geholfen, wenn sie in die Lage versetzt werden, sich selbst zu helfen. Abhängigkeiten müssen abgebaut, Chancen und Perspektiven geschaffen werden. Marie Juchacz war jahrelang in der Politik aktiv, bevor sie eins der wesentlichsten politischen Rechte erhielt: das Wahlrecht. Wer weiß, wie lange sie die Idee einer Wohlfahrt mit sich herumtrug, bevor sie die Chance sah, diese umzusetzen?

Zwei Dinge lernen wir aus ihrem demokratischen Handeln: Erstens, dass für gute Ideen die richtige Zeit kommen wird und wir dann nicht zögern dürfen, die Gelegenheit zu nutzen. Und zweitens, dass Demokratie, egal ob in Partei, Politik oder in unserer Gesellschaft, fürsorgend, aber nicht herabschauend sein sollte. ■

Annalena Baasch ist Historikerin und Projektkoordinatorin im Bereich Demokratiegeschichte bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V

Bernd Faulenbach

Zum Umgang mit Geschichte im Kontext des Ukrainekrieges

Der Ukrainekrieg zeigt spezifische Formen des Umgangs mit Geschichte, bei denen es nicht um die Aneignung von Vergangenheit, sondern um Legitimationsfragen der Gegenwart geht und das Bild der Geschichte in bedenklicher Weise geklittert wird. Keine Frage, dass die von Wladimir Putin prominent praktizierte Verwendung von Geschichte Schule machen könnte und deshalb samt ihrer Instrumentalisierung, in einem Erinnerungskrieg kritisch zu betrachten ist. Zu fragen ist dabei auch nach Folgen für die deutsche Erinnerungskultur und deren Verhältnis zu Russland und zur Ukraine.

I.

Kein Zweifel kann sein, dass Putins Einmarsch in das Nachbarland Ukraine ein offensichtlicher Angriff auf die europäische Friedensordnung mit vielfältigem Bruch des Völkerrechtes ist. Die Aggression verletzt die Charta von Paris von 1990, die den Helsinki-Prozess fortgesetzt und eine europäische Ordnung konstituiert hat, in eklatanter Weise. Sie widerspricht diametral der UN-Charta und Verträgen mit der Ukraine, unter anderem dem international garantierten Vertrag über die Abgabe der ukrainischen Atomwaffen an Russland bei Gegenleistung der Garantie des Territoriums der Ukraine. Den Angriff haben die europäischen Führungen und die Weltöffentlichkeit in ihrer Mehrheit nicht für möglich gehalten. Der Krieg ist ein gewaltiger Vertrauensbruch gegenüber den europäischen Ländern, die mit Russland zusammengearbeitet haben.

Wladimir Putin (und die von seinem System kontrollierte Öffentlichkeit) haben den fatalen Angriff auf die Ukraine geopolitisch und historisch zu begründen und zu legitimieren versucht. Die Auflösung der Sowjetunion betrachtet er nicht nur als größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts, sondern beansprucht vehement ein daraus zu folgerndes historisches Recht, das russische Imperium wiederherzustellen und darüber hinaus auch ein größeres Einflussgebiet politisch zu kontrollieren, das große Teile Osteuropas umfasst und den von der Sowjetunion unterworfenen Herrschaftsbereich mehr oder weniger wiederherstellt. Was den Begriff Russland angeht, so hat er formuliert, Russland sei überall da, wo russisch gesprochen wird – was eine ethnisch-völkische Fassung des heutigen russischen Nationsbegriffs erkennen lässt. Putin hat für Gegenwart und Zukunft ein Raumbild seiner Ziele entwickelt, das er willkürlich aus der russischen Geschichte abgeleitet hat – und das übrigens bislang in dieser krassen Form auch viele russische Historiker nicht teilen –, wobei er die Unterschiede zwischen Russland in der Zarenzeit, der Zeit der Sowjetunion sowie der Zeit danach zugunsten umfassender imperialer Vorstellungen zu nivellieren bzw. aufzuheben sucht. Das Entscheidende für ihn ist – obgleich auch heute Russland das flächenmäßig größte Land der Erde ist – die Wiederkehr des Imperiums, das für ihn das historisch-politische Sinnzentrum ausmacht (was viele Russen ähnlich sehen). Dieses hat er in den vergangenen Jahren zunehmend mit innenpolitisch-gesellschaftlich-kulturellem Konservativismus kombiniert, der sich scharf von der westlichen liberalen Demokratie und ihren kulturellen Entwicklungstendenzen abhebt und politisch unübersehbar autokratische Züge trägt. Putin war wohl nie ein Liberaler, hat jedoch in den ersten Jahren seiner Herrschaft Reden gehalten, deren Inhalte sich von seinen heutigen Positionen unterschieden, sodass man – nach dem Urteil mancher Beobachter – von einer schrittweisen Wendung Putins zu dezidiert nationalistisch-imperialistischer und antiwestlich-autoritärer, das Mittel der Gewalt rücksichtslos einsetzender Machtpolitik sprechen kann, die in mancher Hinsicht an den Faschismus erinnert, wozu seine Förderung des Rechtspopulismus in Europa und der Welt passt. Über die Ursachen dieser Wendung, auch ob das Verhalten des Westens dazu beigetragen hat, kann man nur spekulieren.

Die Wiederherstellung eines Imperiums zeigt eine gewisse Nähe zu Stalins Sowjetunion, deren Sieg im Großen Vaterländischen Krieg weiter überhöht wird, auch wenn Putin das kommunistische System nicht restaurieren will. Er und seine Anhänger verkennen jedoch das Unzeitgemäße dieser politischen Ziele. Im Grunde war das russische Reich – ähnlich wie das Osmanische Reich und der Habsburger Vielvölkerstaat – schon am Ende des Ersten Weltkrieges historisch obsolet geworden und ließ sich nur angesichts der wirtschaftlich-technischen Zurückgebliebenheit dieses Raumes und des bedenkenlosen Einsatzes von Gewaltmitteln im Bürgerkrieg (mit über sieben Millionen Toten) und der törichten Politik anderer (wie besonders NS-Deutschlands in der Folgezeit) restaurieren und damit seine Lebenszeit verlängern.

II.

Ausdruck findet diese Politik Putins im Verhältnis Russlands zur Ukraine, die nach der Annexion der Krim und der Abspaltung der östlichen Provinzen der Ukraine mit russischer Unterstützung den Angriffskrieg gegen die Ukraine zur Konsequenz hat. In einem Aufsatz im vergangenen Jahr und in der Begründung seines Einmarsches in die Ukraine hat der Staatschef, der eine ältere Tradition des russischen Nationalismus aufgreifend, jedes historische Eigenrecht der Ukraine bestritten. Aus seiner Sicht gab es nicht nur viele Jahrhunderte lang keinen ukrainischen Staat, sondern gibt es auch keine ukrainische Geschichte und Geschichtswürdigkeit. Alles, was die Ukraine ausmache, sei auf Russland zurückzuführen – eine völlig undifferenzierte, politischen Zwecken untergeordnete Geschichtssicht.

Fotos: wikipedia/Mark A. Wilson und Sergiy Klymenko

Symbole des gemeinsamen Gründungsmythos der Rus: Der Grabhügel der Rus-Krieger bei Nowgorod und die Statue Wladimirs I. in Kiew. Der bedeutendste Herrscher des Reiches Rus hatte die Christianisierung der Bevölkerung eingeleitet und wird von der russischen und der ukrainischen orthodoxen Kirche als Heiliger verehrt.

Nun sind die russische und die ukrainische Geschichte auf komplizierte Weise miteinander verflochten. Und bis in die Gegenwart werden teilweise die gleichen Mythen gepflegt, etwa die Gründung des Reiches der Rus, dessen Hauptstadt Kiew war, durch die aus Skandinavien eingewanderten Rus (die von den Historikern meist als Waräger, d. h. als Normannen betrachtet werden). Diese nahmen den christlichen Glauben in seiner griechisch-orthodoxen Variante durch ihren Herrscher Wladimir im Jahr 988 an. Das Reich der Rus teilte sich in der Folgezeit in verschiedene Feudalverbände, die dann im 13. Jahrhundert ein Opfer der Mongolenherrschaft wurden, die die weitere Geschichte des Raumes prägen sollte. Erst in späteren Jahrhunderten wurde das Großfürstentum Moskau Kristallisationskern eines neuen Reiches im Osten. Die eine eigene Sprache, Literatur und Kultur ausbildenden Ukrainer entwickelten zwar verstärkt seit dem 17. Jahrhundert ein Eigenbewusstsein, hatten jedoch jahrhundertelang keinen Staat, gehörten verschiedenen Reichen an und wurden zeitweilig – besonders in den westlichen Landesteilen – stärker von der übrigen europäischen Kultur beeinflusst als von Russland im Osten.

Vom nationalen Gedanken ergriffen, gelang es der Ukraine nach dem Ersten Weltkrieg nur kurz, staatliche Unabhängigkeit zu erreichen. Sie strebte diese jedoch an, getragen auc durch die im Exil gegründete Organisation ukrainischer Nationalisten (OUN), was ihren Führer Stepan Bandera auf die Idee brachte, mithilfe NS-Deutschlands einen eigenen Staat zu errichten. Hitler lehnte dies entschieden ab und ließ Bandera im KZ Sachsenhausen inhaftieren. Dies hinderte Teile der OUN nicht daran, mit den Nationalsozialisten weiter zu kollaborieren. Zuvor war die Ukraine infolge der Stalinschen Politik von einer Hungersnot (vielfach als Holodomor bezeichnet) heimgesucht worden, die mehrere Millionen Menschen das Leben kostete. Ihre Geschichte spiegelt das Schicksal eines Landes, das man als Objekt der Auseinandersetzung von totalitären Diktatoren, geschüttelt auch von inneren Auseinandersetzungen, betrachten und den „Bloodlands" (Timothy Snyder) zuordnen kann.

Jedenfalls gelang es der Ukraine, die innerhalb der Sowjetunion eine Einheit gewesen war, erst nach deren Ende die staatliche Unabhängigkeit zu erhalten, für die eine große Mehrheit der Bevölkerung in einer Volksabstimmung votiert hat. Die Geschichte der Ukraine mit der Orangenen Revolution, dem Maidan und ihrer komplizierten inneren Entwicklung, die zeitweilig wie die eines „failing state" wirkte, ist hier nicht zu diskutieren. Festzuhalten aber ist die späte Nationalstaatsbildung. Keine Frage ist, dass der Prozess des „nation building" durch den Angriff des Putinschen Russlands auf die Ukraine stark gefördert sein dürfte und das Land – ungeachtet der auch hier noch nicht überwundenen oligarchischen Strukturen – inzwischen an westlichen Werten orientiert ist, das Putin-Regime immer schärfer ablehnt und als existenzielle Bedrohung erlebt.

Vergleicht man die politisch geprägten Geschichtsbilder Russlands und der Ukraine, dann sieht man einerseits die aggressiven Züge der russischen Interpretation, die nationalistisch-imperialistische Ziele historisch untermauern soll, und andererseits das zum Teil als Produkt des „nation building" zu betrachtende eher defensiv wirkende ukrainische Geschichtsbewusstsein, dessen demokratische Bezüge wohl noch weiter zu entfalten sind.

III.

Was bedeutet dies alles für uns und unsere Geschichtskultur? Die Folgen für das deutsch-russische Verhältnis sind unübersehbar. Der Prozess der Einbeziehung Russlands in die europäische Friedensordnung ist auf absehbare Zeit gescheitert. Zwar war die Einbeziehung Russlands in die europäische Sicherheitsarchitektur keineswegs von vornherein abwegig; doch inzwischen ist sie ein unrealistisches Ziel. Sicherheit vor Russland ist heute das vorrangige Ziel europäischer Sicherheitspolitik. Wir in Deutschland haben lernen müssen, dass auf das Militär gestützte Machtpolitik auch im 21. Jahrhundert noch eine Dimension der internationalen Politik ist und Demokratie nicht nur im Inneren, sondern auch nach außen verteidigt werden muss. »

Foto: wikipedia/ Stanislav Nepochatov

Der ukrainische Partisanenführer Stepan Bandera kollaborierte mit der deutschen Wehrmacht und war für Massenerschießungen während des Zweiten Weltkrieges mitverantwortlich. Dennoch wird er auch heute in der Ukraine von vielen als Held gesehen, wie hier am Kiewer Rathaus während der Maidan-Revolution 2014.

» So nötig auch die Ablehnung der der imperialistischen Putinschen Politik ist, die bislang die Mehrheit der russischen Bevölkerung noch mitzutragen scheint, so sollten wir uns doch vor allgemeiner Russophobie hüten, obgleich die russische Kriegsführung in der Ukraine geeignet ist, alle Klischees von „den Russen" wiederzubeleben. Obwohl es keinen Grund gibt, die Ukraine zu idealisieren, so haben wir doch – unabhängig von Botschafter Andrij Melnyk – wahrlich Grund, sie in verschiedenen Dimensionen nachhaltig zu unterstützen, wobei man über die Einzelmaßnahmen offensichtlich unterschiedlicher Meinung sein kann. Die Ukraine muss diese Aggression abwehren und sich behaupten können. Selbstverständlich wird am Ende auch zu verhandeln sein, um einen dauerhaften Modus Vivendi zu erreichen.

Was bedeutet dieser Krieg für unsere Erinnerungskultur, in der auch die Völker der Sowjetunion als Opfer der NS-Eroberungs- und Vernichtungspolitik Bedeutung haben? Wir haben uns seit 1990 verstärkt damit befassen müssen, dass die Geschichte des Zweiten Weltkrieges in den verschiedenen Teilen der früheren Sowjetunion spezifisch verarbeitet wird. Dies gilt in besonderer Weise für die Ukraine mit den schrecklichen Geschehnissen des Judenmordes (man denke an Babi Yar), doch auch mit großen Leiden der Gesamtbevölkerung, der Verschleppung von Zigtausenden Kriegsgefangenen und zivilen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern aus der Ukraine nach Deutschland und schließlich den Opfern der Politik der verbrannten Erde beim Rückzug der deutschen Truppen. Dies und anderes gehört zu dem dunklen Kapitel deutscher Geschichte, an das bezogen auf die Ukraine konkreter zu erinnern ist, als es meist geschieht. Ob es freilich hilfreich ist, die Erinnerung vor allem zur Begründung spezifischer Waffenwünsche zu nutzen, ist hier nicht zu diskutieren.

Die Gräueltaten im gegenwärtigen Krieg in der Ukraine, die – soweit wir sehen – weiter von russischer Seite begangen werden, mindern naturgemäß nichts von den deutschen Untaten im Zweiten Weltkrieg gegenüber den Völkern der damaligen Sowjetunion wie gegenüber den Juden im Holocaust. Sie fordern uns jedoch auf, vor dem Hintergrund dieser Geschehnisse mit Realismus und Engagement Menschen- und Bürgerrechte, den friedlichen Ausgleich der Nationen und eine internationale Ordnung, in der nicht das Recht des Stärkeren dominiert, zusammen mit anderen Ländern durchzusetzen. Nicht alle Ziele, die wir bisher verfolgt haben, waren falsch. Erforderlich sind jedoch Realismus und langer Atem. ■

Prof. Dr. Bernd Faulenbach, Historiker, Vorsitzender des Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. von 2015 bis 2020, unter anderem mehr als ein Jahrzehnt Mitglied der Gemeinsamen Kommission der Russischen Föderation und der Bundesrepublik Deutschland zur Aufarbeitung der jüngsten Geschichte.

Marie Basalla, Christine Müller-Botsch und Sabine Sieg

Remember Resistance 33–45. Macht euch ein Bild vom Widerstand!

Ergebnisse eines Jugendwettbewerbs

Mit der Preisverleihung im Juli 2022 wurden die Ergebnisse des Jugendwettbewerbs *Remember Resistance 33–45* präsentiert. Über 450 Jugendliche nahmen am Wettbewerb teil, fast 70 Beiträge wurden eingereicht. Die prämierten Beiträge werden als Public Art in der Öffentlichkeit umgesetzt.

Der Wettbewerb *Remember Resistance 33–45* wurde von der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Kooperation mit Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. ausgelobt. Er fand vom 1. September 2021 bis zum 28. Februar 2022 statt und ist Bestandteil des Förderprogramms „Jugend erinnert" der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien.

Der Wettbewerb lud junge Menschen zwischen 14 und 25 Jahren ein, sich mit dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus auseinanderzusetzen und sich künstlerisch an der Erinnerungskultur in Deutschland zu beteiligen. Die Jugendlichen wählten zunächst eine Person oder eine Gruppe aus dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus aus, mit der sie ein lebensweltlicher Bezug verbindet. In einem zweiten Schritt wurde in Arbeitsgruppen ein Erinnerungszeichen entworfen, um dieser Person bzw. Gruppe zu mehr Aufmerksamkeit im öffentlichen Raum zu verhelfen. Entstanden sind zweidimensionale Kunstwerke bzw. konkrete Entwürfe dafür.

Plakatgestaltung: Braun Engels Gestaltung

Plakat mit Beiträgen zum Jugendwettbewerb *Remember Resistance 33–45*

In den eingereichten Beiträgen wurde die gesamte soziale und gesellschaftliche Breite des Widerstands gegen den Nationalsozialismus sichtbar. Darunter waren beispielsweise Vertreter*innen aus der Arbeiterbewegung zu finden oder Menschen, die aus christlicher Überzeugung Widerstand leisteten. Andere Beiträge erinnerten an Selbstbehauptung und Widerstand von Jüdinnen und Juden sowie von Sinti*zze und Rom*nja. Auch Jugendliche, die sich den Erwartungen des nationalsozialistischen Regimes verweigerten, wurden für eine inhaltliche und künstlerische Auseinandersetzung ausgewählt. Es entstanden Erinnerungszeichen für bekanntere Menschen aus dem Widerstand wie Sophie Scholl oder unbekanntere wie den Sozialdemokraten Otto Kresse aus Schönebeck. Die Jugendlichen nutzten für die Beiträge viele unterschiedliche künstlerische Mittel. Es wurden Collagen, Zeichnungen, Videos oder Comics eingereicht.

Im April 2022 traf sich die interdisziplinär zusammengesetzte Wettbewerbsjury. Die Jugendbotschafterinnen Meis Alkhafaji und Emilia Bachmann vertraten gemeinsam mit Dr. Dennis Riffel den Kooperationspartner Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. Von der Gedenkstätte Deutscher Widerstand waren die wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen Dr. Petra Behrens und Dr. Stefan Heinz anwesend. Als Expertinnen für Kunst und kulturelle Bildung waren Marie Aly, Künstlerin und Lehrbeauftragte für Malerei an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg, und Karin Fortriede-Lange, Leiterin der Berliner Jugendkunstschule Charlottenburg-Wilmersdorf, sowie Prof. Dr. Stefanie Endlich, Honorarprofessorin für »

Foto: Marie Basalla

Die Jury des Jugendwettbewerbs *Remember Resistance 33–45*

Foto: Meret Eberl

Kunstworkshop in Zusammenarbeit mit der Universität der Künste

» Kunst im öffentlichen Raum an der Universität der Künste Berlin eingeladen. Bereits in der Planung hatte Stefanie Endlich den Jugendwettbewerb beraten. Sie übernahm den Vorsitz der Jury.

Die Jury prämierte schließlich 30 Beiträge. Die besten zehn erhielten jeweils 4.500 Euro für die Realisierung ihrer Werke und Entwürfe im öffentlichen Raum. Weitere 20 Projekte erhielten einen Zuschuss von jeweils 700 Euro zur Umsetzung.

Für die ersten zehn Gewinnergruppen gab es noch eine weitere Auszeichnung: Sie wurden zur Preisverleihung und einem Rahmenprogramm nach Berlin eingeladen. 32 Jugendliche aus dem gesamten Bundesgebiet konnten mit ihren Begleitungen daran teilnehmen.

Die Preisverleihung fand am 18. Juli 2022 in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand statt, die Jugendlichen wurden von Mitgliedern der Jury ausgezeichnet. Eine Werksausstellung präsentierte zudem alle eingereichten Beiträge. Am Tag darauf hatten die Jugendlichen die Möglichkeit, an verschiedenen Kunstworkshops teilzunehmen. Diese waren in Kooperation mit der Universität der Künste Berlin von Studierenden des Studiengangs „Kunst im Kontext" entwickelt worden, unter der Leitung von Alexis Hyman Wolff.

Anlässlich des 78. Jahrestages des 20. Juli 1944 fand in diesem Jahr wieder der Empfang der Regierenden Bürgermeisterin im Roten Rathaus statt, zu dem die Jugendlichen eingeladen waren. Dort bedankte sich der Kultursenator und Bürgermeister von Berlin Dr. Klaus Lederer persönlich bei den Jugendlichen für ihre Teilnahme an *Remember Resistance 33–45*. Am 20. Juli nahmen die Jugendlichen abschließend an der Feierstunde der Bundesregierung und der Stiftung 20. Juli 1944 in der Gedenkstätte Plötzensee teil.

Viele Gruppen werden in den kommenden Wochen und Monaten an verschiedenen Orten ihre Beiträge im öffentlichen Raum präsentieren. Alle eingereichten Beiträge werden ab November 2022 in einer Online-Ausstellung auf der Projektwebsite zu sehen sein. Dort wird auch die Umsetzung der prämierten Werke im öffentlichen Raum dokumentiert. ■

Die Preisverleihung am 18. Juli 2022

Foto: Christin Sandow

Marie Basalla, Dr. Christine Müller-Botsch und **Sabine Sieg** sind Mitarbeiterinnen der Gedenkstätte Deutscher Widerstand und bilden das Projektteam für den Jugendwettbewerb *Remember Resistance 33–45*.

Weitere Informationen und die Online-Ausstellung finden Sie auf: *www.remember-resistance-33-45.de*

Kontakt:
Marie Basalla
Projektkoordination
Remember Resistance 33–45
info@remember-resistance-33-45.de

Die zehn besten prämierten Beiträge:

- Dr.-Carl-Hermann-Gymnasium, Schönebeck: **„Otto Kresse – Überleben im Leben“**, Foto-Collage
- Fritz-Karsen-Schule, Berlin: **„Der große Widerstandskampf“**, Comic zu Johann „Rukeli“ Trollmann
- Graf-Stauffenberg-Gymnasium, Flörsheim am Main: **„Das Stauffenberg Projekt – ein musikalisches Hörspiel“**, Video
- GSB Stadtteilschule Bergedorf: **„Neue Wege der Erinnerung, um gegen Ungerechtigkeit einzutreten“**, Video / Veranstaltung zur Erinnerung an Esther Bejarano
- Hochwald-Gymnasium Wadern: **„Mathias Reinert beim Schmuggelversuch in Mitlosheim“**, Comic-Installation zum Widerstand aus der Arbeiterbewegung
- Jugendforum Quedlinburg: **„Für die Menschlichkeit / Widerstand im Harz“**, Druckprojekt zu August Wolf
- Schule Marienau: **„20. Deportationszug Auschwitz“**, Video zu Hilfen für Verfolgte
- Stiftung Klosterschule Roßleben: **„Dem Gewissen verpflichtet“**, Fassadeninstallation zum Netzwerk vom 20. Juli 1944
- Willi-Graf-Gymnasium, Berlin: **„Frauen im Widerstand“**, Plakate; **„Willi Graf – Weg in den Widerstand“**, Comic

20 weitere prämierte Beiträge:

- Arndt-Gymnasium Dahlem, Berlin: **„Omega – Widerstand“**, Video zur Breite und Vielfalt des Widerstands
- Christian-Kretzschmar-Schule, Merzig: **„Widerstand im Landkreis Merzig-Wadern 1933 – 1945“**, Plakat zur Breite und Vielfalt des Widerstands
- Fritz-Karsen-Schule, Berlin: **„Superman reloaded“**, Comic zu Wilhelm Hammann; **„Nein – Onkel Emil kommt vorbei“**, Collage zur Gruppe Onkel Emil; **„Swing Jugend“**, GIF zum Widerstand von Jugendlichen
- Gymnasium Steglitz, Berlin: **„Nein von Karin“**, Collage zu Karin Friedrich
- Hochwald-Gymnasium Wadern: **„Die Flucht von Gustav Regler“**, Video zu Gustav Regler und dem Widerstand aus der Arbeiterbewegung
- Libertasschule, Löwenberg: **„Courte et bonne“**, Collage zu Libertas Schulze-Boysen
- Max-Ulrich-von-Drechsel-Realschule, Regenstauf: **„Interaktive Erinnerungs- und Impulstafel“**, Erinnerungstafel zu Max Drexel und dem Umsturzversuch vom 20. Juli 1944
- Rhein-Maas Berufskolleg, Kempen: **„Rote Kapelle“**, Plakate
- Schule Marienau: **„Weiße Rose Hamburg“**, digitales Kunstwerk; **„Onkel Emil“**, digitales Daumenkino zur Gruppe Onkel Emil
- Staatliches Berufsbildungszentrum Ernst Arnold, Greiz-Zeulenroda: **„Bunter Nazi“**, TikTok Video zu Karl-Günther Heimsoth
- Städtisches Gymnasium Bergkamen: **„Neues schaffen, heißt Widerstand leisten. Widerstand leisten, heißt Neues schaffen I“**, Video zu Sophie Scholl; **„Neues schaffen, heißt Widerstand leisten. Widerstand leisten, heißt Neues schaffen II“**, Video zu Ursula Meißner
- Städtisches Mädchengymnasium Borbeck: **„Die Flucht der sechs Jüdinnen“**, Video zum Widerstand von Jüdinnen und Juden
- Thomas-Mann-Gymnasium Stutensee: **„Der unbekannte Held“**, digitales Kunstwerk zu Gerhard Caemmerer und Hilfen für Verfolgte
- Waldschule Hagen-Beverstedt: **„Widerstand hat viele Gesichter“**, Plakat und Video zur Breite und Vielfalt des Widerstands; **„Die Flugblätter“**, Entwurf für Mural zur Weißen Rose
- Zentrum für Gestaltung, Ulm: **„Zivilcourage“**, Rauminstallation zur Weißen Rose

Andreas Dickerboom

Einblicke in die regionale Arbeit am geschichtsträchtigen Ort

Sprecher*innen trafen sich am ehemaligen Nordbahnhof in Bochum

Die Sprecher*innen der Regionalen Arbeitsgruppen trafen sich am 16. und 17. September in Bochum zu einem intensiven Austausch über ihre ehrenamtliche Arbeit. Zu den Referent*innen zählte auch der ehemalige Vorsitzende von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. Bernd Faulenbach, der vor Ort die Bochumer „Initiative Nordbahnhof" vorstellte. Sie verfolgt das Ziel, das Gebäude des Bahnhofs zu erhalten und dort eine Gedenkstätte einzurichten.

Es handelt sich um einen authentischen Ort: Ähnlich wie heute sahen Gebäude und Schalterhalle aus, als von dort aus in der NS-Zeit Deportationen in den Osten gingen. Faulenbach, Vorsitzender der Initiative, begründete deren Engagement damit, dass solche Erinnerungsorte an Bedeutung gewinnen, wenn kaum noch Zeitzeugen vorhanden sind. Zudem fehle in Bochum ein zentraler Ort der Erinnerung. Glücklicherweise konnte der Abriss des Gebäudes verhindert werden, und eine Teilnutzung für die Erinnerung wie auch für Veranstaltungsreihen, beispielsweise zu jüdischer Geschichte oder Zwangsarbeit, ist möglich.

Das Treffen der RAG-Sprecher*innen konnte im Gebäude des ehemaligen Nordbahnhofs durchgeführt werden, nicht zuletzt durch den tatkräftigen Einsatz von Christopher Kirchberg, Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Mittleres Ruhrgebiet. Die RAG wurde erst vor wenigen Jahren gegründet und besteht überwiegend aus jungen Mitgliedern, die vor allem aus dem universitären Umfeld kommen. Sebastian Döpp und Thorben Pieper stellten die studentische Initiative der Ruhruniversität „Lernen durch Erinnern" vor, die auf sehr großes Interesse bei den Sprecher*innen stieß. Kernelement des Projekts ist eine interaktive Karte, die über 550 Orte der Erinnerung an die NS-Zeit in Bochum auflistet und über eine App nutzbar macht. Die Anwendung ist vor allem für Schüler*innen und Lehrende entwickelt worden und wird von Schulen vermehrt genutzt. Die beiden jungen Wissenschaftler wiesen aber auch auf das typische Problem einer Universitätsstadt hin: Wie können solche Projekte verstetigt werden, wenn die Studierenden nach erfolgreichem Abschluss häufig die Stadt verlassen und sich auf ihren Beruf konzentrieren? Dem versucht man in Bochum entgegenzuwirken, indem für die Initiative „Lernen durch Erinnern" ein Verein gegründet wurde.

Beim samstäglichen Austausch der Sprecher*innen wurde zunächst des langjährigen Sprechers der Regionalen Arbeitsgruppe Oldenburg-Ostfriesland, Werner Vahlenkamp, gedacht, der im April 2022 verstorben ist. Danach war von einigen Veränderungen in den Regionalgruppen zu berichten: In Braunschweig und Hildesheim haben sich neue Gruppen gebildet, in Hannover, Mittelhessen, Rhein-Main und Cuxhaven haben neue Sprecher*innen die Ämter übernommen. Anschließend stellte Ulli Engst, Mitarbeiter der Geschäftsstelle von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V., die neue Publikation „Vorbilder der Demokratiegeschichte" vor.

Inhaltlicher Schwerpunkt des zweiten Tages war die Präsentation von Dirk Götting, einer der drei neuen Sprecher der RAG Hannover, zur strukturellen Verankerung von Demokratiearbeit in der Polizei. Götting ist zusammen mit Michael Parak Autor einer entsprechenden Publikation für Demokratiearbeit in der Polizei Niedersachsen. Das Konzept einer modularen Weiterbildung „Strategiepatinnen und -paten für Demokratie" überzeugte die Sprecher*innen und es wurde schnell deutlich, dass dies auch für andere Regionen modellhaft sein könnte. Besonders in Erinnerung geblieben ist mir folgender Hinweis von Dirk Götting: Demokratiearbeit in der Polizei darf nicht in einem Top-down-Prozess von oben verordnet werden, sondern muss von innen erfolgen.

Foto: Wikipedia/W.-D. Haberland

Ehemalige Schalterhalle im Bahnhof Bochum-Nord, Zustand 2016

Die Treffen der Sprecher*innen der Regionalen Arbeitsgruppen haben sich seit mehr als zehn Jahren als Möglichkeit etabliert, Einblicke in die Arbeit der jeweiligen Regionalgruppe vor Ort zu erhalten, sich auszutauschen und Netzwerkarbeit zu betreiben. Das Treffen in Bochum hat in dieser Hinsicht die Erwartungen mehr als erfüllt. Dem Sprecher der RAG Mittleres Ruhrgebiet, Christopher Kirchberg, sei für die Vorbereitung und Durchführung der Tagung gedankt sowie unserem ehemaligen Vorsitzenden Prof. Bernd Faulenbach für die Möglichkeit, an einem authentischen Ort Einblick in die Erinnerungsarbeit vor Ort zu erhalten. ■

Links:
https://www.initiative-nordbahnhof-bochum.de/
https://lernendurcherinnern.ruhr-uni-bochum.de/

Andreas Dickerboom ist Sprecher aller Regionalen Arbeitsgruppen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

RAG Münsterland

Stefan Querl

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. wird zum Forschungsprojekt

Norbert Schäfers stellt Studie über Einsatz der ehemaligen Sprecherin Gisela Schwarze und ihrer Nachfolger vor

Einschlägig zu Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. geforscht hat Norbert Schäfers aus dem Kreuzviertel in Münster im Rahmen seines „Studiums im Alter" an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster: Der auch im Ruhestand aktive Sprecher eines Energieversorgungsunternehmens hatte über mehrere Semester Projektberichte, interne Unterlagen und Dokumente der parteiübergreifenden Vereinigung in Augenschein genommen und sich vor allem für die Entwicklung der Regionalarbeitsgruppe im Münsterland interessiert. Deren langjähriger Regionalsprecher Horst Wiechers und sein Nachfolger Stefan Querl halfen ihm nach Kräften dabei, ebenso Michael Parak, Dennis Riffel, Astrid Schuhmann, Annalena Baasch und das Team der Berliner Bundesgeschäftsstelle. Sie würdigten zusammen mit Norbert Schäfers besonders die im Jahr 2015 verstorbene Gründerin der RAG, Gisela Schwarze, deren Nachlass sich wegen seiner Bedeutsamkeit für die Kommune und das Umland inzwischen dankenswerterweise in Stadtarchiv Münster befindet.

Gisela Schwarze hatte als promovierte Historikerin und Buchautorin früh auf das Schicksal früherer Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus Mittel- und Osteuropa unter dem NS-Regime hingewiesen. Sie lud Zeitzeuginnen ein und brach Tabus in der regionalen Erinnerungskultur auf, indem sie beispielsweise die früheren Einsatz- und Leidensorte im Münsterland kenntlich machte, Briefkontakte aufnahm, Biografien erforschte und Betriebe oder Behörden auf ihre Verantwortung hinwies.

Im Lokal A2 am Aasee stellte Norbert Schäfers seine Studie auf Einladung der Kontaktstelle „StudiA: Studium im Alter" an der WWU, der Regionalarbeitsgruppe von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. und weiterer Partner wie Münster Marketing vor. Es folgte eine rege Diskussion, die weitere historische Aspekte und Aufgaben der Zivilgesellschaft in den Vordergrund rückte. Auch auf dem Blog ***www.demokratiegeschichten.de*** ist Norbert Schäfers inzwischen mit eigenen Beiträgen vertreten. ■

Fotos: Stefan Querl (Vortragende im A2 am Aasee) und Doku Villa ten Hompel (Bielefeld)

Neben Norbert Schäfers ist Bernhard Rietmann zu sehen, dessen Forschungen sich auf das Amtsgymnasium in Ibbenbüren, das heutige Goethe-Gymnasium, bezogen. Online publiziert sind die Werke über Systeme der Universitäts- und Landesbibliothek Münster (Miami).

Regionalsprecher Horst Wiechers (l.) bei einem Arbeitsbesuch der Bielefelder Regionalarbeitsgruppe 2011 mit Dr. Gisela Schwarze (3. v. r.) und Stefan Querl (neben ihr, 2. v. r.), nachdem gemeinsam die Skulptur „Unter Zwang" zur Erinnerung an Leidenswege von Mittel- und Osteuropäerinnen in Augenschein genommen wurden.

Stefan Querl ist Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Münsterland, ab 2023 neuer Leiter der Villa ten Hompel und Beauftragter gegen Antisemitismus der Stadt Münster.

RAG Rhein Main

Sonja Keil und Till Lieberz-Groß

Am Rande vergessen – in der Mitte gebraucht

Die vom 24. Mai bis 9. Juni 2022 gezeigte Ausstellung „… von Gauklern, Händlern und Artisten – Die Wohngemeinschaft Bonameser Straße: Geschichte der Verfolgung und Ausgrenzung" nimmt erstmals das Schicksal von sogenannten „Asozialen" und „Berufsverbrechern" während der Zeit des Nationalsozialismus in den Blick.

Bis heute kämpfen die Nachfahren der mit dem schwarzen und grünen Winkel im Konzentrationslager gekennzeichneten „Asozialen" und „Berufsverbrecher" um deren Anerkennung als Opfer nationalsozialistischen Unrechts. Auch die Geschichte der Bewohner:innen der Wohngemeinschaft Bonameser Straße in Frankfurt am Main ist eng mit Unrecht, Verfolgung und Ausgrenzung verknüpft. Die Ausstellung, die von der Diakonie Frankfurt und Offenbach in der St. Katharinenkirche an der Hauptwache vom 24. Mai bis 9. Juni 2022 gezeigt wurde, gibt Einblicke in die Lebenswelt und Lebenswirklichkeit der „Fahrenden", Schausteller:innen und Artist:innen in der Wohngemeinschaft Bonameser Straße und reflektiert ihre Geschichte.

Sie steht im deutschlandweiten Kontext: Allein im Juni 1938 wurden Schätzungen zufolge 12.000 als „asozial" und „arbeitsscheu" verfolgte Personen unrechtmäßig in Konzentrationslager verschleppt und teilweise zwangssterilisiert. Für den Bewohner der Wohngemeinschaft Bonameser Straße **Adolf Fletterer** ist die Ausstellung sehr gelungen: *„[Dadurch] konnten wir für unsere Anliegen viele Unterstützer:innen gewinnen. Mit der Erweiterung dieser Ausstellung werden Aspekte und Zusammenhänge gezeigt, die teilweise auch für mich neu waren"*, sagt er. Ein anderer Bewohner weist auf Folgendes hin: *„Vor allem auf politischer Ebene sind mir dadurch viele Zusammenhänge bewusst geworden."*

Foto: Rolf Oeser, 2022

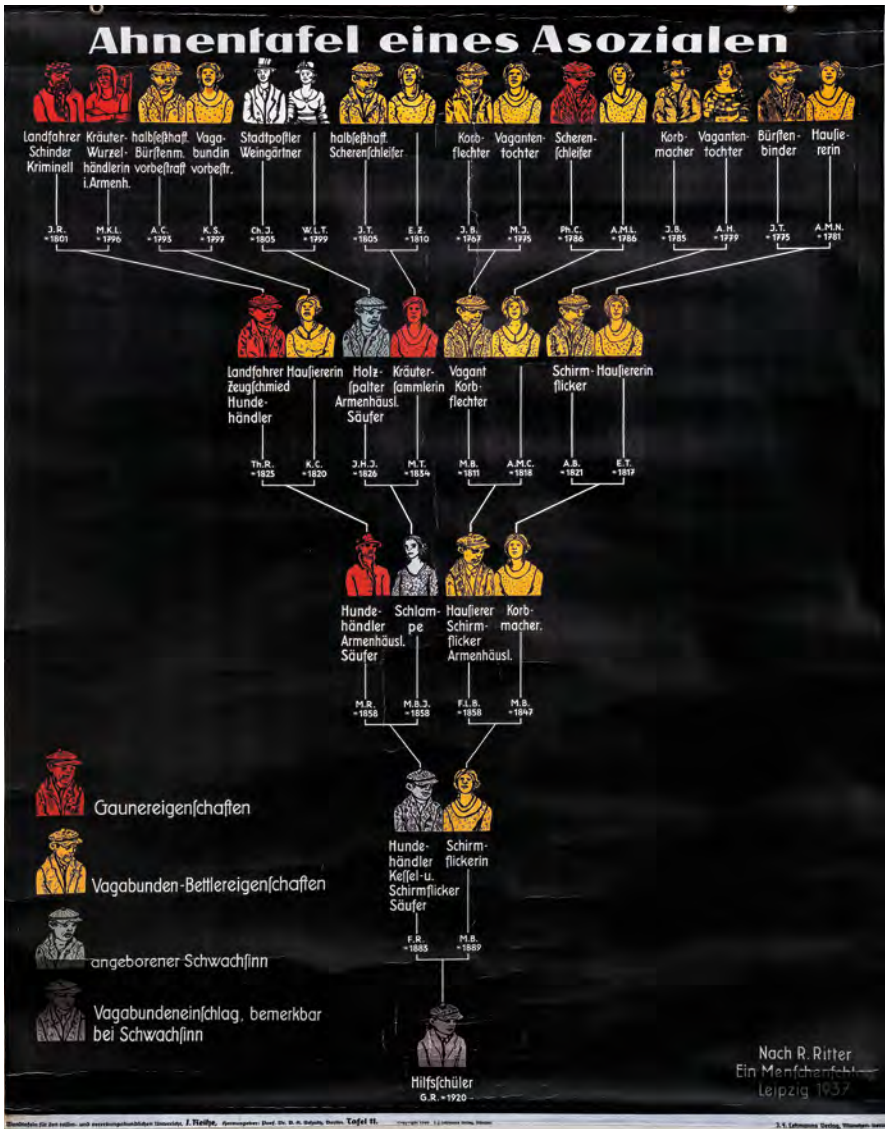
Bewohner:innen im Gespräch bei der Ausstellungseröffnung

Kampf um Anerkennung als Opfer nationalsozialistischen Unrechts

Ab 1933 verfolgten Rassentheoretiker, Kriminologen, Fürsorgepersonal und andere die Angehörigen gesellschaftlicher Randgruppen wie Bettler, Landstreicher, Prostituierte, „säumige Unterhaltszahler", „Arbeitsscheue" sowie Frauen und Mädchen, die als promiskuitiv bezeichnet wurden. Die Begriffe „Asoziale" und „Berufsverbrecher" waren bereits in Debatten um die Wohlfahrts- und Strafrechtspflege des 19. und frühen 20. Jahrhunderts entstanden und wiesen den so Stigmatisierten die eigene Schuld an ihrer prekären Situation zu. In der Zeit des Nationalsozialismus wurden diese Personen häufig festgenommen, in Ermangelung von Rechtsstaatlichkeit ihrer Grund- und Freiheitsrechte beraubt, willkürlich verurteilt und zu Tausenden in Konzentrationslager verschleppt. Dort erhielten sie besondere Kennzeichnungen: Der schwarze Winkel stand für „asozial", der grüne Winkel war den „Berufsverbrechern" vorbehalten. Nur wenige überlebten den Terror; um ihre Anerkennung als Opfer des nationalsozialistischen Unrechtsstaates kämpfen ihre Nachfahren bis heute.

Zur Finissage sprach Professor Frank Nonnenmacher, einer der vier Sachverständigen, die während der öffentlichen Anhörung des Bundestages zur Anerkennung der verfolgten sogenannten „Asozialen" und „Berufsverbrecher" sprachen. Viele Menschen, die die Nazis als „Ballast-Existenzen" stigmatisierten, so zum Beispiel Wanderarbeiter, Wohnungslose, Musikanten oder auch wegen Bagatelldelikten Vorbestrafte, wurden von den Nazis willkürlich aufgegriffen, in ein KZ gebracht, dort gequält und ermordet. Frank Nonnenmacher berichtete von seinem Onkel, der in den KZ Flossenbürg und Sachsenhausen war und überlebt hat. Sein Vortrag mit dem

Plakat: Gedenkstätte Hadamar, nach R.Ritter: Ein Menschenschlag (1937)



Die „Ahnentafel eines Asozialen" hing ab 1933 in allen deutschen Schulen. Die dort abgebildeten Zuschreibungen prägten sich ein. Bis heute sind diese Stereotype in der Gesellschaft zu finden, deren Grundlagen im 19. Jahrhundert auf unwissenschaftlichen Kriterien entwickelt worden waren.

Titel „Die KZ-Häftlinge, die den grünen und den schwarzen Winkel tragen mussten. Ein Fallbeispiel und die Geschichte der verspäteten Anerkennung durch den Bundestag" nahm die Menschen in den Blick, die über 70 Jahre lang als „zu Recht im KZ interniert" angesehen wurden. Die Veranstaltung mit der anschließenden Diskussion erfolgte in Kooperation mit Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Erst auf die Initiative Nonnenmachers beschloss der Bundestag am 13. Februar 2020, diese Menschen als Opfer des Nationalsozialismus anzuerkennen, diese Verfolgten ins öffentliche Bewusstsein zu rücken und im staatlichen Erinnern zu verankern. Nonnenmacher zeigt, dass bis auf die Planung einer Wanderausstellung sämtliche weiteren beschlossenen Maßnahmen zur Etablierung einer angemessenen Erinnerungskultur ausgeblieben sind. Das Schweigen hält also an. Auch die neue Bundesregierung hat bisher keinen erkennbaren Ehrgeiz entwickelt, den Beschluss in allen Punkten umzusetzen.

Die Wohngemeinschaft Bonameser Straße: Ausgrenzung aufgrund der Lebensweise

Seit fast 70 Jahren leben die Menschen in der Wohngemeinschaft Bonameser Straße am ehemaligen Stadtrand von Frankfurt am Main. Heute sind es noch rund 80 Personen. Unter ihnen auch Nachfahren von Scherenschleifern, Korbflickern oder Hausierern. Seit Jahrzehnten kämpfen die dort lebenden „ambulanten Gewerbetreibenden", die sich selbst als „Reisende" oder „Fahrende" bezeichnen, um den Erhalt ihrer Lebenswelt. Auch heute *„sind unsere Dienstleistungen gefragt"*, erklärt ein Bewohner, in dessen Familie sich Schausteller:innen, Artist:innen und Altstoffhändler:innen finden, *„doch unsere Lebensweise wird von der Mehrheitsgesellschaft nicht gewünscht"*.

Die zugewiesene Stellung am gesellschaftlichen Rand zeigt sich durch die räumliche Randlage. Aufgrund eines Beschlusses der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung entstand 1953 die heutige „Wohngemeinschaft Bonameser Straße" gegen die Widerstände der Anwohner:innen und der Menschen, die dort zukünftig leben sollten. Die Evangelische Kirche setzte sich von Beginn an für die Menschen vor Ort ein, mit ausdrücklicher Unterstützung des Hessen-Nassauischen Kirchenpräsidenten Martin Niemöller. Erstes Ziel war es, die Grundversorgung zu sichern; es folgten Angebote der Spiel- und Lernstube bis zur gemeinwesenorientierten Arbeit. Die Lebensentwürfe von Menschen, die nicht dem breiten Mainstream folgen, werden dabei nicht als Problem, sondern als ein Zeichen von Vielfalt betrachtet.

Heute steht außer Frage, dass den Menschen Unrecht zugefügt wurde und die Anerkennung und Rehabilitation bis zum heutigen Tage nicht abgeschlossen sind. Bereits der Beitrag „Vergessene Geschichten vom Stadtrand: Über die fortgesetzte Diskriminierung von ‚Reisenden' in Frankfurt am Main nach 1945" (in Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., Zeitschrift 104, Mai 2020) beschreibt die Entwicklung und geht auf die nationalsozialistische Politik der Verfolgung und Vernichtung sowie die Verantwortlichen Robert Ritter und Eva Justin ein, die nach 1945 in den Dienst der Stadt Frankfurt am Main eintraten und damit eine Fortsetzung rassenideologisch geprägter Handlungen ermöglichten.

Gelungener demokratischer Prozess: gestiegene Akzeptanz

In einem gelungenen demokratischen Prozess wurde aus Sicht der Autorinnen ein wichtiger Schritt zur „Rehabilitation" gemacht: Die gestiegene Akzeptanz durch die politisch Verantwortlichen gegenüber der Lebenswelt der sogenannten „Wohngemeinschaft Bonameser Straße", ehemals Wohnwagenstandplatz (WSP), wird dokumentiert im Koalitionsvertrag von Bünd- »

» nis 90/Die Grünen, SPD, FDP und Volt für Frankfurt 2021–2026 (Seite 57, „Bezahlbaren Wohnraum für Alle schaffen"): „Die Wohngemeinschaft Bonameser Straße hat auf den baurechtlich genehmigten Flächen Bestandsschutz. Wir halten das angesichts geschichtlicher Verpflichtung (viele Bewohner*innen bzw. ihre Eltern wurden von den Nazis verfolgt), angesichts der dort entstandenen vorbildlichen Gemeinschaft und angesichts der Wohnungsnot für dringend geboten. Unterschiedliche Wohnformen sollen in unserer Stadt ihren Platz und ihre Anerkennung bekommen."

Möglich wurde diese Entwicklung durch die Auseinandersetzung mit dieser Lebenswelt, die nur durch die intensive Beteiligung der Bewohner:innen erfolgen konnte (siehe Kasten).

Was Fahrende eint und auszeichnet, ist ihre Mobilität. Sie bewegen sich sozusagen als „Wanderer zwischen Welten" in verschiedenen sozialen Räumen. Nach außen hin verbindet die Gruppen eine starke Solidarität, die sich durch gemeinschaftliches Handeln gegenüber allen Ausgrenzungstendenzen auszeichnet. Zum Ausdruck kommt diese Grundhaltung in folgender Aussage eines Bewohners: *„Wer nicht kämpft, hat schon verloren."* Die Dialektik von Ausgrenzung und Identitätsbewahrung durch Abgrenzung zeigt sich in generationsübergreifend eingeübten Strategien. Als Reaktion auf die Ausgrenzung entwickelten die Gruppen Strategien zur Abwehr von Unsicherheit.

Im Gegensatz zu dem in der Gesellschaft vorherrschenden Normalarbeitsverhältnis erhielten sich die in der Wohngemeinschaft lebenden Menschen Vorgehensweisen einer flexiblen Gelegenheitsorientierung zur Kompensierung der Unsicherheit. Die entwickelten Habitusmuster im Umgang mit sozialen Unsicherheiten zeigen sich in der Mobilisierung eigener Gruppenzusammenhänge, der Nutzung wechselnder

„Unsere Traditionen der Komödianten, Schausteller und Reisenden sollen in der Gesellschaft erhalten bleiben. Sie schaffen ein Zusammengehörigkeitsgefühl, stiften Identität und helfen Krisen zu bewältigen."

Gelegenheiten und der Anlehnung an Mächtigere sowie der Verarbeitung von Schicksalsschlägen oder Demütigungen ohne Demoralisierung. Interessant ist, dass es den Gruppen über lange Zeiträume gelungen ist, sich der gesellschaftlichen Einordnung und Prägung in Teilen zu entziehen. Deutlich wird, dass die Ausgrenzung insgesamt als Machtprozess erfolgt, indem die Mehrheitsgesellschaft durchaus wichtige gesellschaftliche Funktionen (z. B. Unterhaltung, Entsorgung), die mit Unsicherheit und Risiko verbunden sind, auf diese Gruppen verlagert. Gleichzeitig wird ihnen aber der Zugang zu institutionalisiertem kulturellen, ökonomischen und symbolischen Kapital, wie es Bourdieu in seinem Werk „Die feinen Unterschiede" dargelegt hat, erschwert und ihnen die Verantwortung für diese Benachteiligung zugeschrieben.

Nicht nur die Schriftstellerin **Eva Demski** fordert: *„Eine Stadt wie Frankfurt sollte diese Lebensweisen respektieren, anstatt sie zu bedrohen. Es kommen dort viele Geschichten, Erinnerungen, farbige, auch düstere, zusammen, man sollte ihnen zuhören. Auch ein Ort wie dieser machen eine Stadt und ihre Farbigkeit aus."*

Frankfurter Magistrat bekennt sich zu politischer, sozialer und historischer Verantwortung

Die Bewohner:innen selbst sagen: *„Wir gehören dazu."* Und auch der neu gewählte Frankfurter Magistrat schaut mit einem anderen Blick auf die Zusammenhänge. Mit seiner Stellungnahme vom 19. April 2022 bringt er den politischen Willen zum Ausdruck, sich zur politischen, sozialen und historischen Verantwortung der Stadt Frankfurt am Main zu bekennen. Im Sinne dieser Verantwortung ist es geplant, eine langfristige Lösung zu entwickeln, die einen Ausgleich zwischen den Interessen der Wohngemeinschaft, dem Umland und der weiteren Stadtentwicklung schafft. Unterschiedliche Wohnformen sollen in Frankfurt ihren Platz und ihre Anerkennung bekommen. Zu diesem Zweck soll eine ämterübergreifende Arbeitsgruppe der zuständigen Fachämter unter Federführung des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten (AMKA) formale Voraussetzungen klären und Vorschläge erarbeiten, wie die koalitionsvertraglichen Ziele erreicht werden können. Auch eine weitere wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Lebenswirklichkeit ist geplant. ■

Das Projekt zur Geschichte und der besonderen Lebenswelt der Wohngemeinschaft Bonameser Straße mündete in einer Promotion

Den Anstoß zu diesem Projekt gaben eigene Erlebnisse, die von den Beschreibungen der Mehrheitsgesellschaft abgewichen sind, sowie der Respekt gegenüber den Menschen, die seit Jahrzehnten für den Erhalt ihrer Lebenswelt kämpfen. Die Betrachtung der komplexen sozialen Wirklichkeit und deren historische Dimension lässt einen „Typus des Ausgegrenzten" erkennen, der sich durch eigene Werte und Normen von der Mehrheitsgesellschaft abgrenzt.

Sonja Keil: **Soziale Wirklichkeit und Geschichte des Wohnwagenstandplatzes Bonameser Straße in Frankfurt am Main.**
Prozesse unkonventioneller Habitusbildung in einer besonderen Lebenswelt.
Brandes & Apsel: Frankfurt/Main 2018
Paperback · 284 Seiten
ISBN 978-3-9555824-0-1 · 29,90 €

Dr. Sonja Keil ist bei der Diakonie Frankfurt und Offenbach tätig, erfahrene Sozialpraktikerin, Lehrbeauftragte und Coach. Mitglied im Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Mit ihrer sozialwissenschaftlichen Milieuforschung zur Personengruppe der „ambulanten Gewerbetreibenden" promovierte sie in Soziologie und Neuerer Geschichte. Veröffentlichungen, Ausstellungen und Vorträge.
Till Lieberz-Groß, neue Sprecherin der RAG Rhein-Main von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Ehemalige Schulleiterin der Anne-Frank-Schule Frankfurt. Langjährige ehrenamtliche Leitung der Deutsch-israelischen Seminare der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Hauptvorstand. Veröffentlichungen, Vorträge und Lesungen.

RAG Nordhessen-Südniedersachsen

Hans-Peter Klein und Michael Imhof

Familie Freedberg besucht die Orte ihrer Vorfahren

Auf seiner Reise von San Francisco nach Kapstadt plante der Journalist Louis Freedberg (72) mit seiner Frau Alina Salganicoff und ihren beiden Kindern im Sommer einen Zwischenaufenthalt in Nord- und Osthessen. Er wollte ihnen die Orte ihrer Vorfahren zeigen und Menschen wiedersehen, mit denen ihn langjährige Freundschaften verbinden. Dazu kam außerdem seine Schwester Jean Freedberg (59), die in Bonn und Washington lebt und als Direktorin für internationale Programme bei der Human Rights Campaign arbeitet. Sie war vor über zehn Jahren schon einmal in Melsungen. Louis Freedberg war zuvor bereits mehrmals nach Nordhessen gereist. Diesen erneuten Besuch durften wir vorbereiten und begleiten.

Die jüdischen Familien Levy und Abt sind die Vorfahren der Freedbergs in Melsungen, die dort seit Mitte des 17. Jahrhunderts in mehreren Generationen bis in die 1930er Jahre lebten, Handel trieben und eigene Geschäfte besaßen, etwa das Warenhaus Levy Am Markt 4. Dessen Besitzer Juda Levy, der Urgroßvater von Louis und Jean Freedberg, starb 1927 in Melsungen und ist auf dem jüdischen Friedhof in Melsungen begraben. Seine Frau Betty, geborene Abt, flüchtete nach der Reichspogromnacht im November 1938 nach Holland und konnte dort mit dem letzten Schiff vor Kriegsausbruch nach Südafrika entkommen.

Bereits Anfang der 1920er Jahre war ihre Tochter Grete, die spätere Großmutter der Freedbergs, nach Südafrika ausgewandert, ihr folgten fünf weitere Geschwister. Grete Levy heiratete dort Juda/Joe Kupfer aus Schmalnau, der bereits seit 1907 in Südafrika lebte.

Vor dem Haus Am Markt 4 liegen fünf Stolpersteine für Angehörige der Familie Levy. Vier davon waren nach Südafrika geflüchtet. Selma Levy jedoch, eine Schwester von Juda Levy, wurde 1942 von Kassel nach Sobibor deportiert und dort ermordet. Sie war nicht die Einzige aus der Melsunger Familie Levy, die die Shoah nicht überlebte. Zwei ihrer Brüder wurden ebenfalls deportiert und in Konzentrationslagern umgebracht.

Bertha Rothschild, geborene Levy, wohnte mit ihrem Mann Hugo und ihrem Sohn Hanns in der Brückenstraße 12 unweit des Marktplatzes von Melsungen. Hanns Joseph Rothschild überlebte als Einziger der Familie und lebt heute 92-jährig in Südafrika. Ihrer gedachten die Freedbergs an dem Mahnmal „Gedächtnis der Gleise“ im Hauptbahnhof Kassel auf dem Bahnsteig, von dem aus drei Deportationen in Vernichtungslager gingen, sowie auf dem jüdischen Friedhof von Melsungen. Dort liegen Vorfahren der Freedbergs aus drei Generationen der Familien Levy und Abt begraben.

Foto: Hans-Peter Klein

Jean Freedberg und Louis Freedberg mit seiner Familie und Hans-Peter Klein vor dem Haus in Melsungen, in dem die Familie Levy lebte.

Die Gräber sind erhalten, darunter auch das Grab von Sara Abt, geborene Nussbaum, eine Urgroßmutter von Louis und Jean Freedberg. Ihr Name auf dem Grabstein gab Anfang der 1980er Jahre den Titel für den Roman „Das Geheimnis der Sara Abt“ von Michael Höhn, den der Autor gemeinsam mit mir (H.-P. Klein) schrieb. 2019 ist das Buch überarbeitet in der dritten Auflage erschienen. Diese Wiederauflage war der Anlass, sich auf die Spurensuche nach der historischen Sara Abt und ihrer Familie zu machen. »

Foto: #### ####

Die Reisegruppe am Grab von Jakob Kupfer, dem Urgroßvater von Jean und Louis Freedberg, gemeinsam mit Michael Imhof und Brigitte Füller-Jerwin auf dem jüdischen Friedhof in Weyhers.

» Dabei lernte ich Louis Freedberg kennen. Seine Schwester und er sprachen am Grab ihres Ururgroßvaters Leib Levy das jüdische Totengebet Kaddisch.

Ältere Gräber von Vorfahren der Freedbergs aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts befinden sich auf dem jüdischen Sammelfriedhof in Binsförth. Der Rundgang durch Melsungen führte zu weiteren Stolpersteinen, dem Rathaus, der Bartenwetzerbrücke und der ehemaligen Synagoge mit jüdischer Schule und Mikwe in der Rotenburger Straße. Das Gebäude ist seit 1941 im Besitz der Kreishandwerkerschaft. Eine Gedenktafel durfte in den 1980er Jahren nicht am oder vor dem Haus, sondern nur auf der gegenüberliegenden Straßenseite aufgestellt werden.

Der Besuch der Freedbergs war neben den Erkundungen in Melsungen und Kassel mit Einladungen und Gesprächen verbunden. Unter anderem trafen sie Dr. Renate Heckmann-Mahler, die Initiatorin der Stolpersteinverlegungen in Melsungen und Bekannte Jean Freedbergs, sowie die Familie Schröder, die Besitzer des Hauses Am Markt 4, der heutigen Rosenapotheke.

In Schmalnau bei Fulda lebte seit dem 18. Jahrhundert die Familie Kupfer in fünf Generationen. Juda/Joe Kupfer, geboren 1890, wanderte 1907 nach Südafrika aus und heiratete dort Grete Levy aus Melsungen. Sie waren die Großeltern von Louis und Jean Freedberg. Brigitte Füller-Jerwin, die die Geschichte der Juden in Schmalnau intensiv erforscht hat, zeigte den Freedbergs in einem Rundgang durch den Ort die Häuser, in denen Angehörige der Familie Kupfer gewohnt hatten. An der Gedenktafel in der Dorfmitte nahe dem Haus, in dem sich früher die Synagoge befand, sprach sie über jüdisches Leben, Geschichte und Religion im Ort. Die Synagoge wurde 1984 unter unklaren Umständen abgerissen. In der Reichspogromnacht im November war sie nicht zerstört worden, da sie sich bereits seit 1936 in Besitz der Gemeinde Schmalnau befand, nachdem alle Juden aus dem Ort geflüchtet oder vertrieben worden waren.

Die Gruppe fuhr anschließend zum jüdischen Friedhof in Weyhers, einem Sammelfriedhof aus der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Dort sind Vorfahren der Freedbergs aus drei Generationen der Familie Kupfer begraben. Mithilfe von Beschreibungen und Fotos gelang es uns, diese Gräber zu finden. Mit einem Kaddisch am Grab von Gitta Kupfer, einer Schwester von Juda/Joe Kupfer, die 1913 im Alter von 30 Jahren starb, gedachten die Freedbergs ihrer Schmalnauer Vorfahren. Dazu wurde eine Videoverbindung zu den beiden Brüdern Michael und David Freedberg in den USA geschaltet, sodass diese an der Zeremonie teilnehmen und auch das Gedicht „We remember you" von Rabbi Kamens und Rabbi Riemer hören konnten: „As long as we live, you too shall live, for you are now a part of us. We remember you."

Am darauffolgenden Tag führte der Weg die Gäste zu den Orten jüdischer Vergangenheit und Gegenwart in Fulda. Im jüdischen Kulturzentrum in der Schildeckstraße 13 erfuhren sie viel über das jüdische Leben heute. Besonders beeindruckte sie der Synagogenraum und dessen Ausgestaltung mit den farbigen Fenstern, die jeweils Themen der Thora aufgreifen.

Es wird wohl nicht der letzte Besuch der Freedsbergs in der Region Nord- und Osthessen gewesen sein. Ihre Reise ging dann weiter nach Südafrika, wo Grete Levy aus Melsungen und Juda/Joe Kupfer aus Schmalnau sich kennengelernt hatten, eine Familie gründeten und eine neue Heimat fanden. Die Erinnerung an die Orte ihrer Vorfahren zu bewahren und an die nachfolgenden Generationen weiterzugeben, ist den Freedbergs wichtig. Deshalb haben sie ihre Kinder mit auf die Reise genommen. Für sie alle ist die Bewahrung der Grundwerte unserer demokratischen Gesellschaften und der Schutz vor Angriffen und Missbrauch eine wichtige Aufgabe. In einer E-Mail an uns und Brigitte Füller-Jerwin drückte Jean Freedberg seinen Dank für die Begleitung aus und beschrieb, wie viel der Familie diese Reise und das Gebet an den Gräbern bedeutet hat. ■

Hans-Peter Klein ist Studiendirektor i. R. aus Melsungen, Mitglied der Hessischen Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen und Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Nordhessen-Südniedersachsen von gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.
Dr. Michael Imhof ist Schulamtsdirektor a. D. aus Petersberg bei Fulda, recherchiert und dokumentiert jüdische Geschichte in Osthessen.

RAG Nordhessen-Südniedersachsen

Hans-Peter Klein

Gedenken an die Ermordung von Walther Rathenau

Anlässlich des 100. Jahrestages der Ermordung des früheren Außenministers Walther Rathenau durch Rechtsextremisten und Republikgegner am 24. Juni 1922 fanden in zahlreichen Städten Gedenkveranstaltungen verschiedenster Art statt. Die Initiative dazu ging vom Verein Weimarer Republik e. V. und der Walther-Rathenau-Gesellschaft aus. Dies griffen in Kassel die Vereine Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. und Kassel West e.V. auf und initiierten gemeinsam mit weiteren Kooperationspartnern (siehe Kasten) am Freitag, 24. Juni 2022, am Rathenauplatz in Kassel ein gemeinsames Gedenken.

Vor den rund 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmern sprach der Kasseler Regierungsvizepräsident Alexander Wachter über das politische Wirken von Walther Rathenau, der für sein demokratisches Engagement mit seinem Leben bezahlte. Fast 100 Jahre später wurde im Juni 2019 der damalige Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke aus dem gleichen Grund ermordet. *„Beide Taten müssen daran erinnern, dass Demokratie und eine freiheitliche Gesellschaft weder damals noch heute selbstverständlich angesehen werden sollten"*, sagte Wachter. *„Es bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, für die Freiheit einzustehen und Extremisten abzuwehren."*

Foto: Hans-Peter Klein

Schülerinnen und Schüler aus Kassel trugen während der Gedenkveranstaltung Texte von und über Walther Rathenau vor.

Der Kasseler Oberbürgermeister Christian Geselle erinnerte an die Bedeutung von Walther Rathenau, der als Wiederaufbauminister und später als Außenminister eine der zentralen Symbolfiguren der Weimarer Republik war und sich für die Stabilisierung der jungen Demokratie sowie für Ausgleich und Versöhnung mit den einstigen Gegnern Deutschlands einsetzte. Neben den Morden an Walter Lübcke und 2006 an Halit Yozgat durch die NSU-Terrorgruppe verwies Geselle auch auf das Attentat auf den einstigen Kasseler Oberbürgermeister und engagierten Politiker der frühen Weimarer Republik Philipp Scheidemann am 4. Juni 1922 im Bergpark Wilhelmshöhe in Kassel. Er zitierte die Worte Walther Rathenaus, die nach wie vor relevant für politisches und gesellschaftliches Handeln sind: *„Weniger Rede, mehr Gedanken, weniger Interesse, mehr Gemeinsinn, weniger Vorsatz, mehr Willen, weniger Zwiespalt, mehr Charakter."*

Schülerinnen und Schüler des Engelsburg-Gymnasiums Kassel trugen Texte von und über Walther Rathenau vor, unter anderem: *„Ich will Selbstbestimmung, selbstverdientes Geschick und Freiheit."* Oder die Worte des damaligen Reichskanzlers Joseph Wirth nach der Ermordung Rathenaus: *„Der Feind steht rechts."*

Unser Mitglied und Historiker Thomas Ewald hatte zuvor Leben und Wirken Walther Rathenaus ausführlich recherchiert. Darüber berichtete er in einem Redebeitrag zur Gedenkveranstaltung. Für die Vereine Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. und Kassel West e. V. sprach Wolfgang Matthäus und stellte die kürzlich aufgestellte Informationstafel zur Geschichte des Rathenauplatzes vor. Der frühere Wilhelmsplatz wurde nach der Ermordung Walther Rathenaus nach diesem benannt, was die Nationalsozialisten rückgängig machten. Aber bereits 1947 hieß er wieder Rathenauplatz. Um diesen Ort bekannter zu machen und Rathenau mehr ins Bewusstsein zu rufen, regte Wolfgang Matthäus als weiteren Schritt neben der Infotafel an, die dortige Straßenbahnhaltestelle in Rathenauplatz umzubenennen. ■

Hans-Peter Klein ist Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Nordhessen-Südniedersachsen. Die Gedenkveranstaltung fand als breites Kooperationsprojekt der Vereine Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und Kassel West e.V., des Regierungspräsidenten und des Oberbürgermeisters von Kassel, der Initiative „Offen für Vielfalt – Geschlossen gegen Ausgrenzung" und mit Beteiligung von Schülerinnen und Schülern des Engelsburg-Gymnasiums Kassel mit ihrem Lehrer Markus Junghans statt. .

RAG Rhein Ruhr West

Drei Stimmen zum Begriff der Nation

Die Deutschen und ihre Nation – ein schwieriges Thema. Regionalsprecher Wolfgang Braun hat in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Duisburg drei Vortragsabende mit renommierten Wissenschaftlern organisiert, in der es um die Frage geht, warum wir die Nation fürchten und zugleich brauchen. Die Vorträge sind Teil einer größeren Reihe, die bereits seit mehreren Jahren läuft (siehe Kasten Seite 39).

Den Auftakt in der ersten Jahreshälfte gab Christoph Nonn, Historiker und Mitarbeiter der Jewish Claims Conference. Sein Thema: „Wie andere ist auch die deutsche Nation eine Frage des Bewusstseins: Es gibt sie, weil wir uns als Deutsche fühlen. Aber warum tun wir das? Warum sehen sich mehr als 80 Millionen Menschen, die sich nie alle untereinander kennen können, als Mitglieder einer Gemeinschaft? Und was für Folgen hatte diese Wahrnehmung in den letzten zwei Jahrhunderten?" Auf Nonn folgte die Kulturwissenschaftlerin Aleida Assmann. Die Trägerin des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels referierte über die „Wiedererfindung der Nation". Abschließend sprach der Historiker und ehemalige Vorsitzende von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Bernd Faulenbach über „Selbstüberschätzung und Selbstzweifel. Die Deutschen und ihre Nation". Mit freundlicher Genehmigung der Rheinischen Post (RP) und des Autors Peter Klucken drucken wir an dieser Stelle seinen Bericht über den ersten Vortrag sowie jeweils ein Interview mit Aleida Assmann und Bernd Faulenbach zu ihren Beiträgen. Alle Beiträge erschienen zuerst in der RP.

Peter Klucken

„Die Erfindung der Nation"

Der renommierte Historiker Christoph Nonn eröffnete mit einem vortrefflichen Vortrag die neue, hochkarätige Geschichtsreihe in der Volkshochschule Duisburg

Keine Angst vor „klassischen" Bildungsveranstaltungen! Wie richtig diese Ermunterung ist, zeigte sich jetzt beim Auftakt der dreiteiligen, hochkarätigen Vortragsreihe, die unter Federführung des Vereins „Gegen Vergessen – für Demokratie" und der Volkshochschule sowie weiterer Partner organisiert wird. Dabei wird der Begriff der Nation unter die Lupe genommen. Der renommierte Geschichtsprofessor der Düsseldorfer Heinrich-Heine-Universität, Christoph Nonn, legte mit seinem vortrefflichen Vortrag „Die Erfindung der Nation. Das deutsche Beispiel im 19. und 20. Jahrhundert" ein solides geschichtswissenschaftliches Fundament. Der Vortrag fand in Präsenz im ausgebuchten VHS-Vortragssaal statt, wo die Zuhörer mit Corona-Abstand saßen.

Nonn, der übrigens zusammen mit seiner Ehefrau eine Laienspielgruppe leitet und es deshalb vielleicht besser als andere Professoren versteht, sein Publikum zu fesseln, startete seinen Vortrag, wie er selber sagte, „mittendrin im Thema". Er erzählte die Anekdote von einer Diplomatendelegation, die sich nach dem Ersten Weltkrieg in ein abgelegenes Dorf irgendwo in den Karpaten zu ungestörten Verhandlungen zurückzog. Als jemand einen Dorfbewohner fragte, was er denn sei, Tscheche, Serbe oder Ungar, da bekam der diplomatische Fragesteller die schlichte Antwort: „Ich bin von hier."

Foto: privat

Christoph Nonn

Die Nation, beispielhaft die deutsche, weise geschichtlich, so Nonn, keineswegs in römisch-germanische Urzeiten zurück, vielmehr sei die Nation eine „Erfindung" des 19. Jahrhunderts. Die allgemeine Wehrpflicht und die Schulpflicht seien die wohl wichtigsten Katalysatoren, die dazu beitrugen, dass sich so etwas wie Nationalgefühl einstellte. Positiv verbinde man mit der Nation Worte und Werte wie Geborgenheit oder Identität; negativ sei, dass sich die Nation in Abgrenzung gegenüber anderen, ja auch in Feindbildern zeige. Während noch in der frühen Neuzeit Landesherren keine Skrupel hatten, Gebiete untereinander zu tauschen, so wurde ein Territorium im Zuge der Nationalisierung nun zum „heiligen Boden", der mit dem Blut von Soldaten der eigenen „Volksarmee" (an Stelle von bezahlten Söldnern) verteidigt werden sollte.

Nach dem Zweiten Weltkrieg schien der Begriff der Nation an Bedeutung verloren zu haben, so Nonn. Doch spätestens seit 1989 sei eine Gegenbewegung zu erkennen. Das sehe man beispielsweise an den vielen Deutschlandfahnen bei Fußballweltmeisterschaften.

Nonn ging es keineswegs darum, den Nationenbegriff zu verteufeln; vielmehr ordnete er ihn historisch ein. Schmunzelnd gestand er, dass er sich jetzt bei Olympia auch über deutsche Goldmedaillen gefreut habe, obwohl ihn die Sportart eigentlich überhaupt nicht interessierte und er die Sportler gar nicht kenne.

Ein sehr deutsches Tabu

Die Friedenspreisträgerin des Deutschen Buchhandels 2018 Aleida Assmann, die sich selber als Linksliberale sieht, plädiert für einen Begriff der Nation, der nicht als neues „N-Wort" tabuisiert werden muss.

Ihr jüngstes Buch trägt den Titel: „Die Wiedererfindung der Nation. Weshalb wir sie fürchten und warum wir sie brauchen." Der Aspekt des „Fürchtens" leuchtet dabei spontan ein, wenn wir an die Zeit des Nationalsozialismus denken, vielleicht aber auch schon an Trumps „America first". Sie selber bezeichnen sich als „links-liberal". Da könnte man doch vermuten, dass für Sie der Begriff der Nation ein neues tabuisiertes „N-Wort" ist.

ALEIDA ASSMANN: Deutschland ist umgeben von demokratischen Nationalstaaten wie England, Frankreich oder der Schweiz. Die EU besteht ja aus 27 Nationalstaaten, und nur in Deutschland verweigert man den Begriff der Nation. Das ist ein sehr deutsches Tabu und natürlich eine Reaktion gegenüber einer Geschichte, von der man sich lossagen möchte. Wir fürchten die Nation, brauchen sie aber auch, weil wir Verantwortung tragen und eine wichtige Rolle zu spielen haben in der EU. Die Deutschen haben ihre Demokratie erst 1918 mit der Niederlage nach dem Ersten Weltkrieg geschenkt bekommen und dann auch gleich wieder zerstört. Nach 1945 bekamen sie sie von den Alliierten noch einmal geschenkt zusammen mit dem Marshall Plan. Die einzig erfolgreich errungene demokratische Revolution in Deutschland verdanken wir den ostdeutschen Bürgerinnen und Bürgern.

Gab es für Sie einen besonderen Anlass, sich mit der „Nation" zu beschäftigen?

Seit 2013 stehen wir am Ende der friedlichen Erfolgsgeschichte der EU. Mit der AfD ist die militante Nation wieder auf dem Vormarsch. Grund genug, die zivile Nation zu stärken und sie gegen die Rückverwandlung in eine militante Nation zu schützen. In Zeiten des globalen Wandels und der sich überstürzenden Krisen braucht die Demokratie in unserem Land jetzt unsere ganze Unterstützung und nicht Berührungsscheu, Desinteresse und ewige Zweifel.

Dolf Sternberger und Jürgen Habermas haben vor rund 30 Jahren den Begriff „Verfassungspatriotismus" in die gesellschaftspolitische Debatte eingeführt. Was halten Sie von diesem Begriff?

Foto: Wikipedia/Jussi Puikkonen

Aleida Assmann

Verfassungspatriotismus ist genau das Richtige. Es geht um das Grundgesetz, um Menschen und Bürgerrechte, und zwar für alle. Das steht auf einem Stück Papier, und dieses Papier hat eine Geschichte. Der Satz: ‚Die Würde des Menschen ist unantastbar' ist eben auch ein ‚Erinnerungsartikel'. Da hängen auch noch der Zweite Weltkrieg und der Holocaust mit dran. Von dieser Geschichte können die Deutschen nicht so einfach absehen und auch die Migranten nicht, die hier ankommen.

Blickt man in die Geschichte oder blickt man auf totalitäre Regime in der Gegenwart, hat man den Verdacht, dass Nationen sich durch eine antagonistische Form des Absetzens von anderen Nationen definieren. Nationalgefühl hängt da anscheinend mit Feindbildern zusammen. Anstelle einer solchen meist aggressiven Blut-und-Boden-Nation plädieren Sie, wie Sie eben sagten, für eine „zivile Nation". Wie sieht die aus? Ist sie in Deutschland bereits verwirklicht?

Viele Deutsche haben ein Feindbild und das heißt ‚Nation'. Das macht aber geschichtsblind. Schauen Sie sich mal die 27 Nationen in der EU genauer an. In meinem Buch „Der Europäische Traum" habe ich beschrieben, wie die „zivile Nation" erfunden wurde. Viele der Mitgliedstaaten waren zuvor militante Nationen, also Diktaturen. Zivile Nationen haben ihre Lehren aus der Gewaltgeschichte gezogen. Diese vier Grundsätze sind für mich das Friedensprojekt, das Demokratisierungsprojekt, eine selbstkritische Erinnerungskultur und die Anerkennung der Menschenrechte.

Ist der Krieg Russlands gegen die Ukraine ein schreckliches Beispiel dafür, wie der Begriff der Nation beziehungsweise wie das Nationalgefühl von Menschen instrumentalisiert wird?

Russland hat sich nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in eine Nation verwandelt. Es handelt sich dabei jedoch um eine militante und imperiale Nation, die nicht auf einer demokratischen Verfassung beruht, sondern auf der Größe und Erweiterung des Landes, einem überhöhten kollektiven Selbstbild und einem Geschichtsnarrativ, dass auf Ehre und Stärke setzt und einen Kult des Krieges betreibt.

Menschen aus Schleswig-Holstein und Bayern sehen sich vermutlich – trotz aller Unterschiede in Sprache und Mentalität – als Angehörige der „deutschen Nation". Könnte es sein, dass sich in einigen Jahren Russen und Ukrainer als eine Nation empfinden? Oder wird noch der Gedanke von der „Erbfeindschaft", wie er einst zwischen Deutschland und Frankreich kursierte, vorherrschend sein?

Imperien und militante Nationen sind monologisch und selbstbezogen. Sie leben in Wettstreit und Konfrontation. Norddeutsche und Bayern sehen sich dagegen gemeinsam als Deutsche, Deutsche und Franzosen wiederum sehen sich gemeinsam als Europäer. Wer in mehreren Mitgliedschaften lebt, kann Unterschiede als Reichtum anerkennen, ohne das Gemeinsame aufzugeben. Genau darin besteht der Reichtum der EU: Einen gemeinsamen Rahmen zu schaffen, in dem kulturelle und historische Unterschiede anerkannt und als wertvolle Ressource genutzt werden. Dieser gemeinsame Rahmen allerdings muss erst geschaffen werden. Das wäre auch der Weg einer Friedenspolitik für Russland und die Ukraine. »

» „Der Nationalstaat ist nicht tot“

Der renommierte Historiker Bernd Faulenbach, der eng mit der Vereinigung „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ verbunden ist, über Hoffnungen und bittere Einsichten.

Sie diagnostizieren als Historiker für die Gegenwart eine Unsicherheit der Deutschen gegenüber der eigenen Nation, die gleichermaßen durch Verdrängung, Selbstüberschätzung und Selbstzweifel charakterisiert sei. Woran machen Sie dies fest?
BERND FAULENBACH: Für die historisch erklärbare Unsicherheit gibt es vielfältige Symptome. Die Selbstverständlichkeit der anderen europäischen Nationen im Umgang mit ihrer Nation fehlt bei uns, was uns nicht hindert, darüber kritisch zu urteilen. Nicht wenige meinen bei uns, Europa substituiere die Nationen, während in den übrigen europäischen Ländern die Vorstellung vorherrscht, Europa überwölbe oder durchdringe die nach wie vor durchaus handlungsfähigen Nationalstaaten. In der Bundesrepublik gab es zeitweilig eine einflussreiche Denkschule, die aus der katastrophalen deutschen Geschichte glaubte, einen deutschen Auftrag ableiten zu können, ein postnationales Zeitalter heraufzuführen. Ungeachtet des historischen Fortschritts, den der Staatenverbund Europa darstellt, leben wir in einer Welt, in der Nationen bzw. Nationalstaaten dominieren, denken Sie nur an die „Vereinten Nationen“. Der Nationalstaat ist offensichtlich nicht tot – trotz der Globalisierung und anderer transnationaler Prozesse.

Aleida Assmann plädierte in der VHS-Vortragsreihe, in der Sie den Schlusspart übernahmen, für eine „zivile Nation“. Können Sie sich dieser Betrachtungsweise anschließen?
Im Grunde ja. Ich würde es so sagen: Die Nation ist häufig nicht nur Problem angesichts globaler Herausforderungen, sondern auch Weg zur Lösung von wichtigen Fragen. Allerdings kommt es sehr darauf an, wie wir Nation definieren, die

Foto: privat

Bernd Faulenbach

immer ein Produkt der Geschichte ist. Ich plädiere heute für einen deutschen Nationsbegriff, der Nation als Verbindung von „geronnener Geschichte“ und Demokratie, das heißt als Staatsbürgernation definiert, die um ihre Geschichte weiß.

Gleichwohl stellt sich die Frage, inwieweit der Begriff der Nation durch die NS-Verbrechen diskreditiert worden ist, obgleich manche eben auch auf andere Verbrechen hinweisen, worauf Sie mit der „Faulenbach-Formel“ reagiert haben. Bitte erläutern Sie diese hier noch einmal.
Zeitweilig hatten wir in Deutschland und Europa eine – zum Teil jetzt wiederauflebende – Debatte über konkurrierende Vergangenheiten, die NS-Vergangenheit und die kommunistische Vergangenheit, die etliche glaubten, gegeneinander aufrechnen zu können. Ich habe für die deutsche Diskussion, die die NS- und die SED-Diktatur parallelisierte, in den frühen 90er Jahren formuliert: „Die NS-Verbrechen können nicht durch die Berufung auf kommunistische Verbrechen relativiert, doch diese umgekehrt nicht unter Hinweis auf die NS-Verbrechen bagatellisiert werden.“ Generell ist wichtig, die Einzigartigkeit der NS-Verbrechen festzuhalten, allerdings auch andere Staatsverbrechen, genozidale Aktionen (die in der Erinnerung eine zum Teil wachsende Rolle spielen) im Gedächtnis der Menschheit festzuhalten und in den Erinnerungskulturen bewusst zu machen.

Hat der seit dem 24. Februar tobende Krieg in der Ukraine die Einstellung der Deutschen zur Nation verändert?
Derartige Einstellungen wandeln sich nicht von heute auf morgen. Doch ist an einigen Einsichten schwerlich vorbeizukommen. Die gemeinsame Haltung der Europäer und der NATO ist zwar beachtlich, zugleich aber wird deutlich, dass bei Krieg und Frieden nach wie vor die Letztentscheidung bei den Nationalstaaten liegt. Auch wenn wir den Prozess der internationalen Arbeitsteilung nicht einfach zurückdrehen können, so ist jedoch jetzt eine Tendenz erkennbar, bestimmte elementare Kompetenzen nicht völlig aufzugeben, sondern sozusagen im eigenen Land oder in nationaler Reichweite zu behalten. – Schließlich kommen wir in Deutschland nicht an der bitteren Einsicht vorbei, dass auf militärische Fähigkeiten gestützte Macht auch im 21. Jahrhundert Bedeutung behält, was wir in Deutschland mehr oder weniger nach 1989/90 verdrängt hatten.

Die Vereinigung „Gegen Vergessen – Für Demokratie“, deren Bundesvorsitzender Sie von 2015 bis 2020 waren, leistet ehrenamtlich viel für die geschichtlich-politische Bildung. Besonders die Duisburger Gruppe des Vereins ist dabei sehr aktiv. Was treibt Sie an, auch außerhalb akademischer Kreise, sich gegen Vergessen und für Demokratie einzusetzen?
Gesellschaft und Politik brauchen gerade in Deutschland ein realistisches historisch-

Foto: Betty Theuns

Die Fragen stellte **Peter Klucken**. Er studierte Germanistik und Philosophie sowie im Rahmen eines Lehrerstudiums Psychologie und Pädagogik. Nach dem Staatsexamen arbeitete er für die Rheinische Post (RP), davon von 1993 bis 2020 als verantwortlicher Redakteur für Kultur in der Duisburger Stadtredaktion, seitdem als RP- Vertragsautor. Er hat die Arbeit der Regionalen Arbeitsgruppe Rhein Ruhr West von gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. bereits mit zahlreichen Beiträgen begleitet. Wir danken dem Autor und der Rheinischen Post für die Genehmigung zum Abdruck.

politisches Selbstverständnis, das um das Gegeneinander und Ineinander von Fehlentwicklungen und Katastrophen deutscher Geschichte weiß, doch gleichzeitig eben auch historische Leistungen und gegenwärtige Chancen zu erfassen vermag. Dies zu entwickeln und zu stärken, dazu trägt „Gegen Vergessen – Für Demokratie" in seinen Gliederungen, nicht zuletzt die bundesweit bekannte Duisburger Gruppe, bei. Dieses Selbstverständnis sollte aus meiner Sicht wissenschaftlich fundiert sein. Der Zeithistoriker, der wesentliche Impulse für seine Fragestellungen aus den Spannungsfeldern von Politik, Gesellschaft und Kultur empfängt, hat – so meine ich – eine besondere öffentliche Verantwortung für den vernünftigen Umgang mit Geschichte und deshalb engagiere ich mich. ■

Zwei historisch-politische Vortragsreihen in Duisburg

In Duisburg werden seit vier Jahren Vorträge zu Themen der historisch-politischen Bildung angeboten. Unterschieden werden dabei zwei einander ergänzende Reihen:

- **Die Deutschen, ihre Geschichte und was sie dafür halten**
- **Umwälzungen im europäischen Kulturraum seit 1776**

Bisher wurden 28 Vorträge gehalten – bis Ende des Jahres werden es 30 sein, davon 21 im Rahmen der Reihe zur deutschen Geschichte und neun innerhalb der Europareihe.

Die Vortragsreihen sind aus einer langjährigen Kooperation zwischen der Volkshochschule Duisburg und der Regionalgruppe Rhein-Ruhr West hervorgegangen, werden aber seit 2018 von einem breiten Veranstalterkreis getragen:

- **Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., RAG Rhein-Ruhr West**
- **Volkshochschule Duisburg**
- **Deutsch-Französische Gesellschaft Duisburg e.V.**
- **Deutsch-Britische Gesellschaft Duisburg e.V.**
- **Laboratorium – Ev. Zentrum für Arbeit, Bildung und betriebliche Seelsorge**
- **Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) Stadtverband Duisburg**
- **Jugendring Duisburg**

Im Januar 2022 traten zudem drei weitere Einrichtungen dem Kreis bei:

- **Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., RAG Mittleres Ruhrgebiet**
- **Evangelischer Kirchenkreis Duisburg**
- **Jüdische Gemeinde Duisburg-Mülheim/Ruhr-Oberhausen K.d.ö.R.**

Die Vorbereitung erfolgt in reger Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Duisburg unter Einbeziehung des gesamten Veranstalterkreises.

Weiterführende Informationen unter *https://www.gegen-vergessen.de/vor-ort/rhein-ruhr-west/*.

▶ Verknüpfung der Vortragsreihe

Die oben dokumentierte Veranstaltungssequenz zum Thema „Nation", „Bekenntnisnation" oder „Staatsbürgernation" in der Vortragsreihe „Die Deutschen, ihre Geschichte und was sie dafür halten" wurde im September 2022 mit der anderen Reihe „Umwälzungen im europäischen Kulturraum seit 1776" verknüpft. Unter dem Titel „Staatsbürgerkultur, Europaorientierung und Völkerverständigung" referierte Wolfgang Braun, Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppe Rhein-Ruhr West, zum „Handlungskonzept von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. in Duisburg 2001–2022".

Trauer um Vorstandsmitglied Dieter Schulte

Der ehemalige Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes und spätere stellvertretende Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung Dieter Schulte starb am 3. September 2022 im Alter von 82 Jahren. Dem langjährigen Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. war die Erinnerung an den Widerstand von Gewerkschaftern gegen das NS-Regime wichtig. So sprach der gelernte Maurer und gebürtige Duisburger 1994 in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand anlässlich einer Gedenkveranstaltung für Wilhelm Leuschner über dessen mutiges, unbeugsames Handeln.

Foto: Bundesarchiv/Christian Stutterheim

Dieter Schulte (1940–2022)

Laut einer Dokumentation der Friedrich-Ebert-Stiftung betonte Schulte: „Fest steht, dass Gewerkschafter zu denen gehört haben, die ganz früh Widerstand geleistet haben, und dass sie ganz wesentlich zum 20. Juli dazugehören." Schulte stand somit auch für die breite thematische Fächerung des Vereins, dem er bis zum Schluss verbunden blieb. Anlässlich seiner Beerdigung wurde zu Trauerspenden zugunsten der Arbeit von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. aufgerufen. Dies ergab einen Betrag in Höhe von 1.440 EUR. Wir danken der Familie und allen Spenderinnen und Spendern herzlich für ihre Unterstützung. ■

Anzeige

Unser Kontinent erlebt gerade die größte Massenflucht seit dem Zweiten Weltkrieg. Flüchtende Menschen suchen Schutz, Verständnis und eine Gesellschaft, die sie aufnimmt. Sie sind keine gesichtslose Masse. Deshalb stehen im Zentrum dieses Bandes autobiografische Texte von 1933 bis heute – die Stimmen derer, die mit Gewalt aus ihrem Leben und ihrer Heimat vertrieben wurden, um anderswo neu zu beginnen.

Mit einem Vorwort von Aleida Assmann

Mit Beiträgen von Wolfgang Benz, Heinrich Bedford-Strohm, Gerald Knaus, Michael Brenner, Ilija Trojanow, Ingo Schulze, Markus M. Beeko, Farhad Alsilo, der als 12-Jähriger den IS-Terror überlebte, Fisseha Mebrahtu, der 17-jährigen Schülerin Leen Alcheikh, dem ukrainischen Journalisten Aleksei Bobrovnikov, Joseph Roth, Stefanie Zweig, Georg Stefan Troller, Saul Friedländer und anderen.

428 Seiten | Broschur | 32,00 Euro
ISBN 978-3-8012-0644-4

www.dietz-verlag.de

DIETZ

Ein Stück Zeitgeschichte unter dem Hammer

Der originale Privatschreibtisch des ehemaligen SPD-Chefs Hans-Jochen Vogel wurde zugunsten von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. versteigert.

Über 40 Jahre arbeitete Hans-Jochen Vogel an seinem privaten Tisch; zunächst in Bonn, später in München. Die stark abgenutzte Lederbespannung des Schreibtisches bezeugt die vielen Stunden, die der einstige Bundesminister und Münchner Oberbürgermeister an diesem Schreibtisch verbrachte – war Hans-Jochen Vogel doch bekannt dafür, bis tief in die Nacht zu arbeiten. Auch in seinem Alterssitz, dem Münchner Augustinum, leistete der Tisch ihm weiter seine Dienste. In den 1970er Jahren schenkte Liselotte Vogel ihrem Mann diesen Schreibtisch. Gekauft hatte sie ihn in einem Antiquitätengeschäft in Bonn.

Testamentarisch verfügte Hans-Jochen Vogel, der Gründungsvorsitzende von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V., der Verein solle diesen Schreibtisch erben. Vom 15. Juni bis 15. Juli 2022 versteigerten wir den originalen Privatschreibtisch des ehemaligen SPD-Chefs in einer stillen Auktion zugunsten unserer ehrenamtlichen Arbeit. Das war eine besondere Chance für alle Politikinteressierten, SPD-Mitglieder und Sammler historischer Raritäten. Mit dem Höchstgebot von 1.050 Euro erhielt Dr. Benny Levenson aus Berlin den Zuschlag. Wir sprachen nach der Auktion mit ihm.

Fotos: GV-FD/2022

Privater antiker englischer Schreibtisch im Regency Stil von Hans-Jochen Vogel.

Herzlichen Glückwunsch, Herr Dr. Levenson, Sie waren der Höchstbietende und erhielten am 16. Juli den Zuschlag. Was ging Ihnen durch den Kopf, als Sie die Nachricht erhielten?
Ein Gefühl innerer Zufriedenheit.

Wie haben Sie von der Versteigerung des originalen Privatschreibtisches des ehemaligen SPD-Chefs Hans-Jochen Vogel erfahren?
Durch eine kleine Notiz im „vorwärts".

Wer auf den Schreibtisch einer bekannten Persönlichkeit bietet, verbindet in der Regel auch etwas mit ihr. Was verbindet Sie mit Hans-Jochen Vogel?
Jochen Vogel hat mich weite Strecken meines Lebens begleitet. Da gibt es eine Menge von Begegnungen. Seine Söhne waren ein paar Klassen über mir im Wilhelmsgymnasium in München. Dann habe ich (noch als Schüler) als Preis für den besten Aufsatz über München eine kurze Stadtchronik von ihm bekommen. Später war ich an Wahlkämpfen beteiligt. Als er kurze Zeit Regierender Bürgermeister von Berlin war, habe ich ihn für die Münchner Stadtzeitung interviewt. Am 4. November 1990 standen wir zufällig alleine nebeneinander in vorderster Reihe bei einer großen Demo in Berlin, als hinter uns der Schwarze Block rebellierte. Wir wohnten in München im selben Stadtteil (Lehel). Eigentlich riss der Kontakt über die Jahrzehnte nie ab. Zum Jahreswechsel 2019/20 tauschten wir noch Glückwünsche aus. »

Benny Levenson am 14. Oktober 1982 zu einem Interview in Berlin im Schöneberger Rathaus mit Hans-Jochen Vogel, damals Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses und Vorsitzender der Berliner SPD-Fraktion.

Foto: Levenson, privat

» **Gibt es schon Ideen, was Sie mit dem Schreibtisch machen werden?**
Nun, ich bin schon ein wenig überrascht, dass sich offensichtlich bisher kein Museum, keine SPD-nahe Institution für Jochen Vogels Schreibtisch interessiert hat! Jochen war neben Willy Brandt und einer kleinen Gruppe anderer sicher eine der wichtigsten Persönlichkeiten der SPD, aber auch der Bundesrepublik Deutschland. Er, der korrekte (und manchmal in der Sache auch pedantische) Jurist und Mensch, war ein Stabilisator, jemand, der uns heute fehlt. Sein Arbeitsplatz gehört, in einem entsprechenden Rahmen, der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Foto: Dominik Reich

Annemarie Querl (Dinslaken) mit ihrem Sohn Stefan Querl (Münster, RAG-Sprecher im Münsterland), die aus alter Verbundenheit mit Hans-Jochen Vogel eine eigene Spendenaktion zum Schreibtisch starteten.

Dann bleiben wir gespannt, wo der Schreibtisch letztendlich seinen neuen Platz finden wird. Wir möchten gerne darüber berichten. Halten Sie uns auf dem Laufenden und viel Erfolg! Wir danken Ihnen sehr herzlich für die Unterstützung unserer Arbeit durch Ihr Gebot!

HINWEIS:
Wer sich noch einmal über die **Auktion** und die **Geschichte des privaten Schreibtisches** von Hans-Jochen Vogel informieren möchte, kann dies gerne auf unserer Internetseite tun:
https://www.gegen-vergessen.de/unterstuetzung/spenden/versteigerung-schreibtisch-hans-jochen-vogel

Aber damit nicht genug. Während der Auktion meldete sich Familie Querl aus Dinslaken und Münster bei uns. Sie hatte eine ganz besondere Idee, die Auktion zu unterstützen. Vom Höchstgebot, egal wie es ausfalle, wollte sie ein Zehntel zusätzlich zugunsten der ehrenamtlichen Arbeit unseres Vereins spenden. Somit ging neben dem Auktionserlös noch eine Spende in Höhe von 105 Euro ein.

Vielen, vielen Dank an die Familie Querl für diese großartige Idee und ihre Unterstützung!

Außerdem danken wir allen Bieterinnen und Bietern für die gute Absicht, mit ihrem Gebot die Arbeit von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. unterstützen zu wollen. Auch weiterhin benötigen wir für unsere bundesweite Arbeit vor Ort Hilfe und laden Sie darum zum **SPENDEN STATT BIETEN** ein.

So können Sie **online spenden** unter:
https://www.gegen-vergessen.de/unterstuetzung/spenden/

oder per **Banküberweisung**
auf unser Vereinskonto:
Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.
IBAN DE45 3705 0198 0008 5517 07
BIC COLSDE33XXX

Vielen DANK!

SPENDEN STATT GESCHENKE ZUM ABSCHIED IN DEN RUHESTAND

Unser langjähriges Mitglied **Dr. Karl-Peter Schackmann-Fallis** aus Potsdam verabschiedete sich Ende Oktober 2022 als Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes in den Ruhestand.

Statt Abschiedsgeschenken bat er seine Kolleginnen, Kollegen, Geschäftspartnerinnen und Geschäftspartner schon mit der Einladung zu seiner offiziellen Verabschiedung um **Spenden** zugunsten der Arbeit von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Ein herzliches DANKESCHÖN geht an Herrn Dr. Schackmann-Fallis für seine großartige Initiative und wir danken allen Spenderinnen und Spendern für 10.505,00 Euro.

Berlinale
72 Internationale Filmfestspiele Berlin
Berlinale Special Gala
LOUIS HOFMANN
LUNA WEDLER
JONATHAN BERLIN
NINA GUMMICH
ANDRÉ JUNG
MARC LIMPACH
Der Passfälscher
Jetzt im Kino
BUCH UND REGIE MAGGIE PEREN
DREIFILM MÜNCHEN
AMOUR
NETWORK MOVIE
FILM FUND LUXEMBOURG
FFF Bayern
DEUTSCHER FILMFÖRDERFONDS DER BKM
FFA
ZDF
arte
BETA CINEMA
WARNER BROS.
XVERLEIH

Ernst-Jürgen Walberg bespricht:

Ernst-Jürgen Walberg, Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. und bis Ende 2011 Kulturchef von NDR 1 Radio MV in Schwerin, schreibt regelmäßig über Neuerscheinungen zu einem aktuellen historischen Thema in unseren Ausgaben der Zeitschrift.

Graphic Narratives über keine Kindheit

Vier Kinder und ihr Überleben in den Zeiten des Holocaust – Erinnerungen für unsere Zukunft.

Erinnern Sie sich an Art Spiegelmans „MAUS. Die Geschichte eines Überlebenden" mit dem ersten Teil 1989 „Mein Vater kotzt Geschichte aus" und zwei Jahre später, 1991, mit dem zweiten „Und hier begann mein Unglück"? Ein Ereignis war das nicht nur auf dem deutschen Buchmarkt, europaweit und weit darüber hinaus. Erinnern Sie sich?

MAUS, das war die perfekte Mischung aus Biografie und Roman, aus Text und Kunst, aus objektivem Dokument und sehr persönlichen Erinnerungen, ungewohnt also und außergewöhnlich: hoch literarisch und kleine, ganz große Kunst, wie Art Spiegelman die Leidensgeschichte seines Vaters, des polnischen Juden Wladek erzählt und zeichnet: still nachzeichnet mit den Stationen Auschwitz, Groß-Rosen, Dachau, Stockholm oder New York … und ganz laut gegen das Vergessen.

Die Juden als Mäuse, die deutschen Nazis als Katzen: Graphic Novels, ja, doch sie schlugen uns heftig auf den Magen damals. Ein schlicht schwarz-weißer Holocaust-Comic, das war merkwürdig, alles zwischendrin perfekt versteckt Komische wirkte nur bitter, aber auch deshalb so eindrücklich, so unvergessen bis heute.

Doch erinnern Sie sich auch an den Anfang dieses Jahres? Ende Januar 2022 hatte ein Schulbezirk im US-Bundesstaat Tennessee beschlossen, MAUS aus dem Lehrplan zu streichen. „Die Geschichte eines Überlebenden" war wegen Schimpfwörtern wie „verdammt" oder „Schlampe" und wegen einer Nacktszene als Lehrmittel verboten worden, wörtlich: wegen der „unnötigen Nutzung von Obszönität und Nacktheit und der Darstellung von Gewalt und Suizid". MAUS solle ersetzt werden, und man sei auf der Suche nach besseren Veröffentlichungen, mit deren Hilfe den Schülerinnen und Schülern die Geschichte des Holocaust angemessener, vor allem „auf altersgerechtere Weise" beigebracht werden könne.

Der 1992 für MAUS mit einem Pulitzer-Sonderpreis und dem American Book Award ausgezeichnete Art Spiegelman reagierte überrascht und bewundernswert gelassen: Die verbietenden Gremiumsmitglieder suchten offensichtlich nach Möglichkeiten, einen „schöneren Holocaust" vorgaukeln zu können; einen „netteren, sanfteren, flauschigeren Holocaust, als ich ihn repräsentiere", so der Künstler gegenüber dem SPIEGEL.

Sofort reagierten nicht nur in Tennessee aufmerksame, neugierige oder bereits kundige Leser sowie viele engagierte Buchhändler. MAUS wanderte blitzschnell wieder auf die Bestsellerliste der New York Times, MAUS wurde an Schülerinnen und Schüler kostenlos ausgegeben, MAUS wurde verschenkt und wieder gelesen, so als sei diese Graphic Novel gerade eben, noch taufrisch und zum ersten Mal auf dem amerikanischen Markt erschienen.

„Aber ich lebe."
Vier Kinder erinnern sich an den Holocaust.

Wladek Spiegelman hat Auschwitz überlebt. Seine Frau Anja hat im polnischen Sosnowitz auf ihn gewartet. Sie wusste fast nichts von ihm, er wusste fast nichts von ihr. Und dann ist er den langen letzten Teil des Weges zu Fuß zurückgegangen nach Sosnowitz. „Es hat gedauert 3 oder 4 Wochen", sagt Wladek zu seinem Sohn. Und: „Mehr muss ich dir nicht erzählen." Und noch: „Beide sind wir gewesen sehr glücklich und haben sehr, sehr glücklich gelebt." Gestorben ist Wladek Spiegelman am 18. August 1982.

Heute, gerade einmal 40 Jahre später, da haben Zeitzeuginnen, Zeitzeugen des Holocaust längst Seltenheitswert. Fast alle damals älteren Überlebenden leben längst nicht mehr, die jüngeren waren Kinder noch. Wer wird sich wie um ihre Geschichte, ihre Geschichten kümmern, wenn auch sie nicht mehr sind? In naher Zukunft also, ganz bald, schon jetzt?

Das internationale Gemeinschaftsprojekt „Narrative Art and Visual Storytelling in Holocaust and Human Rights Education" ist ein eindrucksvoller Versuch, „die Geschichte aktiv und in direktem Austausch mit den Überlebenden zu erzählen" und so in Wort und Bild festzuhalten, dass sie auch dann noch engagierte Zuhörer und betroffene Leser finden, wenn sie selbst nicht mehr unter uns sind. „Aber ich lebe", dieses Ausnahmebuch ist eine erste beachtliche Bilanz dieser dreijährigen Forschungsarbeit mit Graphic Novels, autobiografischen Notizen sowie historischen Analysen und heute notwendigen Erläuterungen zu den politischen Hintergründen.

„Mein Kleid war, glaube ich, blau … mit weißen und roten Punkten."

Im Frühjahr 2020 ist die Comic-Künstlerin Barbara Yelin (München) in Israel unterwegs, sie besucht in der Nähe von Haifa Emmie Arbel, eine 1937 in Den Haag geborene Jüdin. Emmie Arbel hat als Kind das Durchgangslager Westerbork überstanden und dann ab Februar 1944 die Konzentrationslager Ravensbrück und Bergen-Belsen. Sie hat überlebt. „Die Kinder waren kleine Erwachsene, die bereits gelernt hatten, wie

sie sich zu verhalten hatten beim Appell oder in anderen bedrohlichen Situationen", heißt es in einer Art Nachbetrachtung über die historischen Umstände ihres Überlebens. „Zum Glück waren wir nur ein paar Monate in Bergen-Belsen, sonst hätte ich nicht überlebt. Wir blieben dort, bis wir von der britischen Armee befreit wurden", hat Emmie Arbel für ihre kurze Überlebensbilanz notiert. Trotz allem und deswegen: Einmal im Jahr ist sie als Zeitzeugin in Ravensbrück beim „Generationenforum". Die inzwischen letzten Überlebenden erzählen hier ihre Geschichte und beantworten die Fragen der jungen Leute, denen die Zeit des Holocaust längst fernste Vergangenheit ist.

Barbara Yelin und Emmie Arbel sitzen sich gegenüber. Barbara hört Emmie sehr aufmerksam zu, konzentriert. Sie weiß, Emmie war vier Jahre alt, als sie deportiert wurde. Jetzt ist Barbara Yelins Sohn vier Jahre alt. „Ich musste die ganze Zeit daran denken", sagt sie später. Zwischendurch schweigt Emmie, oft verstummt sie einfach. Sie kann Hebräisch, Englisch, Deutsch, Niederländisch und ein wenig Jiddisch, doch ihr Gespräch führen beide auf Englisch. „Menschen starben, Menschen verhungerten. Und das war das Leben, das war alles, was ich kannte. Wir wussten, wir konnten jeden Tag sterben. Wir wussten, das ist unser Leben. Und das ist es, woran ich mich erinnere." „Und dann kam die Befreiung?", fragt Barbara Yelin. „Ja", antwortet Emmie. „Ich erinnere mich nicht." Sie scheint ins Leere zu schauen, an ihrer Gesprächspartnerin vorbei. Ihre Augen sind hinter den spiegelnden Brillengläsern nicht zu erkennen. Einen Augenblick später wird sie sich wieder eine Zigarette anzünden.

Emmie Arbel schläft nicht viel, nachts kaum mehr als drei Stunden. Frühmorgens wird sie wach, gegen fünf oder sechs Uhr. Sie sitzt am PC, in der linken Hand eine Zigarette, in der rechten einen Joghurt. Sie denkt an „Mammie", an ihre Mutter, wohl jeden Morgen, eigentlich immer vermutlich. Die alte Zeit ist zurück. „Und ich denke … wenn sie nur einen Bissen essen könnte … vielleicht … hätte sie dann –. Sie war so entkräftet. Ich hatte Eltern. Es war sechs oder sieben Tage nach der Befreiung. Sie war nicht in einem Bett, sie lag auf dem Boden, und Rudi [Emmies jüngerer Bruder] und ich, wir saßen bei ihr… und wir wussten, dass sie sterben würde. Ich hatte Eltern. Vielleicht … hätte sie überlebt. Denn ich weiß, dass sie ihr ganzes Essen mir gab. Und ich weiß nicht, wie lange es dauerte … vielleicht Stunden, vielleicht Minuten … bis sie tot war. Und niemand weiß … wo sie begraben ist."

Eine Nachbarin, eine Freundin ruft von draußen. Emmie Arbel reagiert nicht, sie ist in der anderen Zeit. Sie nimmt ihre Brille ab und reibt sich die Augen. Die andere Frau ist inzwischen im Haus, in der Küche und will wissen, wie es ihrem Rücken gehe. Emmie setzt ihre Brille wieder auf. „Ist ok", sagt sie und zündet sich eine Zigarette an: „Ich bin ok."

25 Bilder auf fünf Seiten gehören zu diesen Sätzen: Sind die Farben gedämpft, spielt das Geschehen in der Gegenwart, in der Zeit des Gesprächs; grau, braun, schwarz verwischt, gehören sie in die Vergangenheit des Konzentrationslagers, zu den eingebrannten Erinnerungen der alten Dame oder zu ihrem hilflosen Unbehagen, wenn sie zwar weiß, was damals geschehen ist, aber doch anfügen muss: „Ich erinnere mich nicht."

Erste Bildnotizen, erste Skizzen scheint Barbara Yelin noch vor Ort festgehalten zu haben, zwei, drei Bilder deuten darauf hin. Die Künstlerin ist und bleibt abhängig von den Erzählungen ihrer Gesprächspartnerin, von deren Zögern, dem plötzlichen Verstummen, dem Schweigen, den nervösen Zigarettenpausen, ahne ich; angewiesen natürlich auf die Atmosphäre dieser Gespräche, auf das Vertrauen zueinander, auf Empathie und auf die wechselseitige Sympathie. Selbst die eigene Familiengeschichte gehört jetzt dazu, so kompliziert oder unangenehm das auch immer sein mag. Barbara Yelin: „Wie ihr wisst, hat meine Familie einen anderen Hintergrund. Ich bin aus Deutschland, und einer meiner Großväter war bei der SS. Er ist im Krieg gefallen, ich habe ihn also nicht gekannt. Aber ich weiß es, und ich spüre eine Verantwortung. Mich an die Opfer zu erinnern, nie zu vergessen."

„Da war kein Schmerz, kein Hunger, kein Lärm."

Viele Sätze fallen hier, sie sind nicht leicht zu ertragen. Viele Bilder illustrieren sie so, als wären die Künstler tatsächlich an der Seite der Opfer gewesen. Das macht diese Graphic Novels nicht leichter, ganz im Gegenteil.

Nur ein Beispiel: Im Konzentrationslager Ravensbrück gab es ein „Revier", es war das Lagerkrankenhaus, ein Ort nur zum Sterben. Emmie Arbel wird mit Typhus eingeliefert. „Ich glaube, ich bin lange dort gewesen. Sie legten mich zwischen die Sterbenden und die Toten. Ich wusste, dass ich sterben würde. Ich hatte keine Angst. Ich glaube, ich erinnere mich … an das Gefühl zu sterben. Es war ein gutes Gefühl."

Auch hier wechseln die Bilder aus der Gegenwart in die Vergangenheit zurück und dann wieder ins Heute. Jetzt in der Gegenwart tritt die alte Dame auf ihren Balkon. Sie bleibt zwischen den vielen hellgrünen Topfpflanzen und einem prachtvollen Blumenstrauß stehen. Sie hält sich am Geländer fest. Laut ruft sie einen Namen und: „Ich komm raus." Nur wenige Illustrationen davor liegt die junge Emmie von Krankheit gezeichnet auf einem dieser doppel- oder dreistöckigen Holzgestelle, wie wir sie aus KZ-Baracken kennen. Ihre Augen sind weit geöffnet, das Gesicht aschgrau. Nur zwei Bilder später sind die Augen geschlossen, der Gesichtsausdruck wirkt entspannter, ein klein wenig jedenfalls. „Da war kein Schmerz, kein Hunger, kein Lärm", heißt es. Und dann: „Nichts." Und schließlich? „Es war ruhig und gut."

Doch da sind wir schon wieder in der Gegenwart, an dem Tisch mit den beiden Stühlen, an dem das Gespräch zwischen Barbara Yelin und Emmie Arbel für das Gemeinschaftsprojekt „Narrative Art and Visual Storytelling in Holocaust and Human Rights Education" stattgefunden hat. „Intensiv" waren die Gespräche, sagt die Comic-Künstlerin später, „und traurig. Und dazwischen viel Schweigen …"

„Jenseits der Regeln" und „Dreizehn Geheimnisse"

Jeden Morgen, wenn sich David Schaffer (auch er ein alter Herr, Jahrgang 1931) das Gesicht wäscht und in den Badezimmerspiegel schaut, dann sind die Erinnerungen wieder da und die Frage: „Warum haben sie uns das angetan?" Es begann 1939 in der Bukowina. Da musste der Jude David seine Schule verlassen. Jüdische Kinder durften nicht länger an staatlichen Schulen unterrichtet werden. 1940 folgte dieser Erlass: Juden dürfen nicht mehr auf dem Lande leben. Die nächste Station: das Ghetto. Die Deportationen zu Fuß dann, die zu »

» schwache Urgroßmutter muss ohne jede Überlebenschance am Straßenrand zurückbleiben.

Später setzt sich Davids Familie ab, sie fliehen, nicht geplant, nicht vorbereitet, schon gar nicht organisiert. Sie irren zwischen 1941 und 1944 durch die Wälder, durch das damals von der Sowjetunion besetzte Bessarabien in das von Rumänien besetzte Transnistrien, … in „die Hölle auf Erden". Rumänische Juden, verfolgt von rumänischen Soldaten, doch die mächtigsten Feinde sind der Hunger und die Kälte. Es sind die übergroßen, weit aufgerissenen dunklen Augen der Schaffers, die im Gedächtnis bleiben: ratlos, voller Angst, von der Not, vom Hunger gezeichnet. Wir kennen solche Augen von den ersten Fotos KZ-Überlebender, wir kennen sie aus den Fernsehbildern von kleinen verhungernden Kindern auf den aktuellen Fluchtrouten heute, wir kennen sie weltweit.

David Schaffer, der alte Herr, zieht kurz vor dem Ende der Graphic Novel „Jenseits der Regeln" von Miriam Libicki (Vancouver/Kanada) diese Bilanz: „Unser Überleben war Widerstand gegen diese Leute. […] Um zu überleben, mussten wir ihre Regeln übertreten. Man kann es Widerstand nennen, man kann es Überlebensinstinkt nennen, wie man will. Weglaufen war Widerstand. Nahrung finden war Widerstand. Den Horror zu überstehen war Widerstand."

Viel später hat David Schaffer in Rumänien gelebt und gearbeitet, in Israel und in Kanada; in Vancouver lebt er heute.

Gilad Seliktar (Pardes Chana-Karkur/Israel) führt die Interviews mit den Brüdern Nico und Rolf Kamp (Jahrgang 1937 und 1934, beide leben in Amsterdam und sind regelmäßig als Zeitzeugen in den Schulen unterwegs) an den unterschiedlichsten Orten. Ihr Überleben nach dem Juli 1942 war die ständige Flucht in der Illegalität: der flotte Wechsel, sobald Gefahr drohte; die so mutige wie selbstlose Bereitschaft einzelner Zeitgenossen, Asyl zu gewähren für ein paar Tage, für eine Woche oder länger; das Schweigen der manches ahnenden Nachbarn; die eigene Vorsicht, wenn eine deutsche Musikkapelle marschierte und alle lauthals auf Deutsch sangen. Beide Jungs hätten mitsingen können, sie waren doch mit den Eltern aus Deutschland in die Niederlande emigriert. Und lauthals mitgesungen haben sie dann auch, ein einziges Mal, ziemlich am Beginn ihres Untergrunddaseins. Sofort danach wurde die geheime Unterkunft gewechselt, sehr, sehr schnell sogar.

13 Stationen, 13 Verstecke, 13-mal neue Risiken für Nico, der jetzt Klaas genannt wurde, und für Rolf, der nun Roelof hieß. Ihre Eltern wurden nach Auschwitz deportiert, der Vater musste sofort ins Gas, die Mutter überlebte, sie kam zurück. „Sie war sehr dünn – ganz abgemagert", erinnert sich Nico. „Sie war, glaub ich, einszweiundsiebzig groß und wog an die 34, 35 Kilo …"

Ganz zerbrechlich muss das (Über-)Leben dieser beiden Jungen gewesen sein. Ein helles Grau, ein sanftes Beige, zarte Farben hat Gilad Seliktar für seine Graphic Novel „Dreizehn Geheimnisse" gewählt und den ganz dünnen Strich. Nur als irgendwann eine deutsche Patrouille das Feuer auf die Brüder eröffnet – einer ihrer Holzschuhe war laut klappernd auf die Straße gefallen und hatte sie verraten –, werden für ein paar Bilder die Farben dunkler, sie zerfließen diffuser, die Silhouetten der Gestalten verschwimmen, bis sehr schnell alles wieder ruhig wird. Es ist ihnen nichts geschehen, erinnern sich beide. Doch dass die Erinnerungen von Rolf und Nico nicht immer völlig deckungsgleich sind, auch das wird der Vollständigkeit halber festgehalten. Denn auch so ist das Leben.

Die wichtigsten Beteiligten an diesem Gemeinschaftsprojekt sind uns Leserinnen und Lesern gegenüber völlig offen. Sie nehmen uns mit „hinter die Kulissen", in den Produktionsprozess. Sie lassen uns teilhaben an ihren Intentionen, Zielen, Wünschen. In einem kurzen, zehn Druckseiten intensiven Graphic-Novel-Dialog haben sich Barbara Yelin, Miriam Libicki und Gilad Seliktar mit Charlotte Schallié zusammengeschaltet. Charlotte Schallié ist Professorin für Germanistik und Holocaust Studies an der University of Victoria in Kanada, sie ist die Projektleiterin und die Herausgeberin dieses exzellenten Bandes.

Kurz reden sie über die künstlerischen Prozesse, über ihre unterschiedlichen Arbeitsweisen. Jeweils vor Ort finden die Gespräche, die Interviews mit den Zeitzeugen statt, doch natürlich auch per Skype oder Zoom. „Es erscheint uns sehr wichtig", sagt Charlotte Schallié, „dass die Schöpfer von Graphic Novels nicht nur Illustratoren sind, sondern die Geschichte aktiv und in direktem Austausch mit den Überlebenden erzählen." Und sie fügt an: „Visuelles Erzählen in Form von Graphic Narratives eignet sich ganz besonders für die Geschichten von Überlebenden, die im Holocaust noch Kinder waren. Denn Bilder prägen sich tief in das Gedächtnis von Kindern ein."

Das gilt noch Jahrzehnte später und ohne jede Einschränkung für Emmie Arbel, für David Schaffer, für Nico Kamp und für Rolf Kamp. Die Künstlerinnen Barbara Yelin und Miriam Libicki sowie der Künstler Gilad Seliktar haben ihre erinnernden Sätze zu kongenialen Bildern gemacht. Diese Sätze, jedes Schweigen und diese Bilder halten die Erinnerungen fest, sie bewahren sie auf für alle Zeiten.

„Aber ich lebe" gehört in jeden Bücherschrank und natürlich ganz dicht neben Art Spiegelmans „MAUS. Die Geschichte eines Überlebenden." Na, wohin denn sonst? ■

Barbara Yelin, Miriam Libicki, Gilad Seliktar
Aber ich lebe. Vier Kinder überleben den Holocaust.
Nach den Erinnerungen von Emmie Arbel, David Schaffer, Nico Kamp und Rolf Kamp.
Aus dem Englischen von Rita Seuß, herausgegeben von Charlotte Schallié.
Verlag C.H. Beck, München 2022 • Gebundene Ausgabe, 176 Seiten
ISBN 978-3-406-79045-4 • 25,00 €

Vorstand und Beirat

GESCHÄFTSFÜHRENDER VORSTAND

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Andreas Voßkuhle, Vorsitzender, Präsident des Bundesverfassungsgerichtes a. D.

Iris Gleicke, Stellvertretende Vorsitzende, Parlamentarische Staatssekretärin a. D., ehemalige Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer

Christine Lieberknecht, Stellvertretende Vorsitzende, Ministerpräsidentin des Landes Thüringen a. D.

Cem Özdemir, MdB, Stellvertretender Vorsitzender, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft

Linda Teuteberg, MdB, Stellvertretende Vorsitzende

Andreas Dickerboom / Stefan Querl, Sprecher der Regionalen Arbeitsgruppen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Dr. Ulrich Mählert, Schriftführer, Zeithistoriker bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Dietmar Nietan, MdB, Mitglied im Geschichtsforum der SPD

Eva Schmierer, Schatzmeisterin, Leiterin der Zentralabteilung im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Prof. Dr. Johannes Tuchel, Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand

VORSTAND

Jan Philipp Albrecht, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

Dr. Andreas H. Apelt, Bevollmächtigter des Vorstands der Deutschen Gesellschaft e. V.

Prof. Dr. Friedhelm Boll, Zeithistoriker

Tilo Braune, Staatssekretär a.D., Geschäftsführer der Hamburger Gesellschaft zur Förderung der Demokratie und des Völkerrechts e. V.

Prof. Dr. Hansjörg Geiger, Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz a. D.

Kerstin Griese, MdB, Parlamentarische Staatssekretärin für Arbeit und Soziales

Dr. Norbert Haase, Historiker, Referent für Kultur im Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst

Christoph Heubner, Geschäftsführender Vizepräsident des Internationalen Auschwitz Komitees (IAK)

Christian Hirte, MdB

Prof. Dr. Alfons Kenkmann, Professor für Geschichtsdidaktik an der Universität Leipzig

Birgit Kipfer, Vorstandsvorsitzende der Stiftung „Lernort Demokratie – Das DDR-Museum Pforzheim"

Dr. Susanne Kitschun, Leiterin des Gedenk- und Ausstellungsortes Friedhof der Märzgefallenen

Ernst Klein, Mitglied der Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen, ehemaliger Geschäftsführer eines Bauelemente-Fachbetriebes

Dr. h.c. Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland

Hannelore Kohl, Präsidentin des Oberverwaltungsgerichts und des Landesverfassungsgerichtes in Mecklenburg-Vorpommern a.D.

Dr. Anja Kruke, Leiterin des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

Omar Kuntich, Vorstandsvorsitzender Bündnis Malikitische Gemeinde Deutschland e. V.

Uta Leichsenring, ehemalige Leiterin der Außenstelle Halle des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen

Michelle Müntefering, MdB, Staatsministerin für internationale Kulturpolitik im Auswärtigen Amt a. D.

Winfried Nachtwei, Experte für Friedens- und Sicherheitspolitik, ehemaliges Mitglied des Deutschen Bundestages

Paul Nemitz, Hauptberater in der EU-Kommission, Generaldirektion Justiz und Verbraucherschutz

Dr. Maria Nooke, Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur in Brandenburg

Dr. Friedbert Pflüger, Direktor des European Centre for Energy and Ressource Security

Dr. Melanie Piepenschneider, Leiterin Politische Bildung der Konrad-Adenauer-Stiftung

Prof. Dr. Ernst Piper, Historiker

Carsten Rose, Direktor der Polizeiakademie Niedersachsen

Prof. Dr. h.c. Klaus G. Saur, Verleger

Lala Süsskind, Jehi `Or (Jüdisches Bildungswerk für Demokratie – gegen Antisemitismus)

Lothar Tautz, Religionspädagoge und Sozialkundelehrer

Dr. h.c. Josef Thesing, ehemaliger stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung

Ernst-Jürgen Walberg, ehemaliger Kulturchef von NDR 1 Radio Mecklenburg-Vorpommern

Prof. Dr. Gert Weisskirchen, ehemaliges Mitglied des Deutschen Bundestages

EHRENVORSITZENDER

Dr. h.c. Joachim Gauck, Bundespräsident a. D.

BEIRAT

Prof. Dr. Rita Süssmuth, Vorsitzende, Bundesministerin a. D., Präsidentin des Deutschen Bundestags a. D.

Rainer Braam, Unternehmer

Prof. Dr. Hubert Burda, Verleger

Dr. Thomas Goppel, Staatsminister a. D.

Dr. h.c. Friedrich Schorlemmer, Theologe und Bürgerrechtler

Walther Seinsch, Unternehmer, ehemaliger Vorstandsvorsitzender des FC Augsburg

Dr. Monika Wulf-Mathies, Gewerkschafterin, EU-Kommissarin a. D.

GESCHÄFTSFÜHRER

Dr. Michael Parak

EHEMALIGE VORSITZENDE

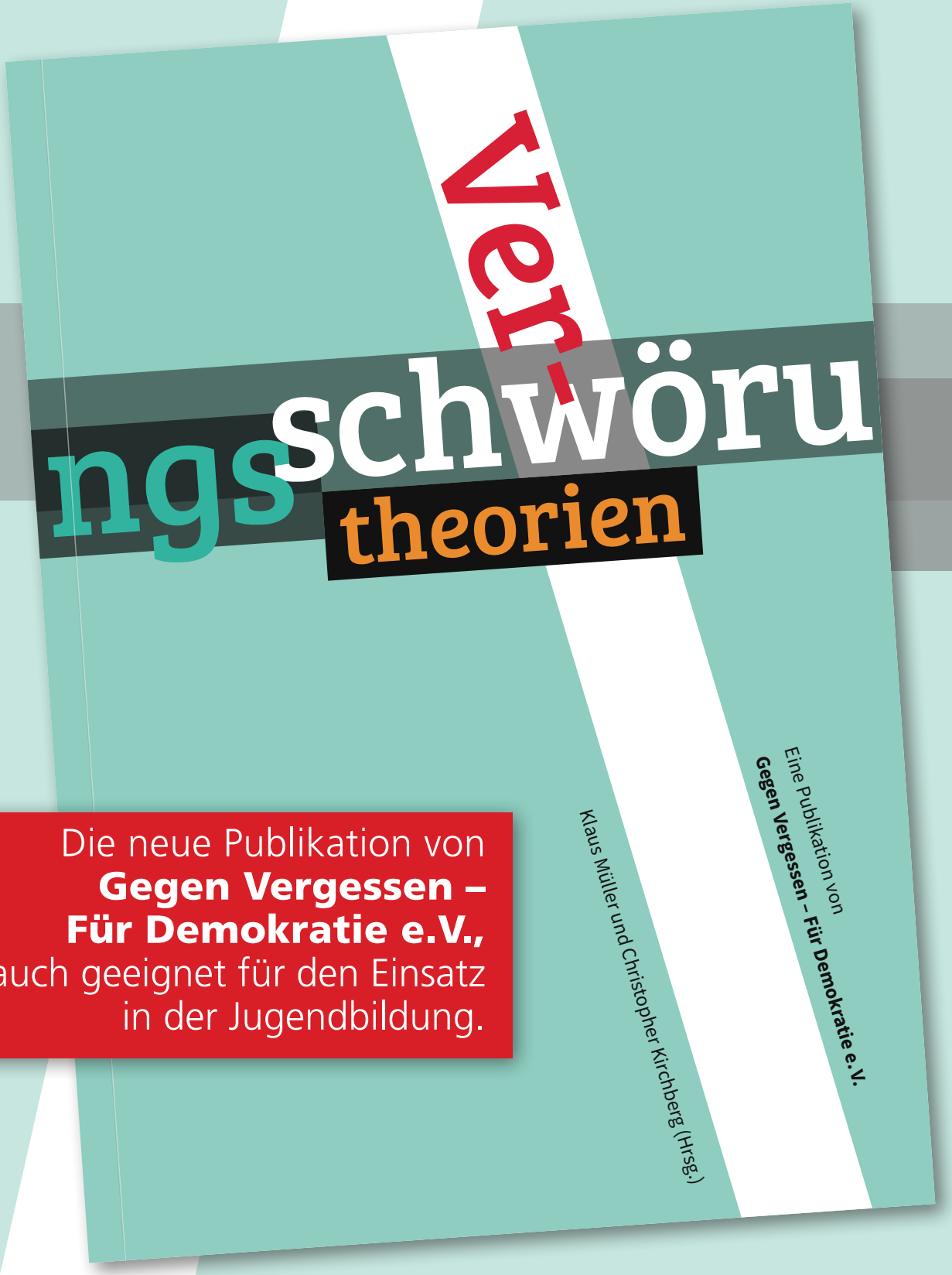
Prof. Dr. Bernd Faulenbach, 2015–2020, Historiker

Wolfgang Tiefensee, 2012–2014, Bundesminister a. D.

Dr. h.c. Joachim Gauck, 2003–2012, Bundespräsident a. D.

Dr. h.c. Hans Koschnick (†), 2000–2003, Bürgermeister von Bremen a. D.

Dr. Hans-Jochen Vogel (†), 1993–2000, Bundesminister a. D.



Die neue Publikation von
Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.,
auch geeignet für den Einsatz
in der Jugendbildung.

Ein einführender, kompakter Überblick, mit Beiträgen von Michael Butter, Wolfgang Benz, Felicitas Flade, David Römer & Sören Stumpf, Juliane Wetzel und Matthias Heyl

Diese Publikation kann kostenfrei in der Berliner Geschäftsstelle bestellt werden oder online unter: www.gegen-vergessen.de/verschwoerung

Gefördert vom
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms
Demokratie leben!

Gefördert von
Finanzgruppe Hessen-Thüringen